

Befragung in Deutschland

im Auftrag des Deutschland-Kuriers

Februar 2021



Feldzeit:

17.02. – 19.02.2021

Methodik:

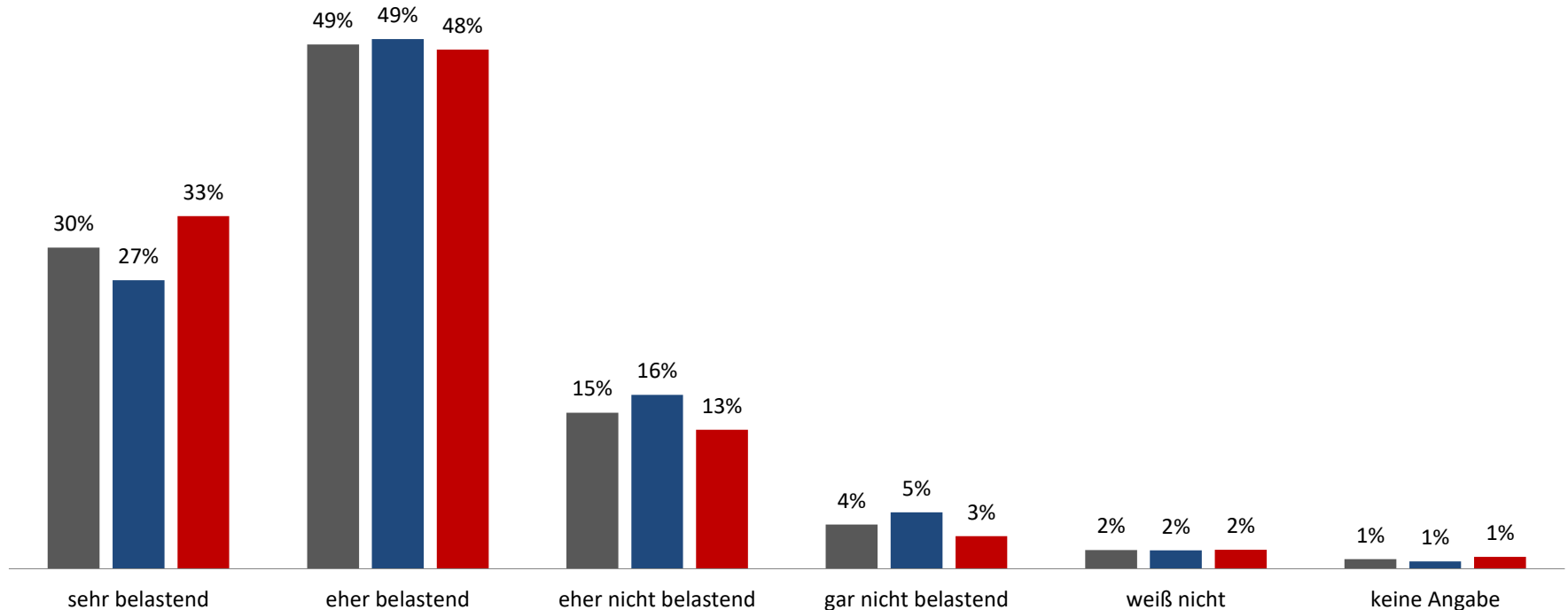
Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt. Sie ist gestützt auf der permanenten Telefon-Befragung *INSA-Perpetua Demoscopia*.

Stichprobe:

3.024 Personen aus Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

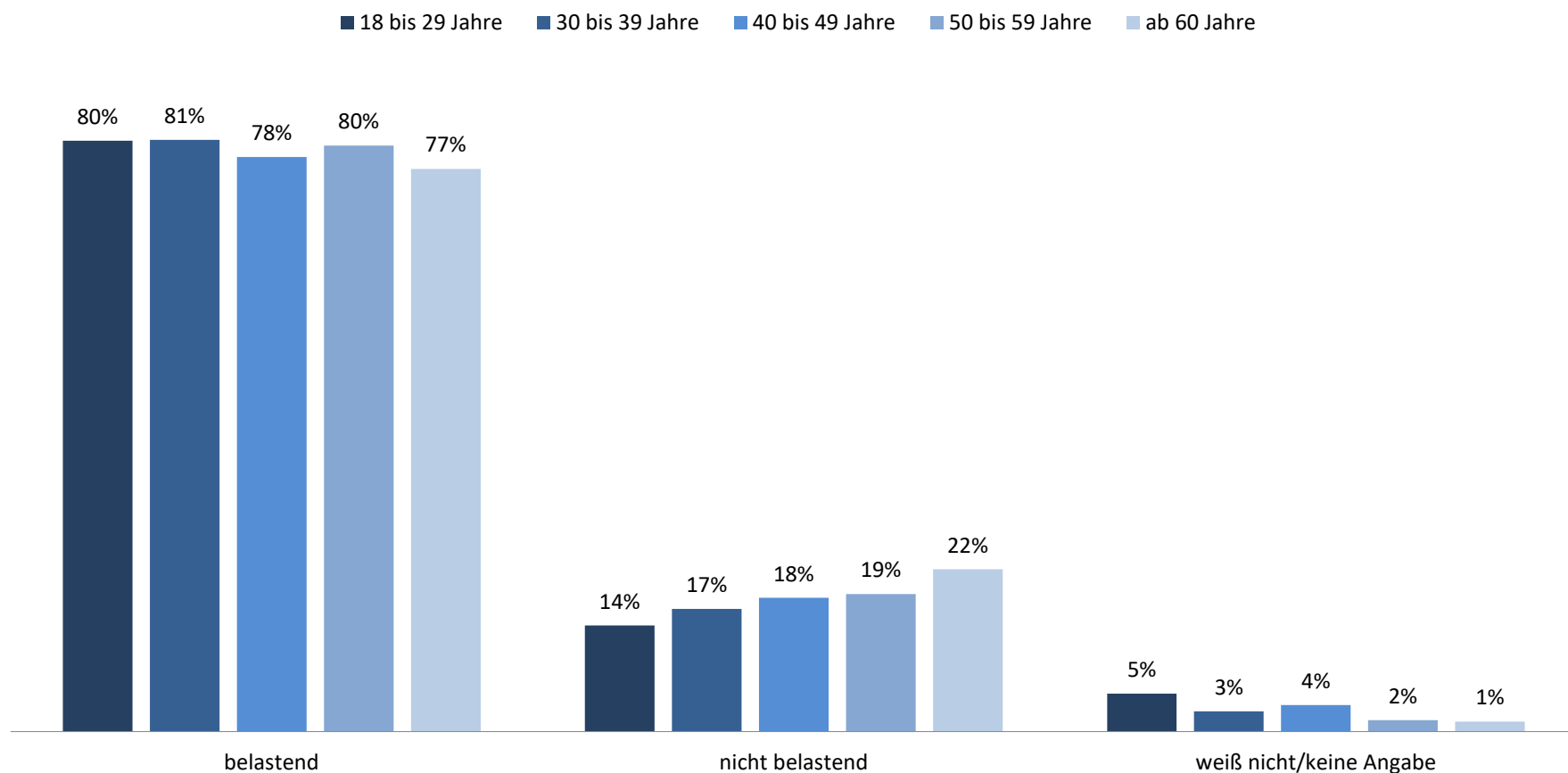
Empfinden Sie persönlich die Auswirkungen der Corona-Krise als belastend oder nicht belastend?

■ gesamt ■ männlich ■ weiblich



Etwa die Hälfte der Befragten (49 %) empfindet die Auswirkungen der Corona-Krise als eher belastend. Weitere 30 Prozent empfinden diese als sehr belastend. Etwa ein Fünftel (19 % kumuliert) empfindet die Auswirkungen der Corona-Krise als eher oder gar nicht belastend. Weibliche Befragte empfinden die Auswirkungen häufiger als sehr belastend als männliche (33 zu 27 %).

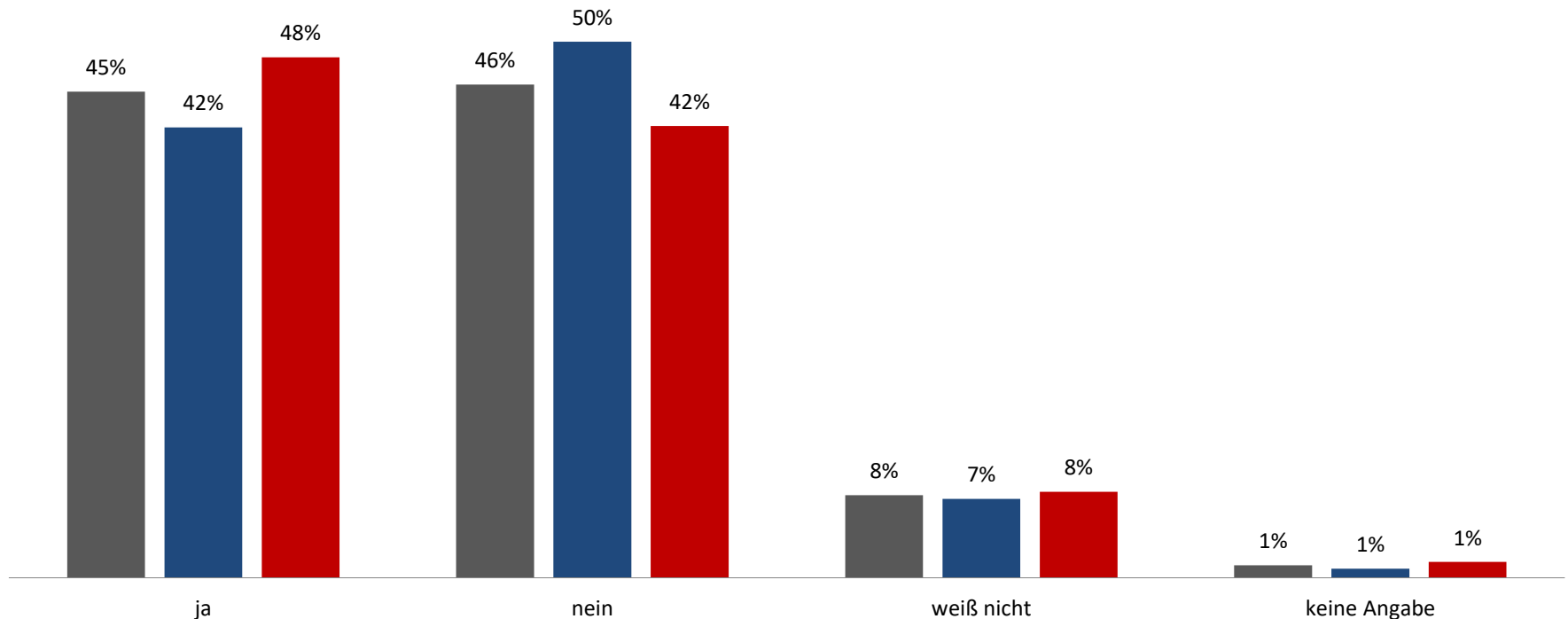
Empfinden Sie persönlich die Auswirkungen der Corona-Krise als belastend oder nicht belastend?



In allen Altersklassen empfindet eine deutliche Mehrheit der Befragten die Auswirkungen der Corona-Krise als belastend (77 bis 80 %). Mit zunehmenden Alter steigt der Anteil der Befragten, welcher die Auswirkungen der Corona-Krise als nicht belastend empfindet von 14 Prozent bei den 18- bis 29-Jährigen auf 22 Prozent bei den ab 60-Jährigen an.

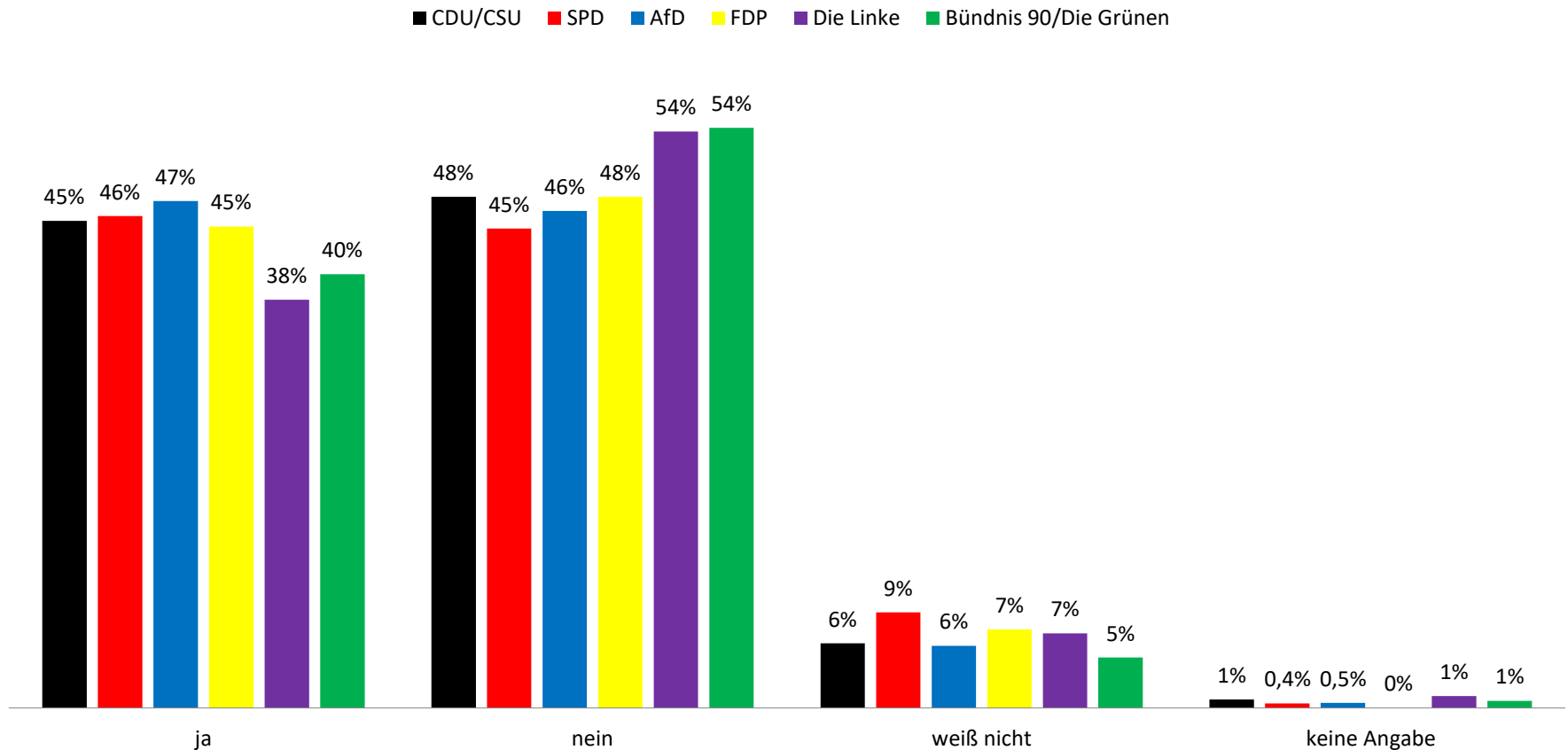
Machen Sie sich aufgrund der Corona-Krise Sorgen um Ihre persönliche Zukunft?

■ gesamt ■ männlich ■ weiblich



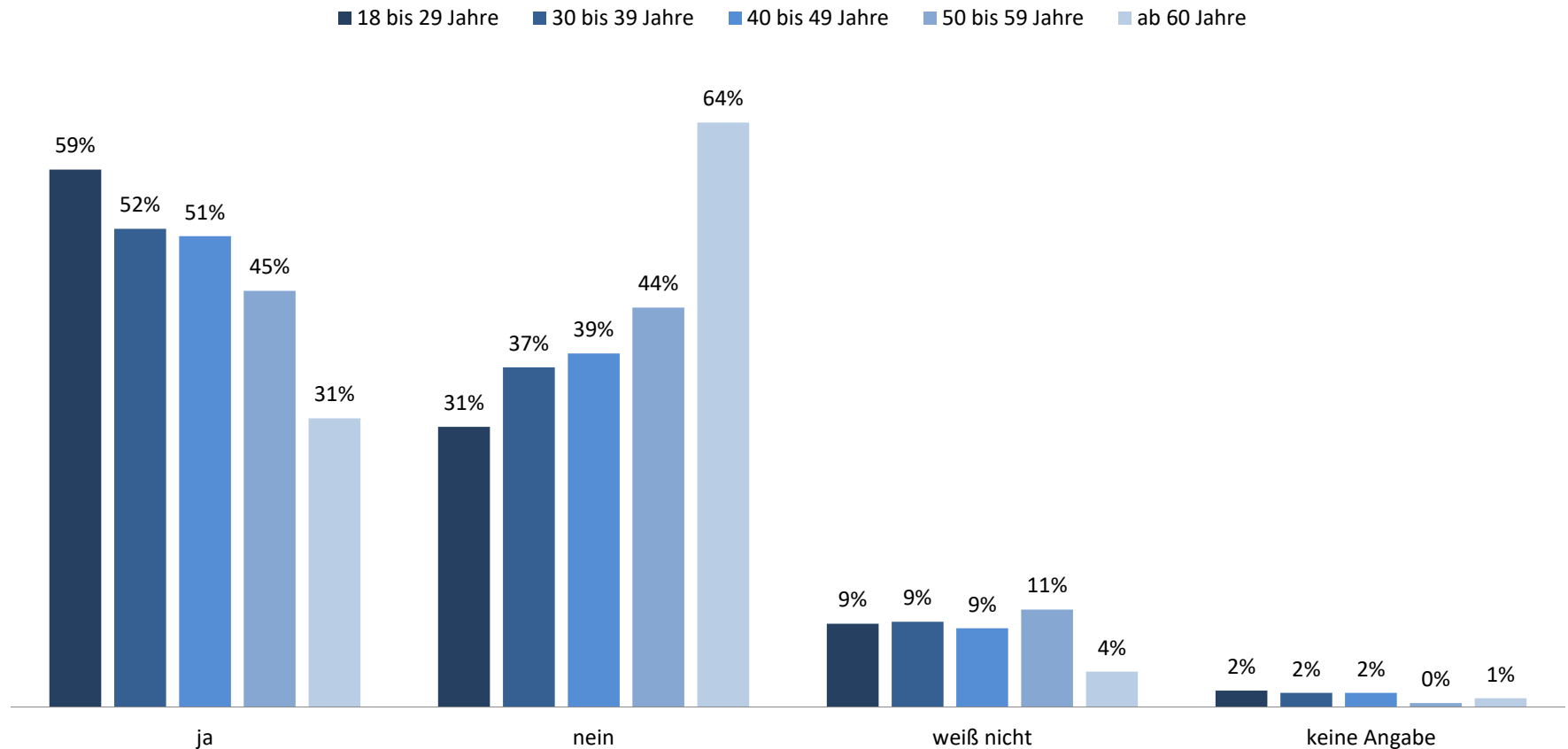
Während sich aufgrund der Corona-Krise 45 Prozent der Befragten Sorgen um ihre persönliche Zukunft machen, machen sich 45 Prozent der Befragten diesbezüglich keine Sorgen. Männliche Befragte geben häufiger an, sich aufgrund der Corona-Krise keine Sorgen um die persönliche Zukunft zu machen (50 zu 42 %).

Machen Sie sich aufgrund der Corona-Krise Sorgen um Ihre persönliche Zukunft?



Aktuelle Wähler der Linken und der Grünen (jeweils 54 %) machen sich etwas häufiger keine Sorgen um ihre Zukunft als dies die anderen Wählergruppen angeben (45 bis 48 %).

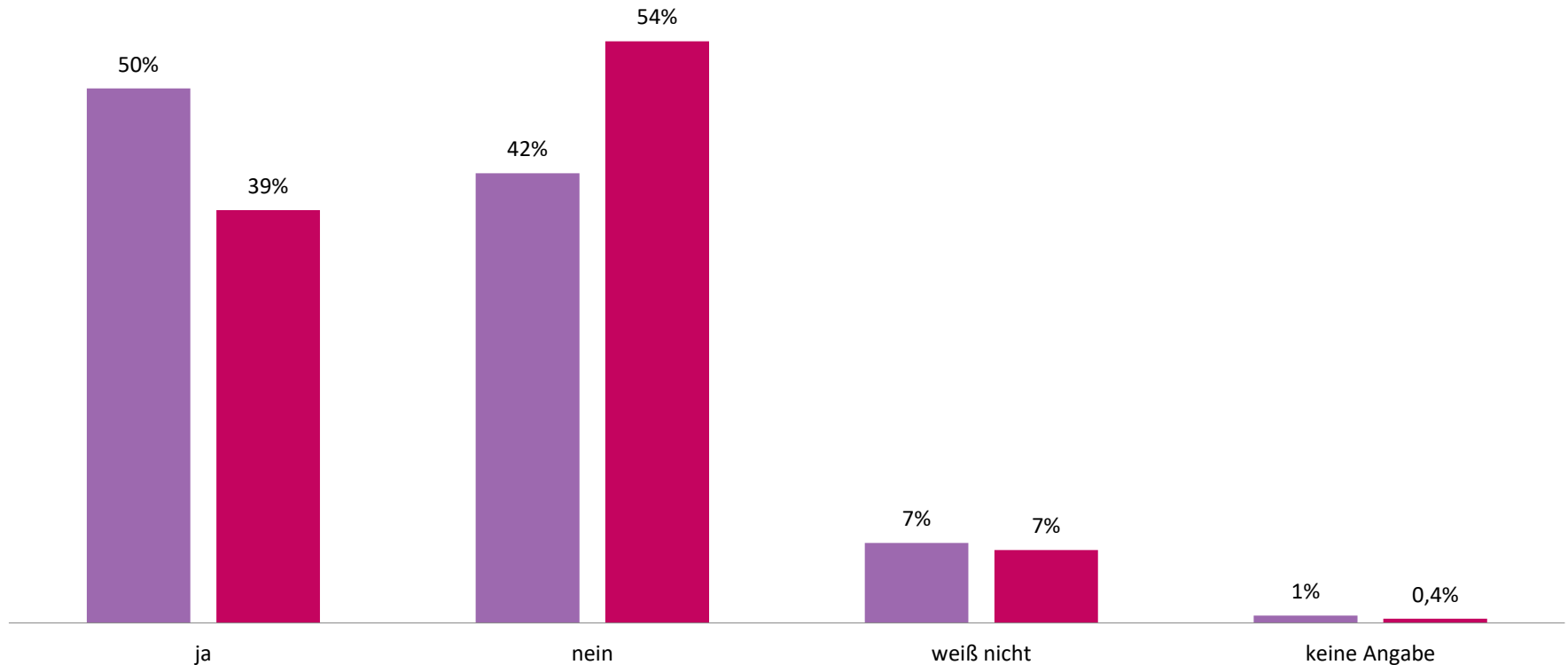
Machen Sie sich aufgrund der Corona-Krise Sorgen um Ihre persönliche Zukunft?



Befragte ab 60 Jahren machen sich deutlich häufiger wegen der Corona-Krise keine Sorgen um ihre persönliche Zukunft als die jüngeren Altersgruppen (64 zu 31 bis 44 %). Die jüngsten Befragten (18 bis 29 Jahren) machen sich am häufigsten aufgrund der Corona-Krise Sorgen um ihre persönliche Zukunft (59 zu 31 bis 52 %).

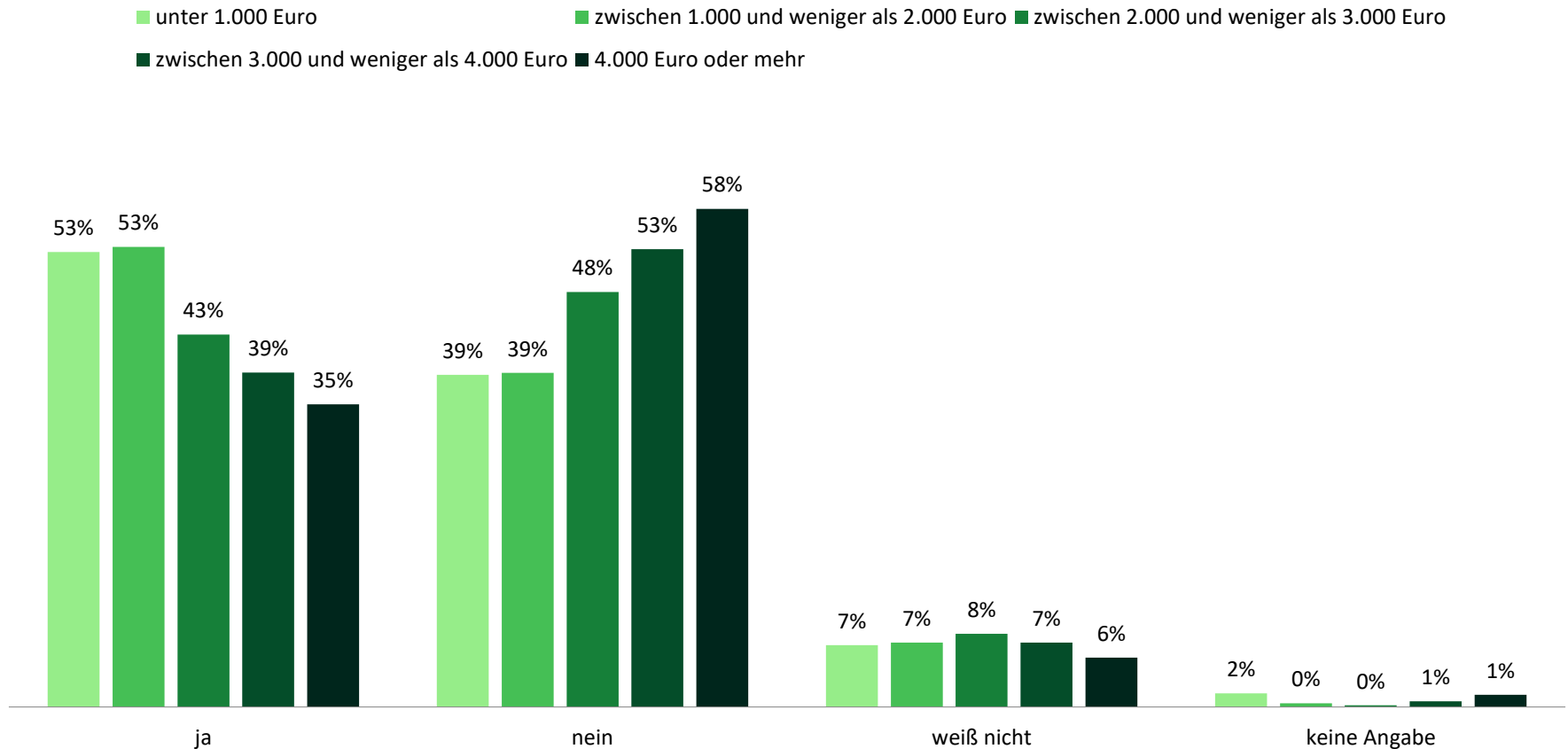
Machen Sie sich aufgrund der Corona-Krise Sorgen um Ihre persönliche Zukunft?

■ erwerbstätig ■ nicht erwerbstätig



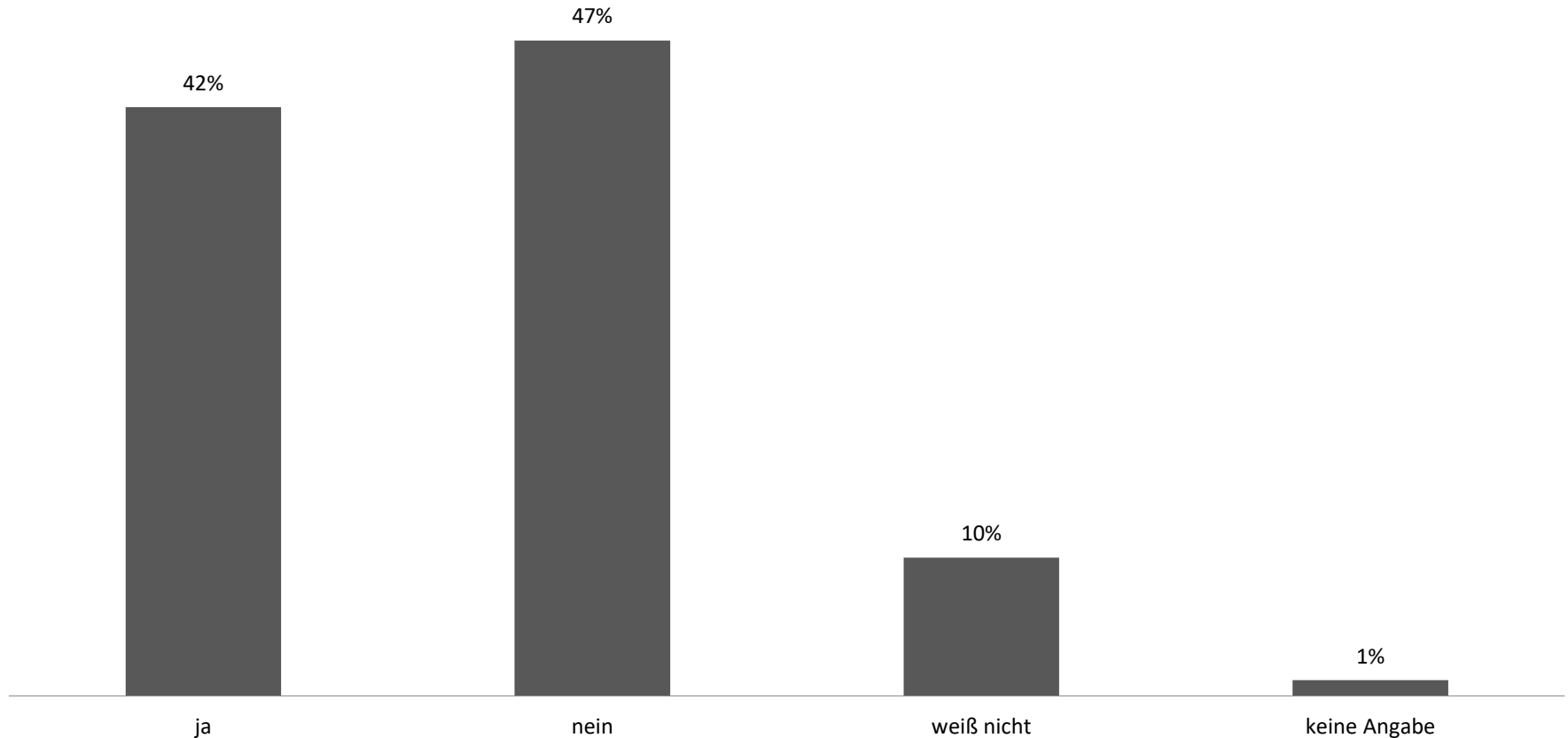
Während sich erwerbstätige Befragte absolut-mehrheitlich Sorgen um ihre persönliche Zukunft machen aufgrund der Corona-Krise (50 zu 42 %), machen sich nicht erwerbstätige absolut-mehrheitlich keine Sorgen um ihre Zukunft (54 zu 39 %).

Machen Sie sich aufgrund der Corona-Krise Sorgen um Ihre persönliche Zukunft?



Während sich Befragte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 2.000 Euro absolut-mehrheitlich aufgrund der Corona-Krise Sorgen machen um ihre persönliche Zukunft (jeweils 53 zu 39 %), machen sich Befragte mit einem höheren Haushaltsnettoeinkommen deutlich häufiger keine Sorgen um die persönliche Zukunft (48 bis 58 %).

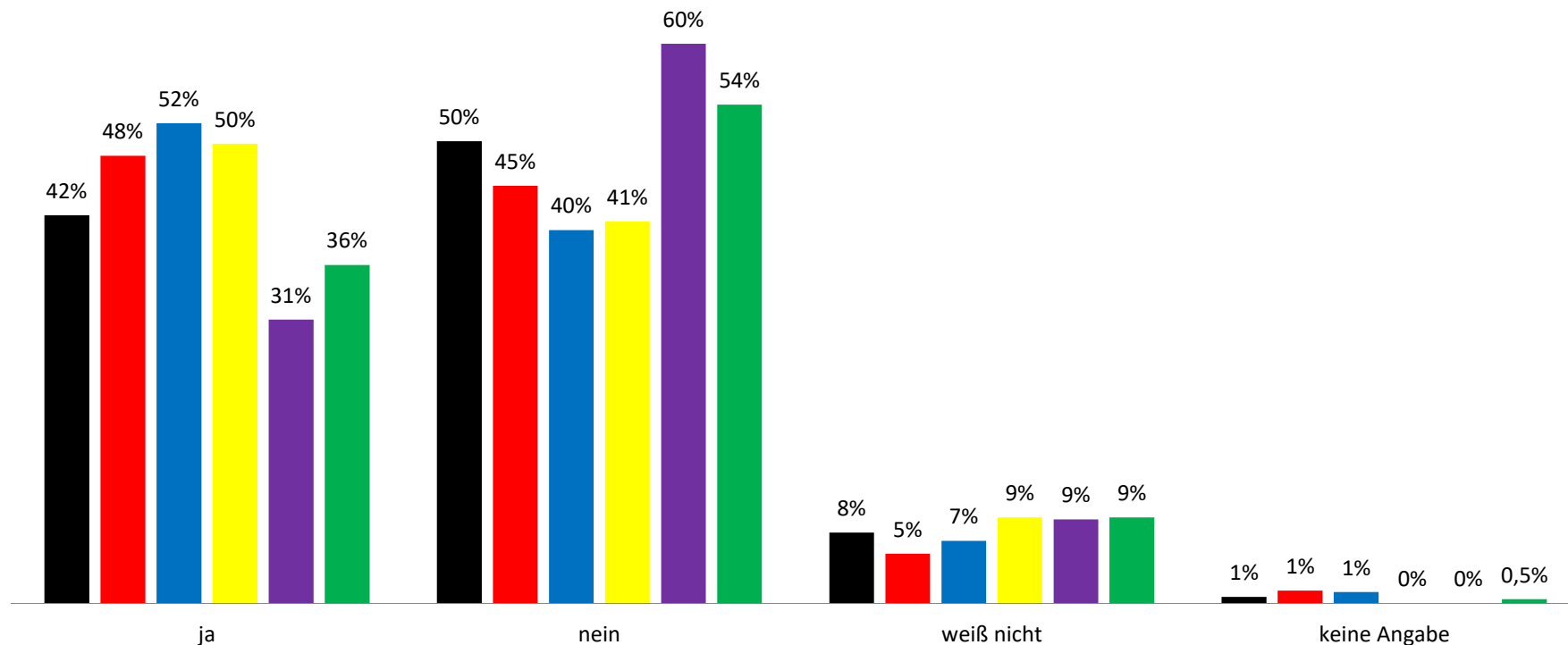
Würden sich Ihre Sorgen über Ihre persönliche Zukunft bei einer Verlängerung des Lockdowns über den 7. März hinaus verstärken?



Eine relative Mehrheit von 47 Prozent gibt an, dass sich ihre Sorgen über ihre persönliche Zukunft bei einer Verlängerung des Lockdowns über den 7. März hinaus nicht verstärken würden. Dagegen geben 42 Prozent der Befragten an, dass sich in diesem Fall ihre Sorgen verstärken würden.

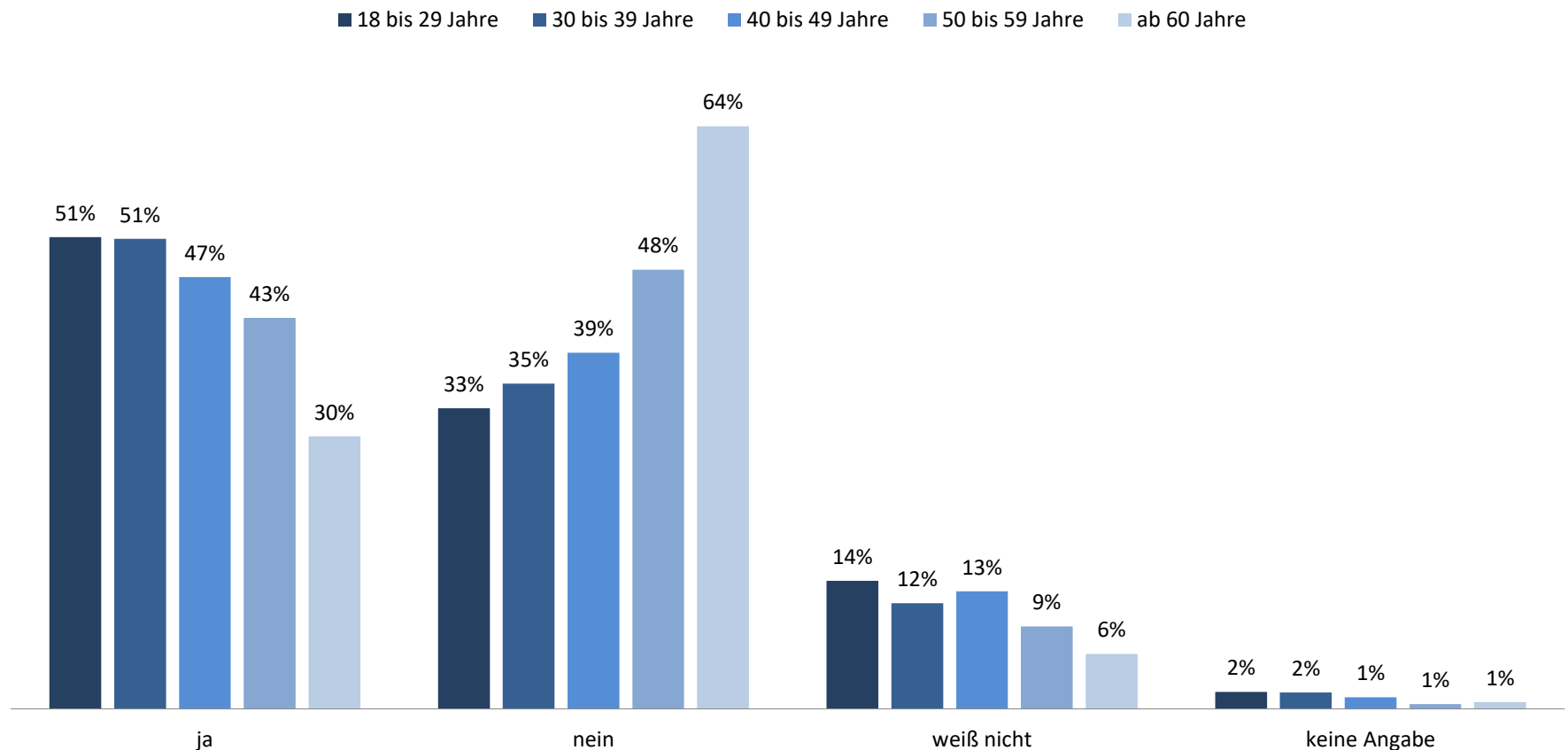
Würden sich Ihre Sorgen über Ihre persönliche Zukunft bei einer Verlängerung des Lockdowns über den 7. März hinaus verstärken?

■ CDU/CSU ■ SPD ■ AfD ■ FDP ■ Die Linke ■ Bündnis 90/Die Grünen



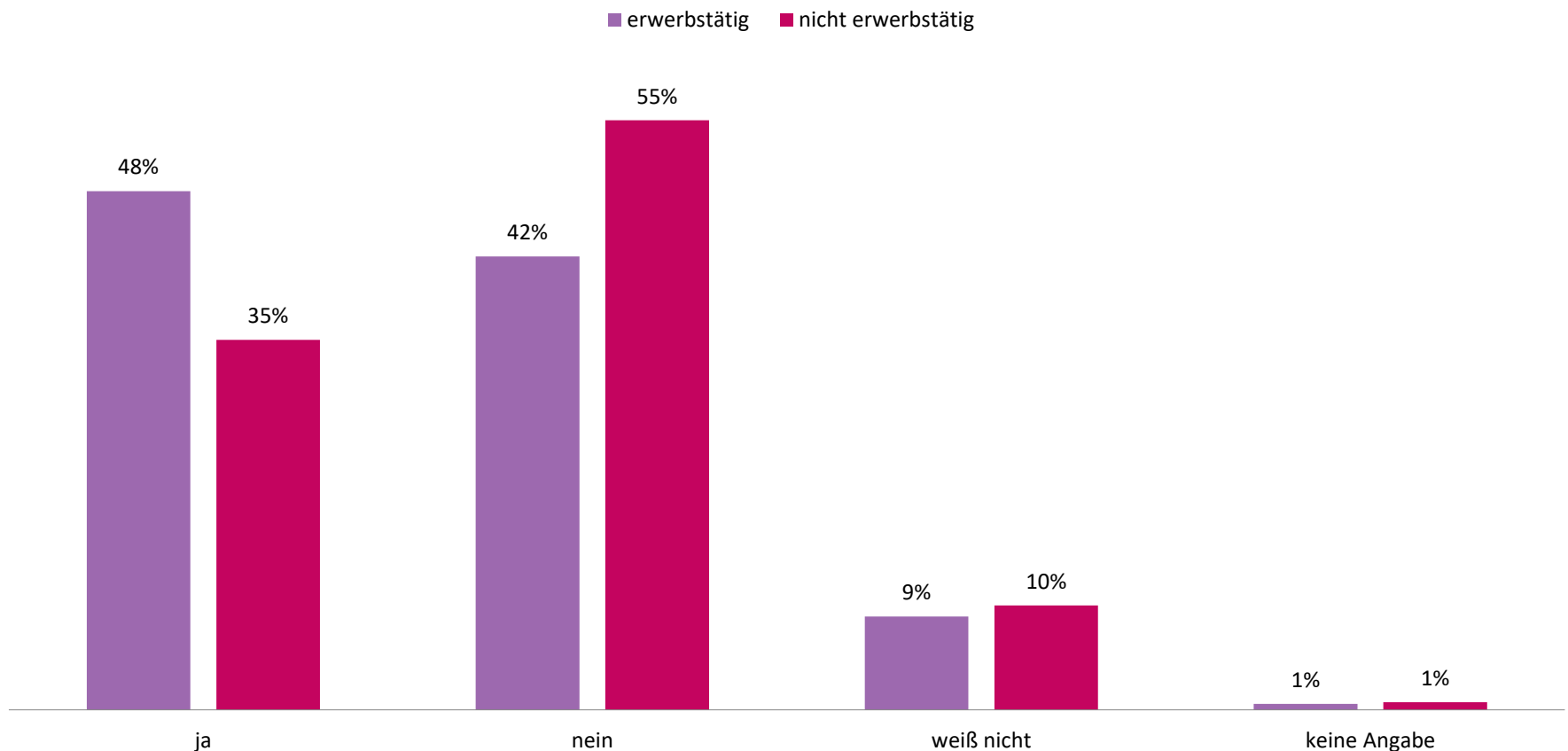
Wähler der Grünen und der Linken geben deutlich seltener an, sich im Falle einer Verlängerung des Lockdowns verstärkt Sorgen zu machen, als dies die anderen Wählergruppen angeben (31 bzw. 36 zu 42 bis 52 %).

Würden sich Ihre Sorgen über Ihre persönliche Zukunft bei einer Verlängerung des Lockdowns über den 7. März hinaus verstärken?



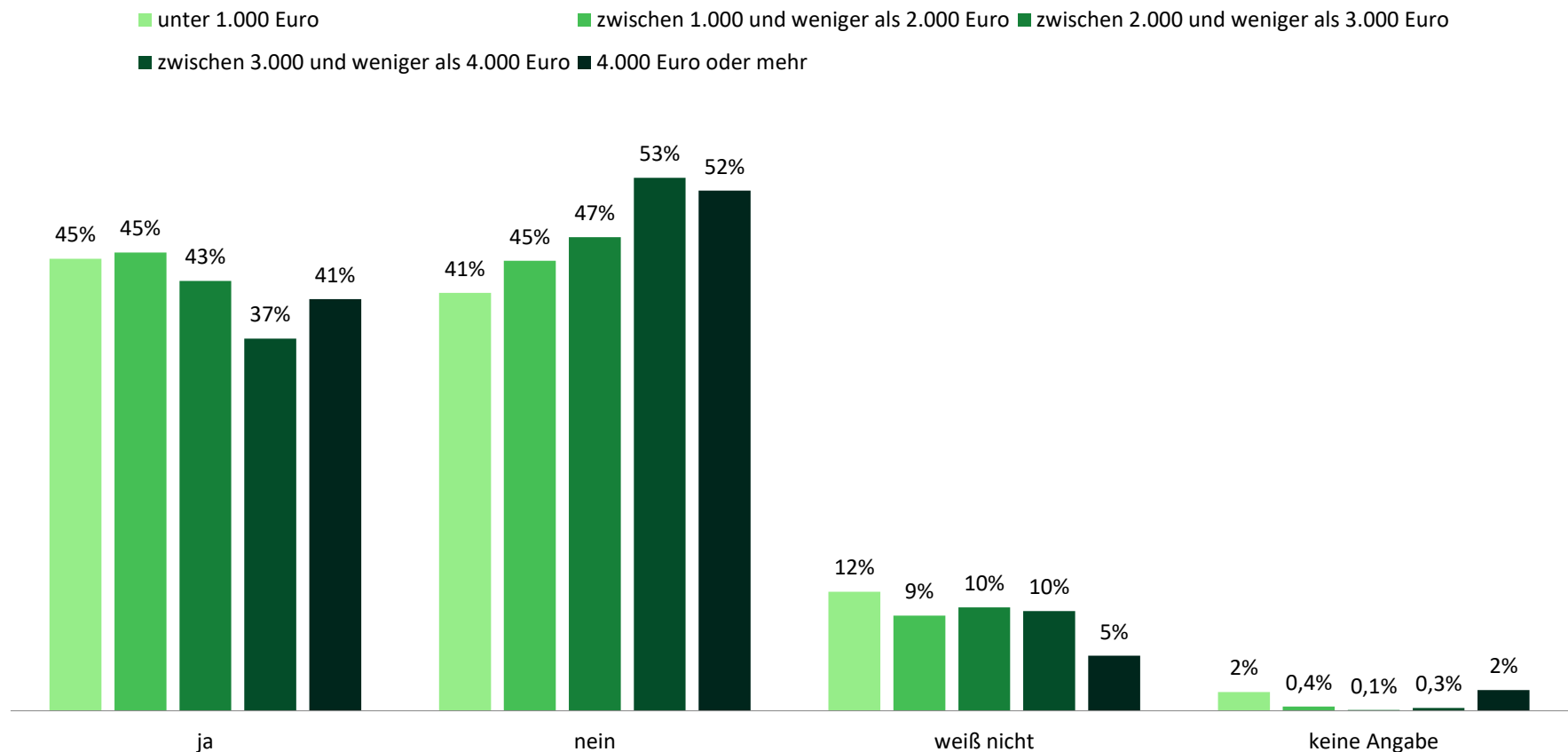
Befragte ab 60 Jahren geben deutlich häufiger an, sich keine verstärkten Sorgen im Falle einer Verlängerung des Lockdowns zu machen, als dies die jüngeren Befragten angeben (64 zu 33 bis 48 %). So sinkt der Anteil der Befragten, welche sich verstärkt Sorgen machen würden, sollte der Lockdown verlängert werden mit steigendem Lebensalter von 51 Prozent (18 bis 39 Jahren) auf 30 Prozent (ab 60 Jahren).

Würden sich Ihre Sorgen über Ihre persönliche Zukunft bei einer Verlängerung des Lockdowns über den 7. März hinaus verstärken?



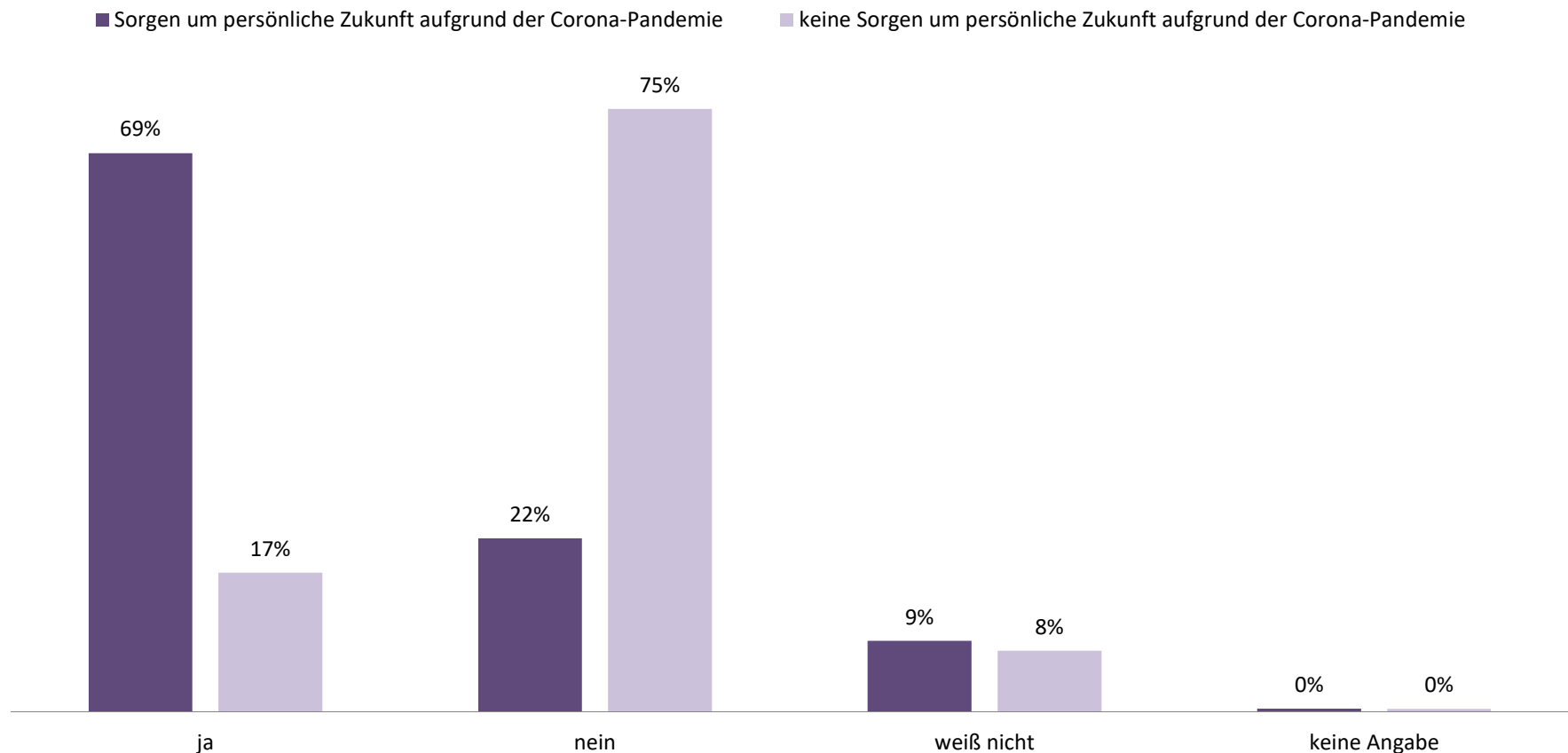
Während erwerbstätige Befragte relativ-mehrheitlich angeben, sich verstärkt um die persönliche Zukunft Sorgen zu machen, sollte der Lockdown abermals verlängert werden (48 zu 42 %), geben nicht erwerbstätige Befragte absolut-mehrheitlich an, sich nicht verstärkt Sorgen zu machen, sollte dies eintreffen (55 zu 35 %).

Würden sich Ihre Sorgen über Ihre persönliche Zukunft bei einer Verlängerung des Lockdowns über den 7. März hinaus verstärken?



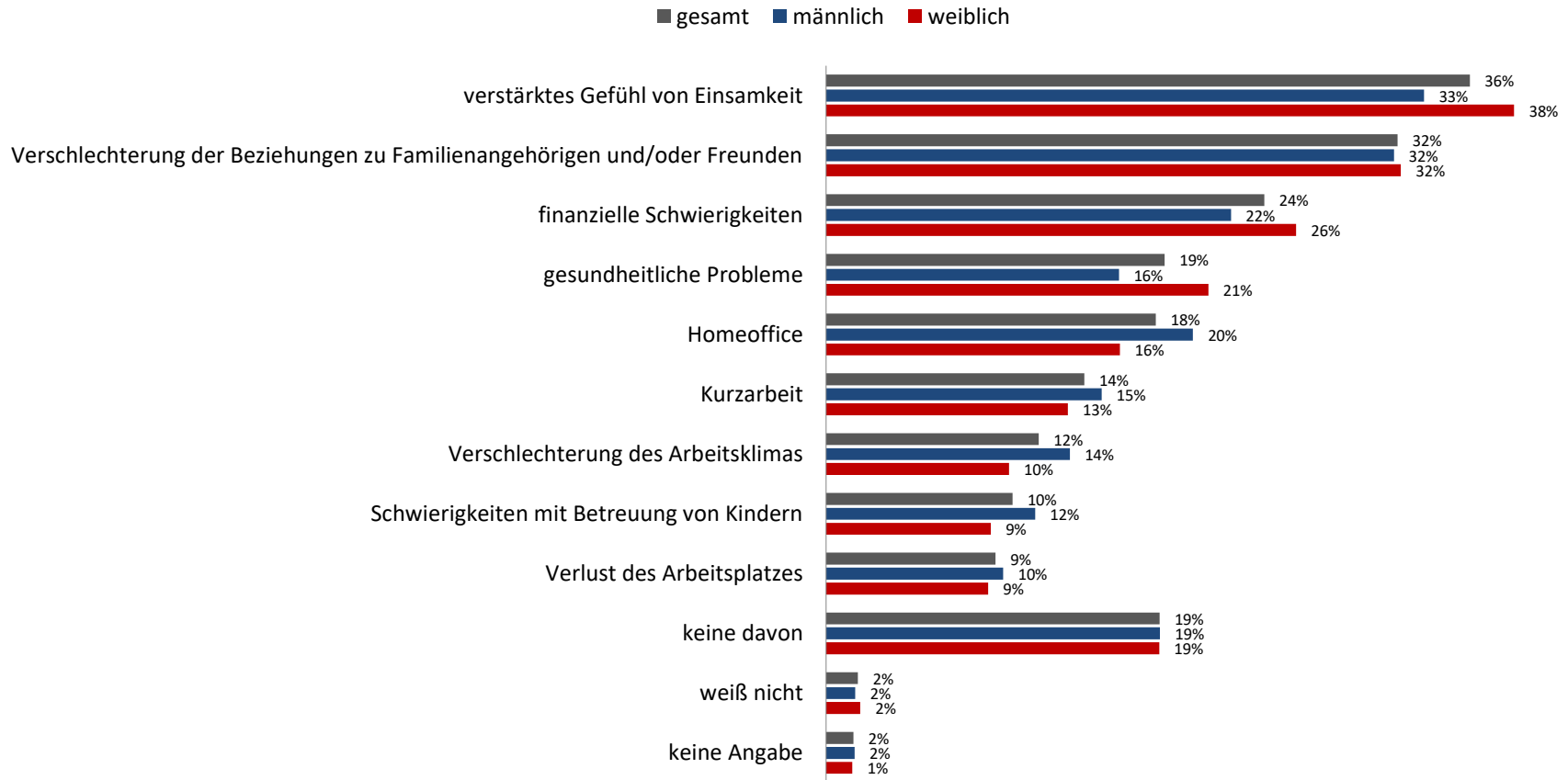
Befragte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 3.000 Euro und mehr geben häufiger an, sich keine verstärkten Sorgen zu machen, sollte der Lockdown verlängert werden, als dies die Befragten mit einem niedrigeren Haushaltsnettoeinkommen angeben (52 bzw. 53 zu 41 bis 47 %).

Würden sich Ihre Sorgen über Ihre persönliche Zukunft bei einer Verlängerung des Lockdowns über den 7. März hinaus verstärken?



Während 69 Prozent der Befragten, welche sich aufgrund der Corona-Krise Sorgen um die persönliche Zukunft machen, angibt, dass sich im Falle einer Verlängerung der Lockdowns, die Sorgen noch verstärken würden, geben 22 Prozent dieser Befragten an, dass sich die Sorgen nicht verstärken würden. Dagegen geben 75 Prozent der Befragten, welche sich aufgrund der Corona-Krise aktuell keine Sorgen machen, an, sich auch im Falle einer Verlängerung keine verstärkten Sorgen zu machen. 17 Prozent der Befragten, welche sich aktuell keine Sorgen machen, geben allerdings an, im Falle einer Verlängerung des Lockdowns sich stärker Sorgen zu machen.

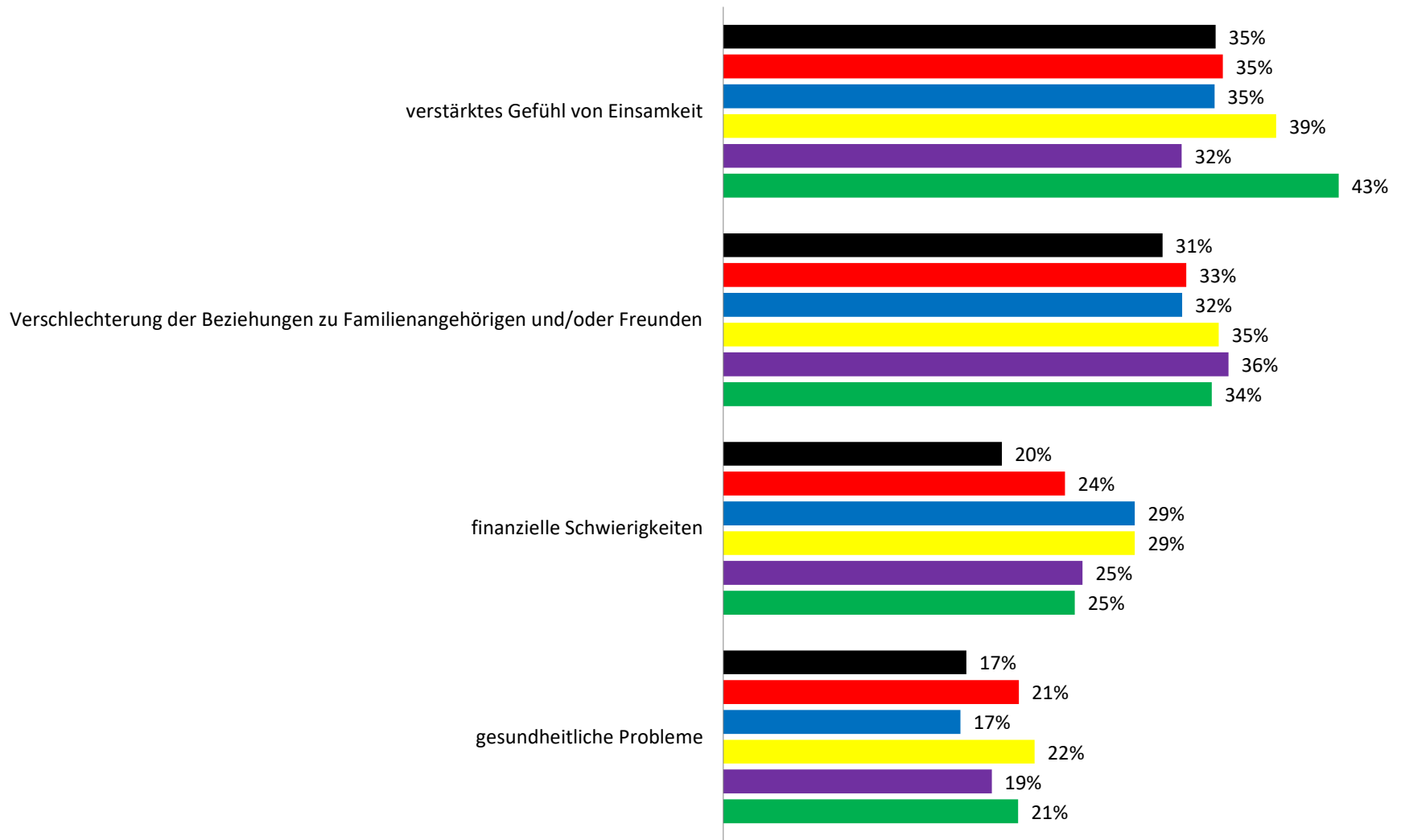
Welche der folgenden möglichen Auswirkungen hatte die Corona-Krise auf Ihre persönliche Situation?



Am häufigsten berichten die Befragten von einem verstärkten Gefühl von Einsamkeit (36 %) und einer Verschlechterung der Beziehungen zu Familienangehörigen bzw. zu Freunden (32 %). Etwa ein Viertel (24 %) der Befragten berichten von finanziellen Schwierigkeiten und etwa ein Fünftel (19 %) von gesundheitlichen Problemen und von einer Verlagerung des Arbeitsplatzes in das Homeoffice (18 %). Auf die anderen Auswirkungen entfallen zwischen neun Prozent (Verlust des Arbeitsplatzes) und 14 Prozent (Kurzarbeit). Etwa ein Fünftel (19 %) der Befragten hat keine der Auswirkungen erfahren. Weibliche Befragte berichten dabei häufiger Einsamkeit verstärkt erlebt (38 zu 33 %), finanzielle Schwierigkeiten gehabt (26 zu 22 %) und gesundheitliche Probleme gehabt zu haben (21 zu 16 %). Dagegen berichten männliche Befragte häufiger eine Verlagerung des Arbeitsplatzes in das Homeoffice (20 zu 16 %), eine Verschlechterung des Arbeitsklimas (14 zu 10 %) und von Schwierigkeiten mit der Betreuung von Kindern (12 zu 9 %).

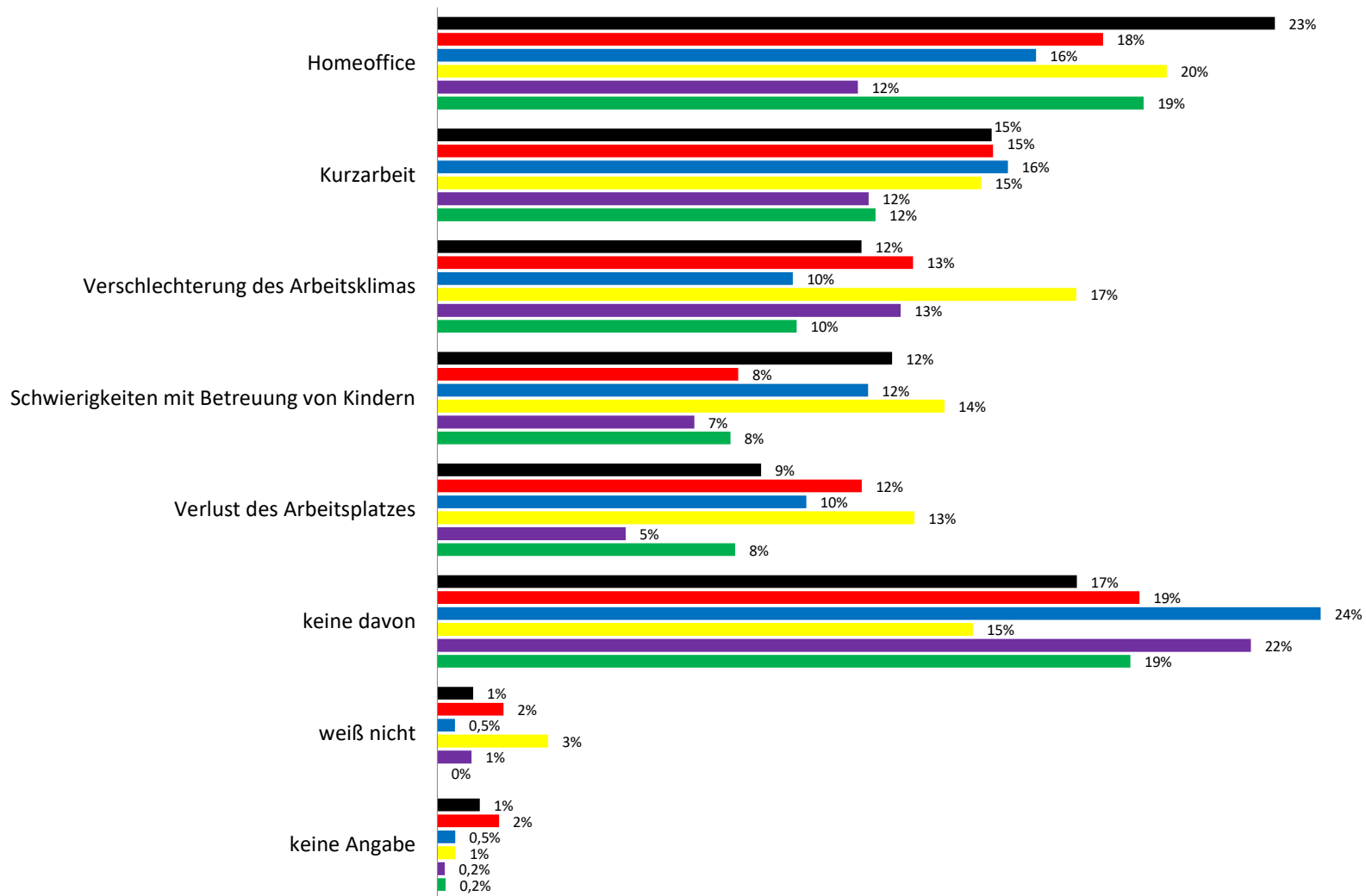
Welche der folgenden möglichen Auswirkungen hatte die Corona-Krise auf Ihre persönliche Situation?

■ CDU/CSU ■ SPD ■ AfD ■ FDP ■ Die Linke ■ Bündnis 90/Die Grünen



Welche der folgenden möglichen Auswirkungen hatte die Corona-Krise auf Ihre persönliche Situation?

■ CDU/CSU ■ SPD ■ AfD ■ FDP ■ Die Linke ■ Bündnis 90/Die Grünen



Welche der folgenden möglichen Auswirkungen hatte die Corona-Krise auf Ihre persönliche Situation?

Aktuelle Wähler der Grünen berichten häufiger das Gefühl von Einsamkeit erlebt zu haben als die anderen Wählergruppen (43 zu 32 bis 39 %).

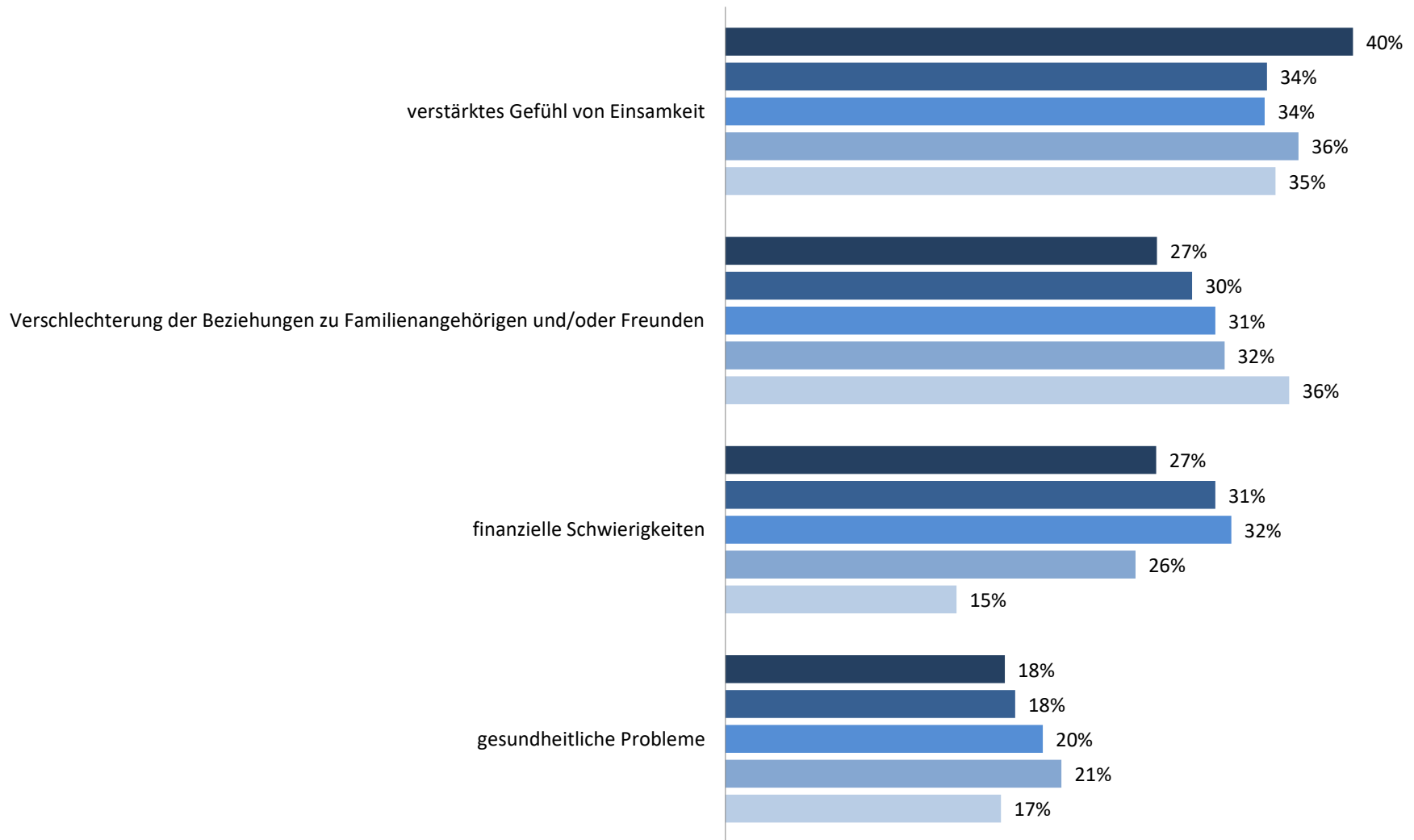
Während aktuelle Wähler der Union am häufigsten ihren Arbeitsplatz in das Homeoffice verlagern konnten (23 %), konnten dies aktuelle Wähler der Linken deutlich seltener (12 %; Rest: 16 bis 20 %).

Aktuelle Wähler der FDP berichten häufiger von einer Verschlechterung des Arbeitsplatzes als dies die anderen Wählergruppen berichten (17 zu 10 bis 13 %).

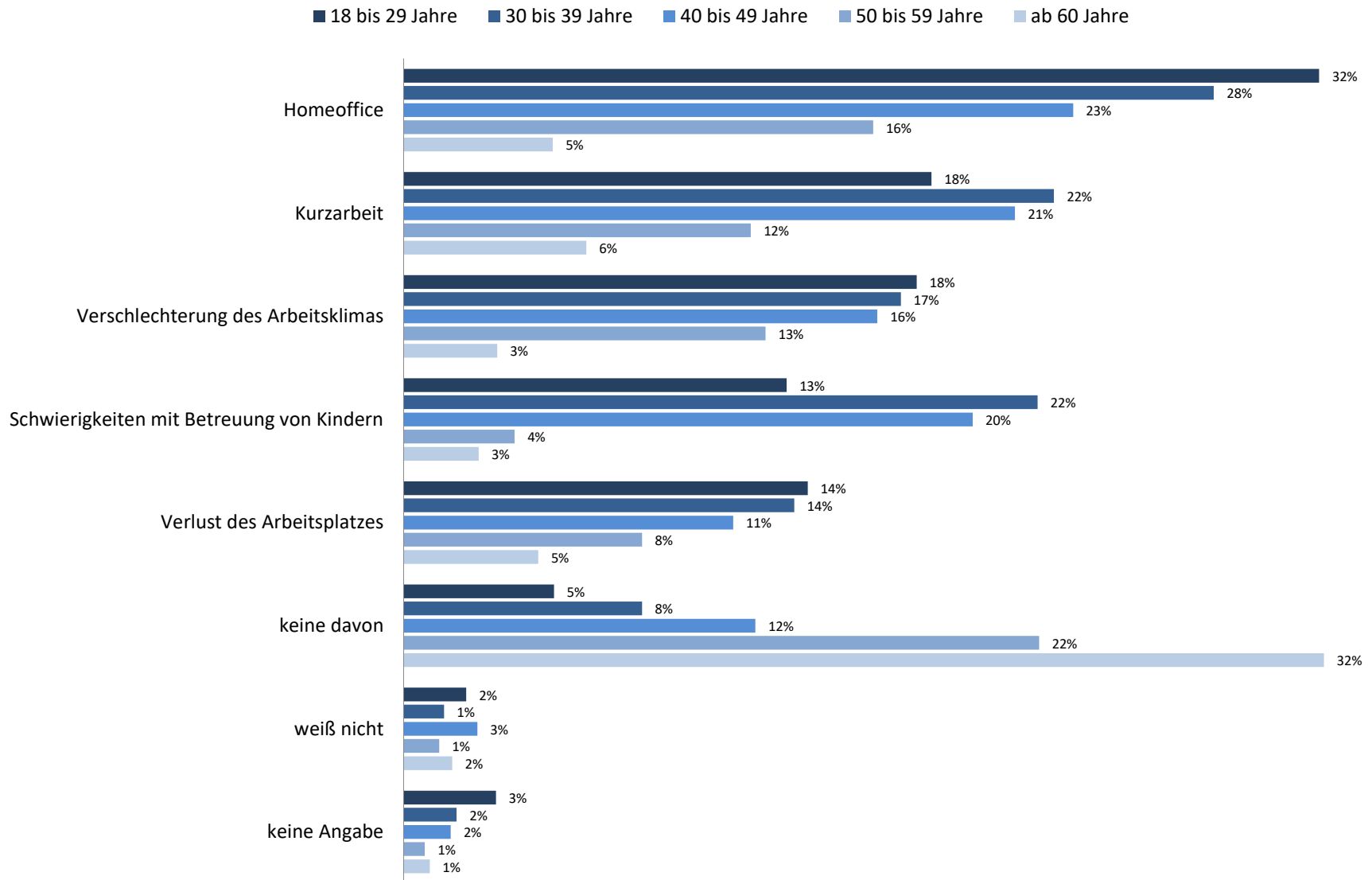
Aktuelle Wähler der FDP haben am seltensten keine Auswirkung der Corona-Krise wahrgenommen (15 %) und die AfD-Wähler am häufigsten (24 %; Rest: 17 bis 22 %).

Welche der folgenden möglichen Auswirkungen hatte die Corona-Krise auf Ihre persönliche Situation?

■ 18 bis 29 Jahre ■ 30 bis 39 Jahre ■ 40 bis 49 Jahre ■ 50 bis 59 Jahre ■ ab 60 Jahre



Welche der folgenden möglichen Auswirkungen hatte die Corona-Krise auf Ihre persönliche Situation?



Welche der folgenden möglichen Auswirkungen hatte die Corona-Krise auf Ihre persönliche Situation?

Befragte zwischen 18 und 29 Jahren haben häufiger das Gefühl von Einsamkeit gespürt als die älteren Befragten (40 zu 24 bis 36 %).

Allerdings steigt der Anteil der Befragten, welche angeben, dass sich ihre Beziehungen zu Familienangehörigen bzw. Freunden verschlechtert haben, mit steigendem Lebensalter von 27 Prozent bei den 18- bis 29-Jährigen auf 36 Prozent bei den ab 60-Jährigen.

Befragte ab 60 Jahren geben dagegen deutlich seltener an, von finanziellen Schwierigkeiten betroffen zu sein als die jüngeren Befragten (15 zu 26 bis 32 %).

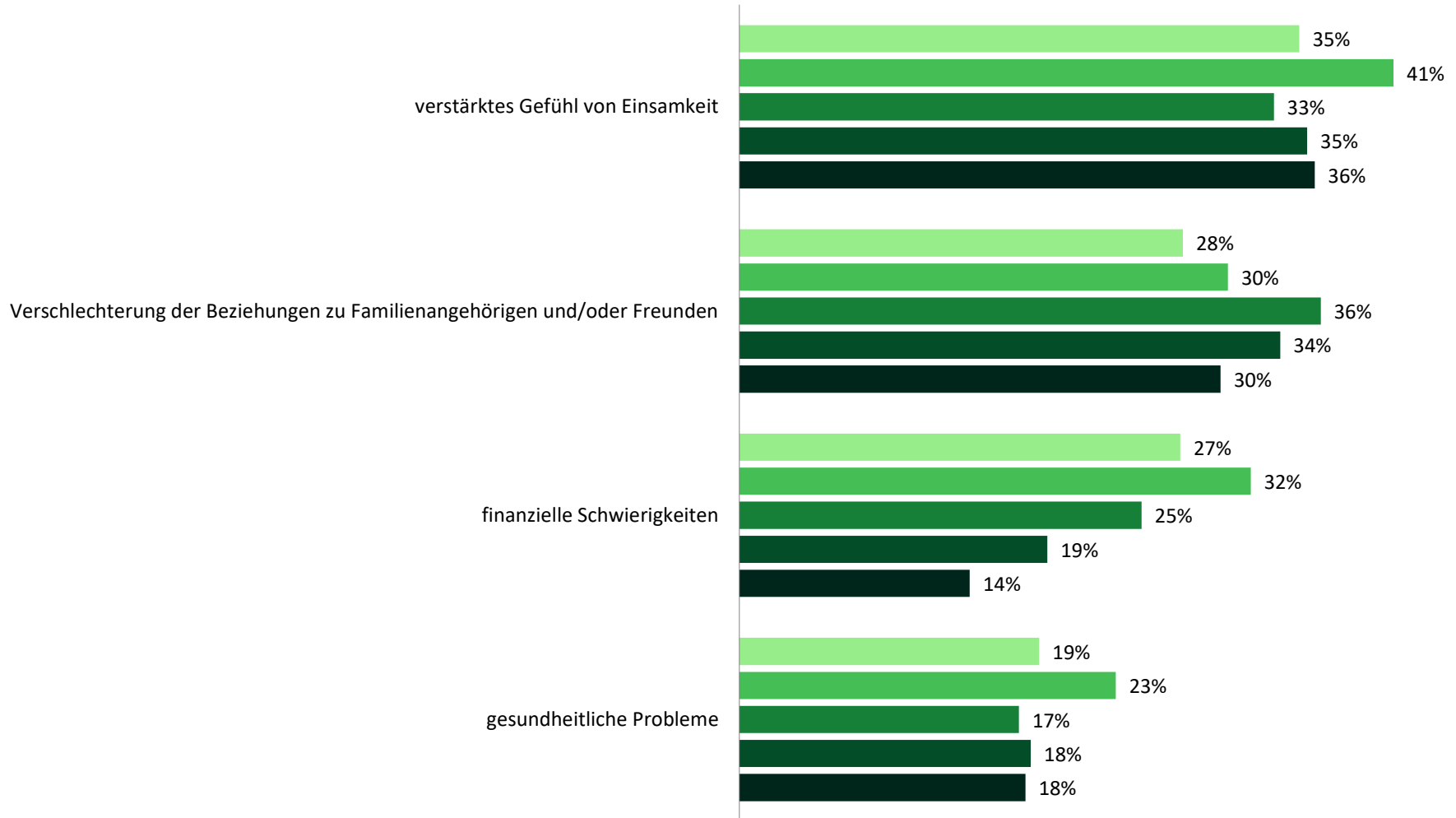
Dagegen sinkt der Anteil der Befragten, welche ihren Arbeitsplatz in das Homeoffice verlagert haben, von 32 Prozent (18 bis 29 Jahren) mit steigendem Lebensalter auf fünf Prozent bei den ältesten Befragten (ab 60 Jahren).

Auch von Kurzarbeit (6 zu 12 bis 22 %), Verschlechterung des Arbeitsklimas (3 zu 13 bis 18 %), Schwierigkeiten bei der Kinderbetreuung (3 bzw. 4 zu 13 bis 22 %) und eines Verlusts des Arbeitsplatzes (5 zu 8 bis 14 %) sind ab 60-Jährige mitunter deutlich seltener betroffen.

Folglich gibt etwa ein Drittel der ab 60-Jährigen (32 %) an, von keiner Auswirkung betroffen zu sein. Auch 50- bis 59-Jährige geben dies deutlich häufiger an, als die jüngeren Befragten (22 zu 5 bis 12 %).

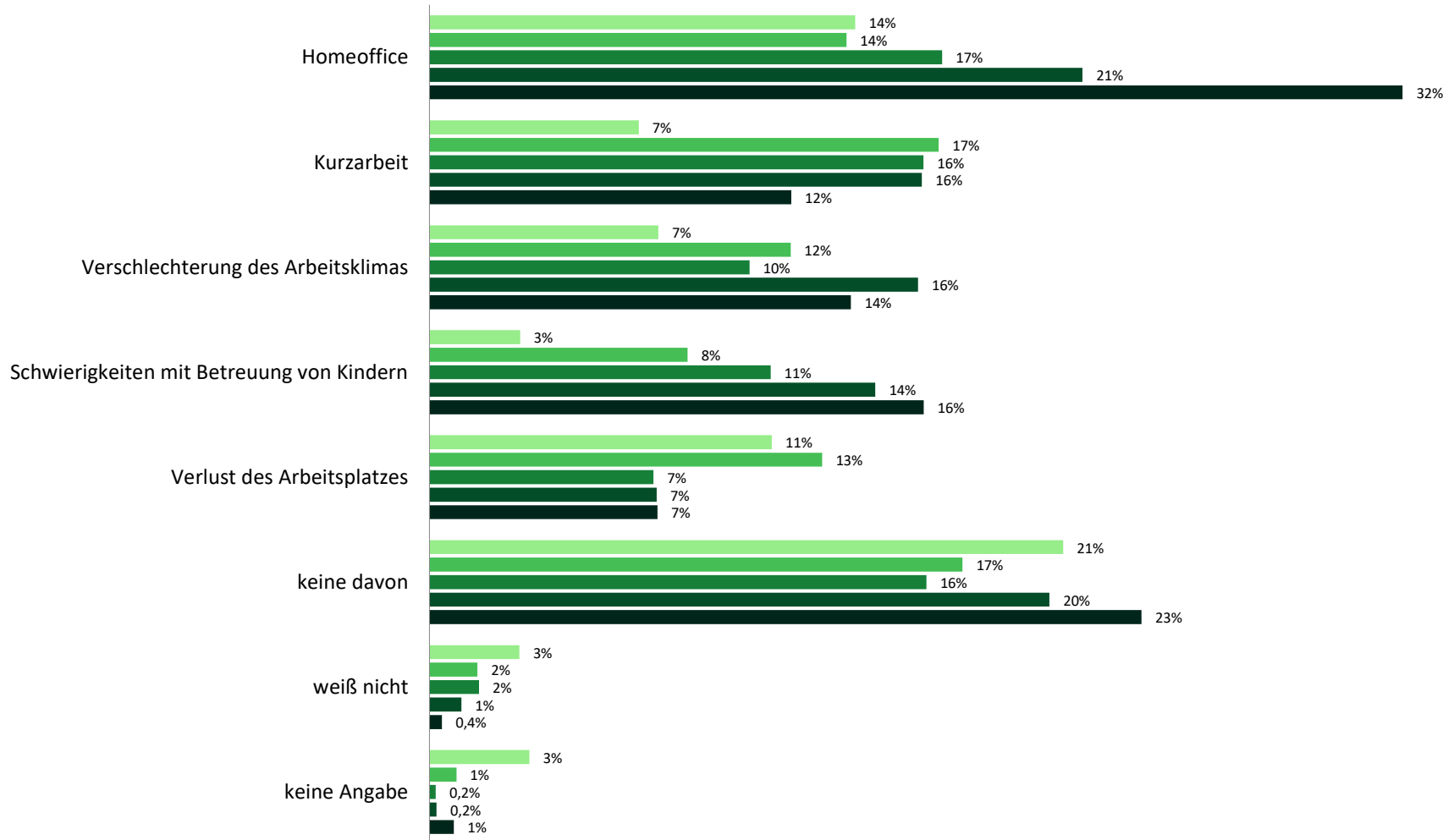
Welche der folgenden möglichen Auswirkungen hatte die Corona-Krise auf Ihre persönliche Situation?

■ unter 1.000 Euro
 ■ zwischen 1.000 und weniger als 2.000 Euro
 ■ zwischen 2.000 und weniger als 3.000 Euro
 ■ zwischen 3.000 und weniger als 4.000 Euro
 ■ 4.000 Euro oder mehr



Welche der folgenden möglichen Auswirkungen hatte die Corona-Krise auf Ihre persönliche Situation?

■ unter 1.000 Euro
 ■ zwischen 1.000 und weniger als 2.000 Euro
 ■ zwischen 2.000 und weniger als 3.000 Euro
■ zwischen 3.000 und weniger als 4.000 Euro
 ■ 4.000 Euro oder mehr



Welche der folgenden möglichen Auswirkungen hatte die Corona-Krise auf Ihre persönliche Situation?

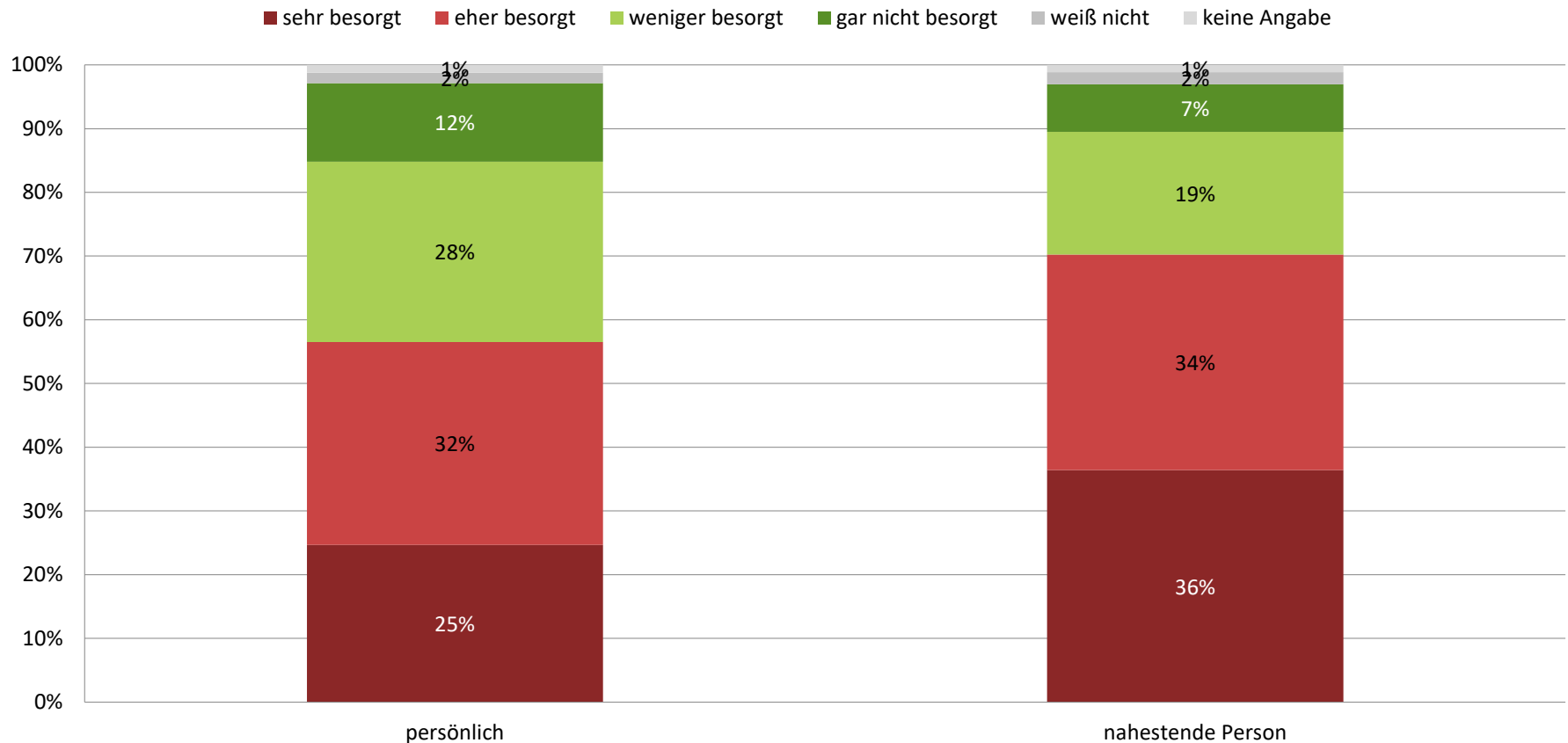
Befragte, welche zwischen 1.000 und weniger als 2.000 Euro verdienen, berichten häufiger von Einsamkeit als die anderen Einkommensgruppen (41 zu 33 bis 36 %) und von finanziellen Schwierigkeiten (32 zu 14 bis 27 %) sowie von gesundheitlichen Problemen (23 zu 27 bis 19 %).

Befragte, welche 4.000 Euro oder mehr verdienen, konnten aufgrund der Corona-Krise deutlich häufiger ihr Arbeitsplatz in das Homeoffice verlagern als die anderen Erwerbsgruppen (32 zu 14 bis 21 %).

Befragte, welche unter 1.000 Euro und Befragte, welche mehr als 4.000 Euro verdienen, waren seltener von Kurzarbeit betroffen als die mittleren Einkommensgruppen (7 bzw. 12 zu 16 bis 17 %).

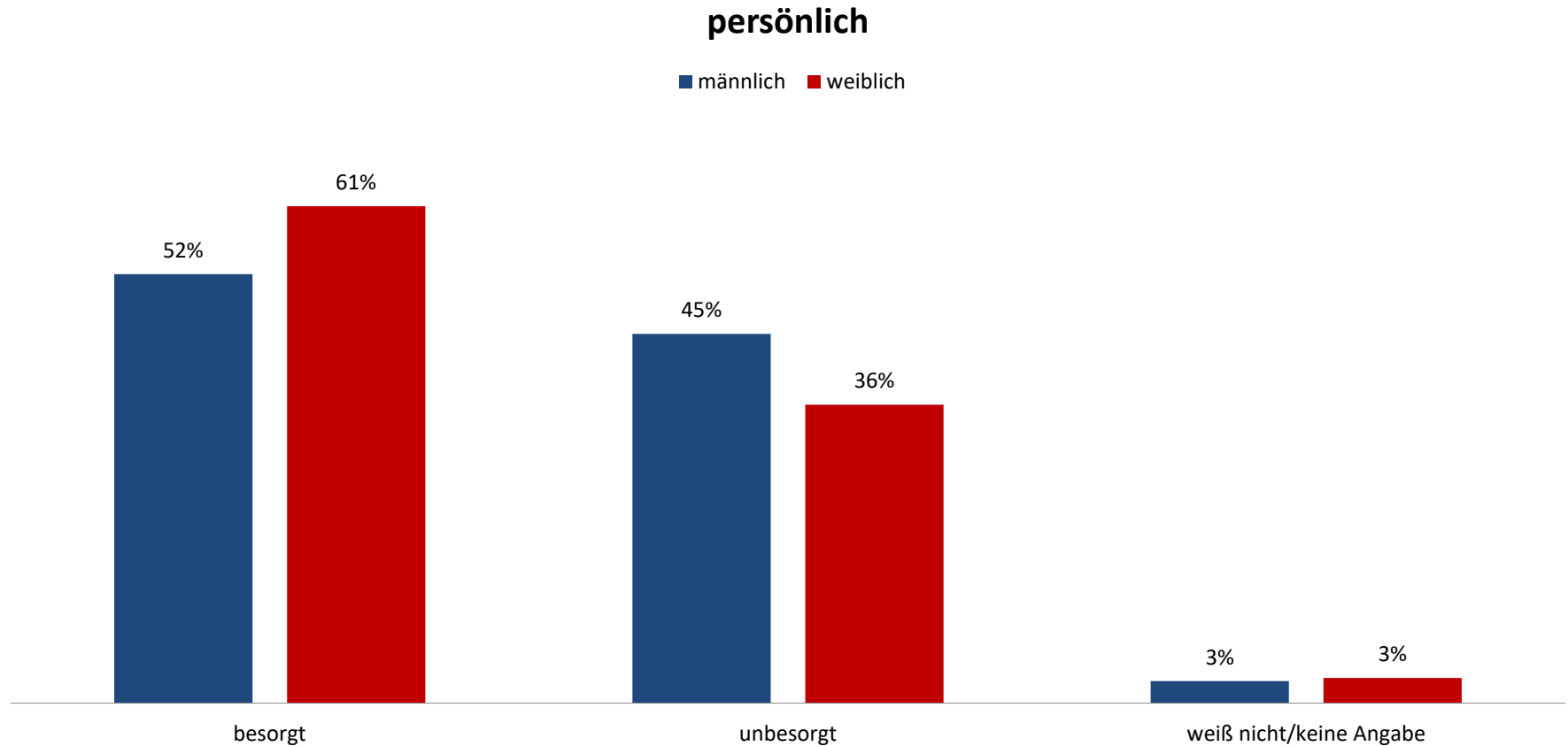
Befragte, welche unter 2.000 Euro verdienen, berichten seltener mit Schwierigkeiten bei der Kinderbetreuung (3 bzw. 8 zu 11 bis 16 %), aber häufiger den Arbeitsplatz verloren zu haben (11 bzw. 13 zu 7 %).

Wie besorgt oder unbesorgt sind Sie, dass Sie sich selbst oder eine Ihnen nahestehende Person (bspw. Familienangehörige, Freunde) mit dem Coronavirus anstecken?



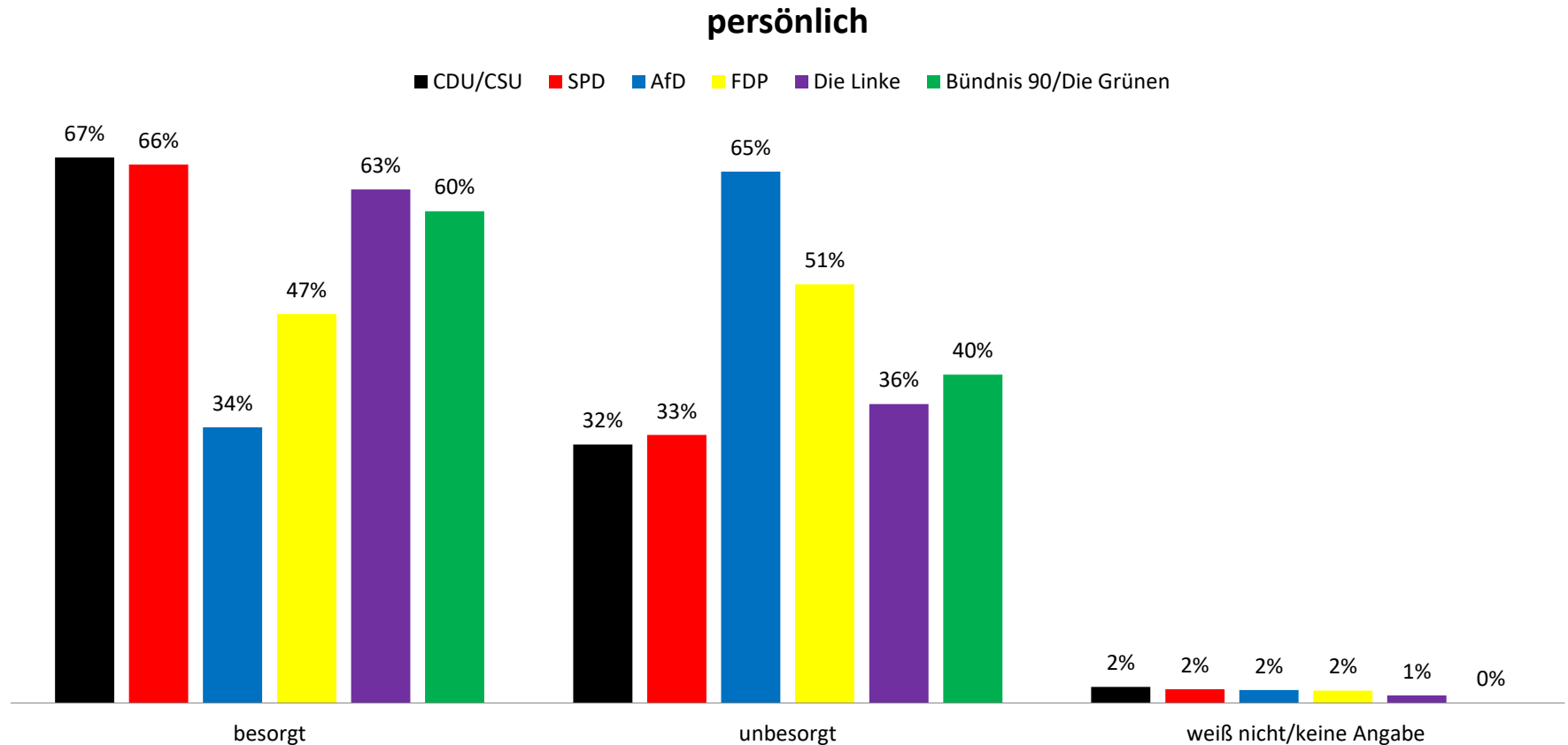
Eine absolute Mehrheit der Befragten ist eher oder sehr besorgt, sich selbst mit dem Coronavirus anzustecken (57 % kumuliert) oder dass sich eine nahestehende Person damit ansteckt (70 % kumuliert).

Wie besorgt oder unbesorgt sind Sie, dass Sie sich selbst oder eine Ihnen nahestehende Person (bspw. Familienangehörige, Freunde) mit dem Coronavirus anstecken?



Weibliche Befragte sind häufiger besorgt, sich selbst mit dem Coronavirus anzustecken als männliche Befragte (61 zu 52 %).

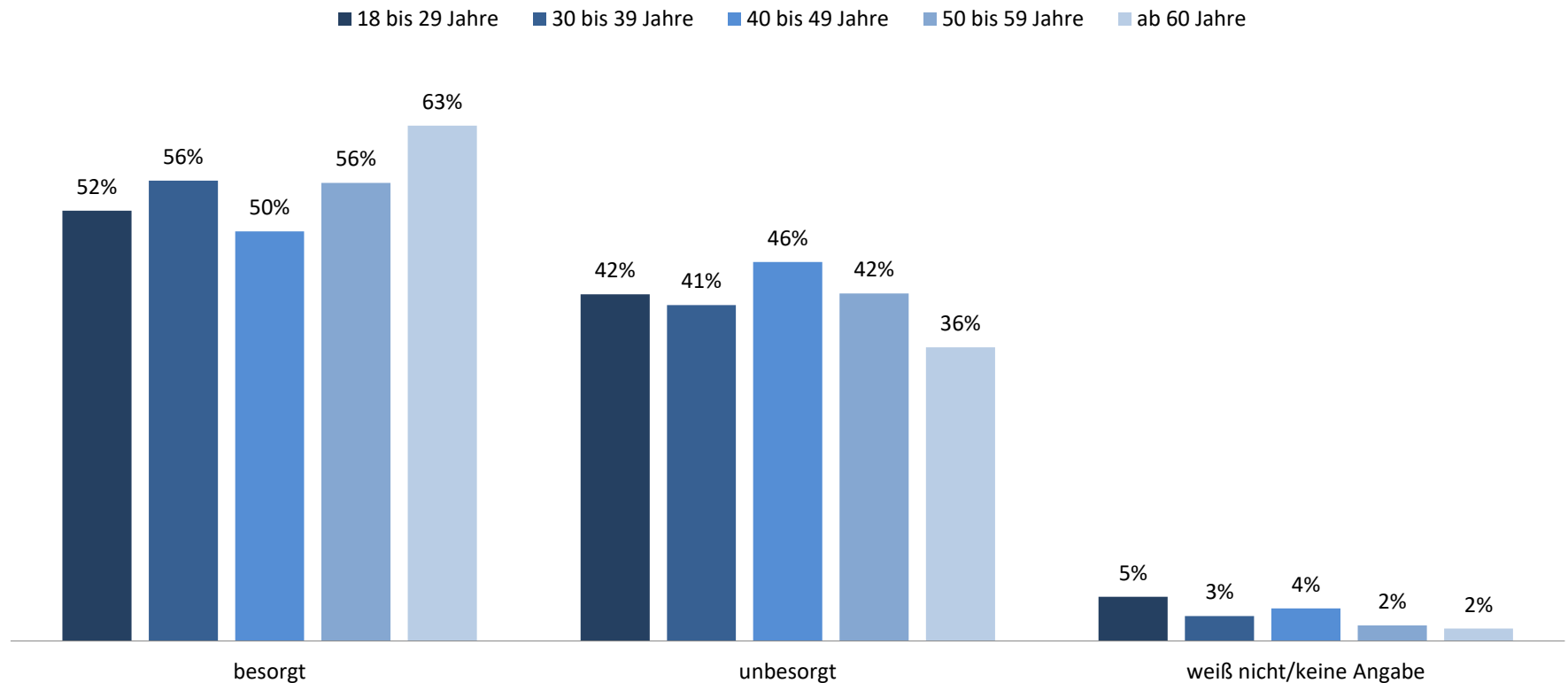
Wie besorgt oder unbesorgt sind Sie, dass Sie sich selbst oder eine Ihnen nahestehende Person (bspw. Familienangehörige, Freunde) mit dem Coronavirus anstecken?



Während aktuelle Wähler der FDP (51 zu 47 %) und der AfD (65 zu 34 %) jeweils absolut-mehrheitlich unbesorgt sind bezüglich einer eigenen Ansteckung mit dem Coronavirus, sind die anderen Wählergruppen jeweils deutlich häufiger besorgt (60 bis 67 %).

Wie besorgt oder unbesorgt sind Sie, dass Sie sich selbst oder eine Ihnen nahestehende Person (bspw. Familienangehörige, Freunde) mit dem Coronavirus anstecken?

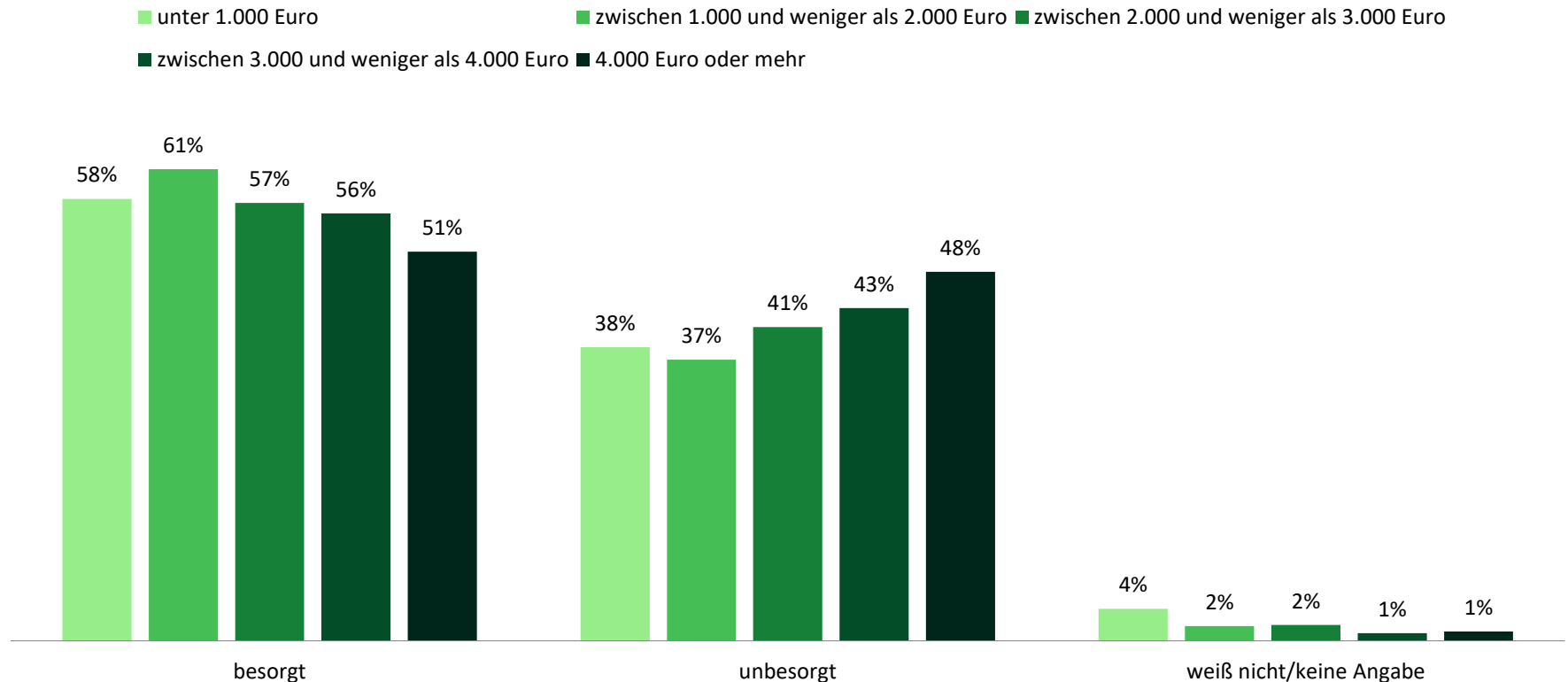
persönlich



Die ältesten Befragten (ab 60 Jahren) sind etwas häufiger besorgt, sich mit dem Coronavirus anzustecken, als die jüngeren Befragten (63 zu 50 bis 56 %).

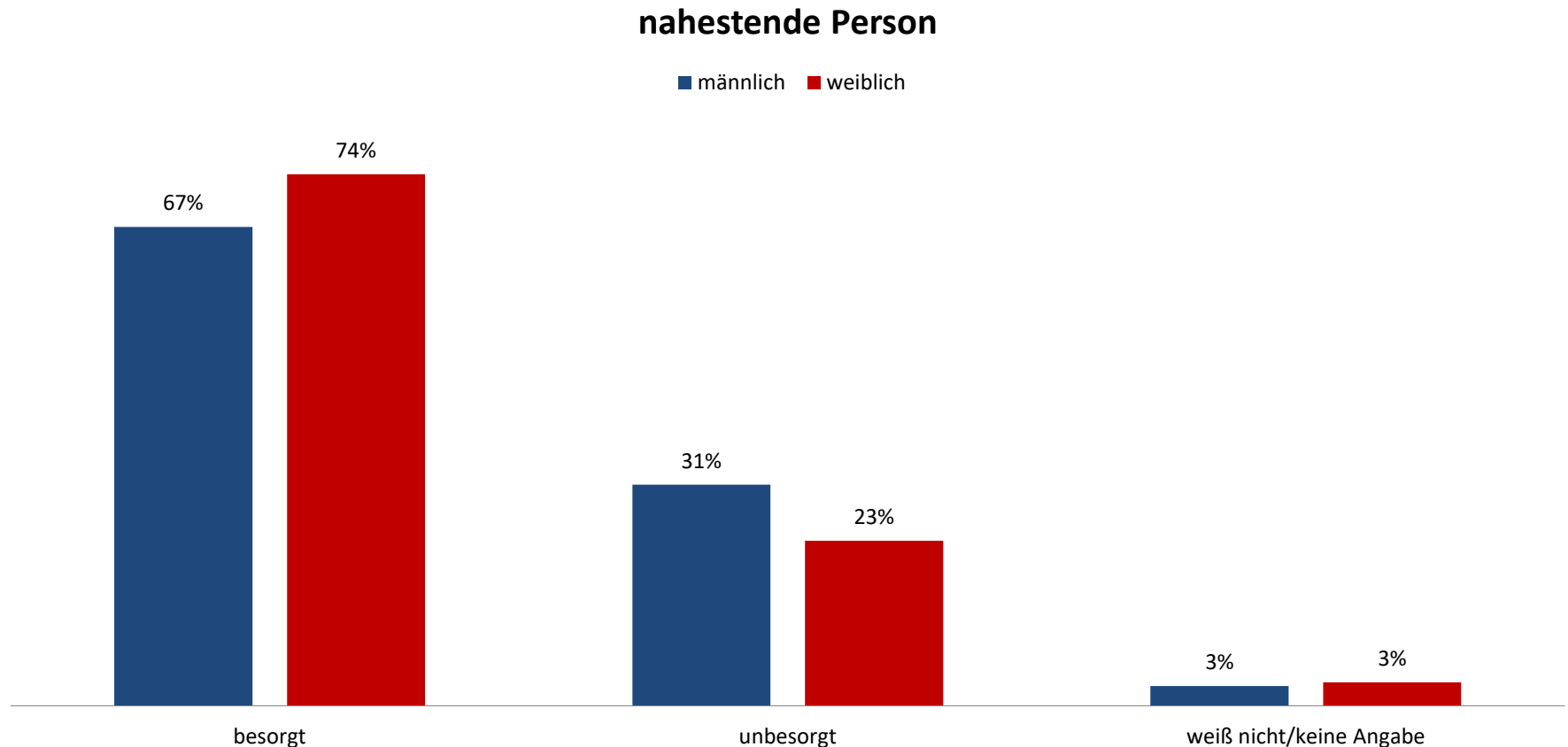
Wie besorgt oder unbesorgt sind Sie, dass Sie sich selbst oder eine Ihnen nahestehende Person (bspw. Familienangehörige, Freunde) mit dem Coronavirus anstecken?

persönlich



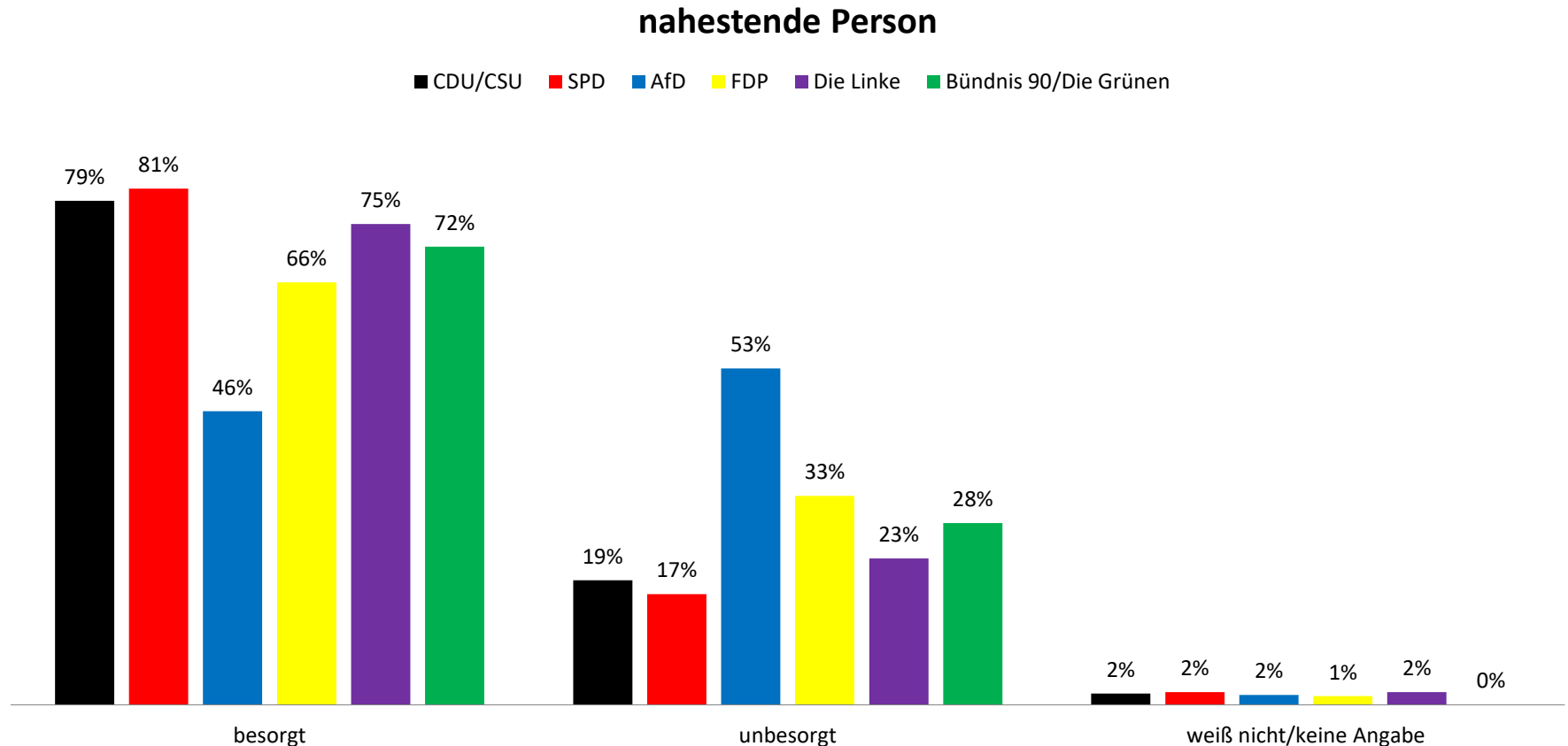
Tendenziell steigt der Anteil der Befragten, welche bezüglich einer eigenen Ansteckung mit dem Coronavirus unbesorgt ist, mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen von 37 bzw. 38 Prozent (bis weniger als 2.000 Euro) auf 48 Prozent bei den Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 4.000 Euro oder mehr an.

Wie besorgt oder unbesorgt sind Sie, dass Sie sich selbst oder eine Ihnen nahestehende Person (bspw. Familienangehörige, Freunde) mit dem Coronavirus anstecken?



Weibliche Befragte machen sich häufiger Sorgen, dass sich eine nahestehende Person mit dem Coronavirus ansteckt als dies männliche Befragte tun (74 zu 67 %).

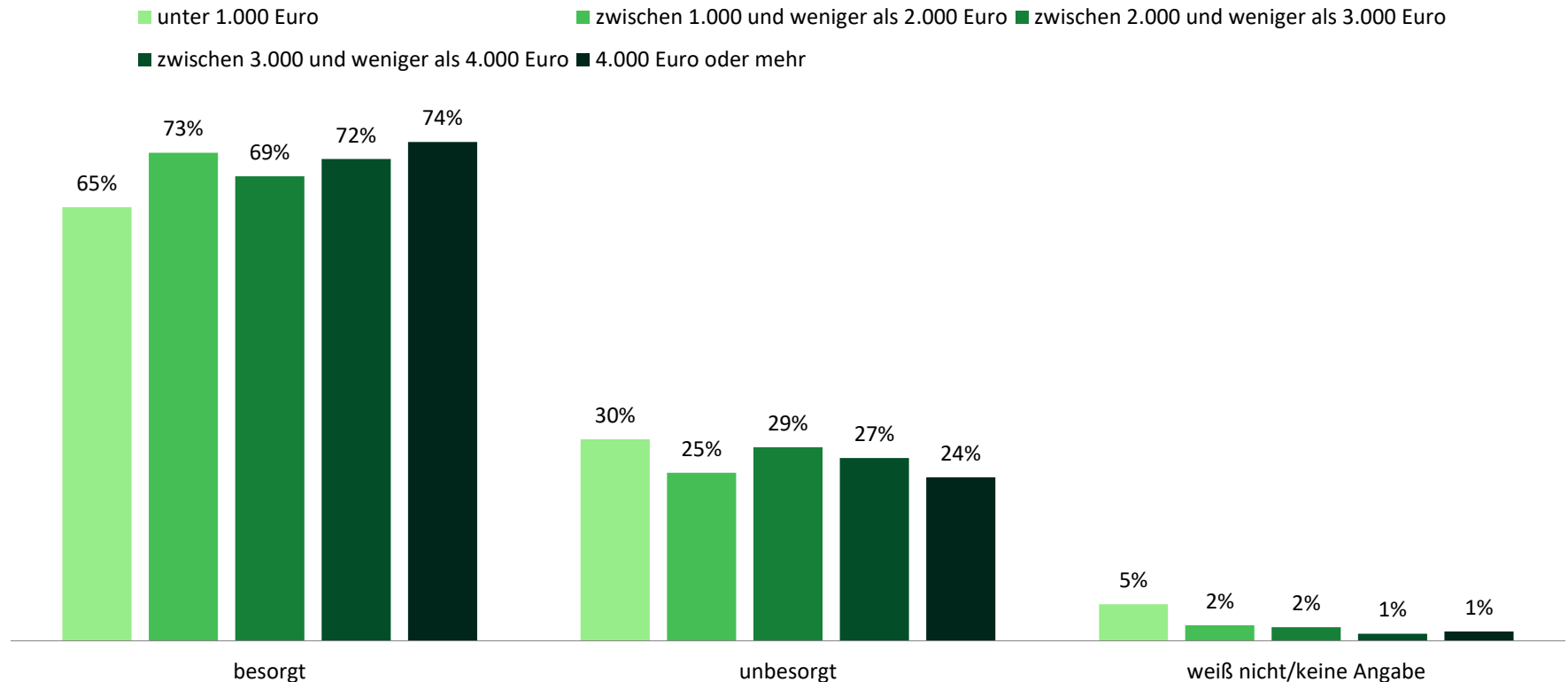
Wie besorgt oder unbesorgt sind Sie, dass Sie sich selbst oder eine Ihnen nahestehende Person (bspw. Familienangehörige, Freunde) mit dem Coronavirus anstecken?



Aktuelle Wähler der AfD sind als einzige Wählergruppe absolut-mehrheitlich unbesorgt darüber, dass sich eine ihnen nahestehende Person mit dem Coronavirus anstecken könnte (53 zu 46 %). Die anderen Wählergruppen sind deutlich häufiger diesbezüglich besorgt (66 bis 81 %).

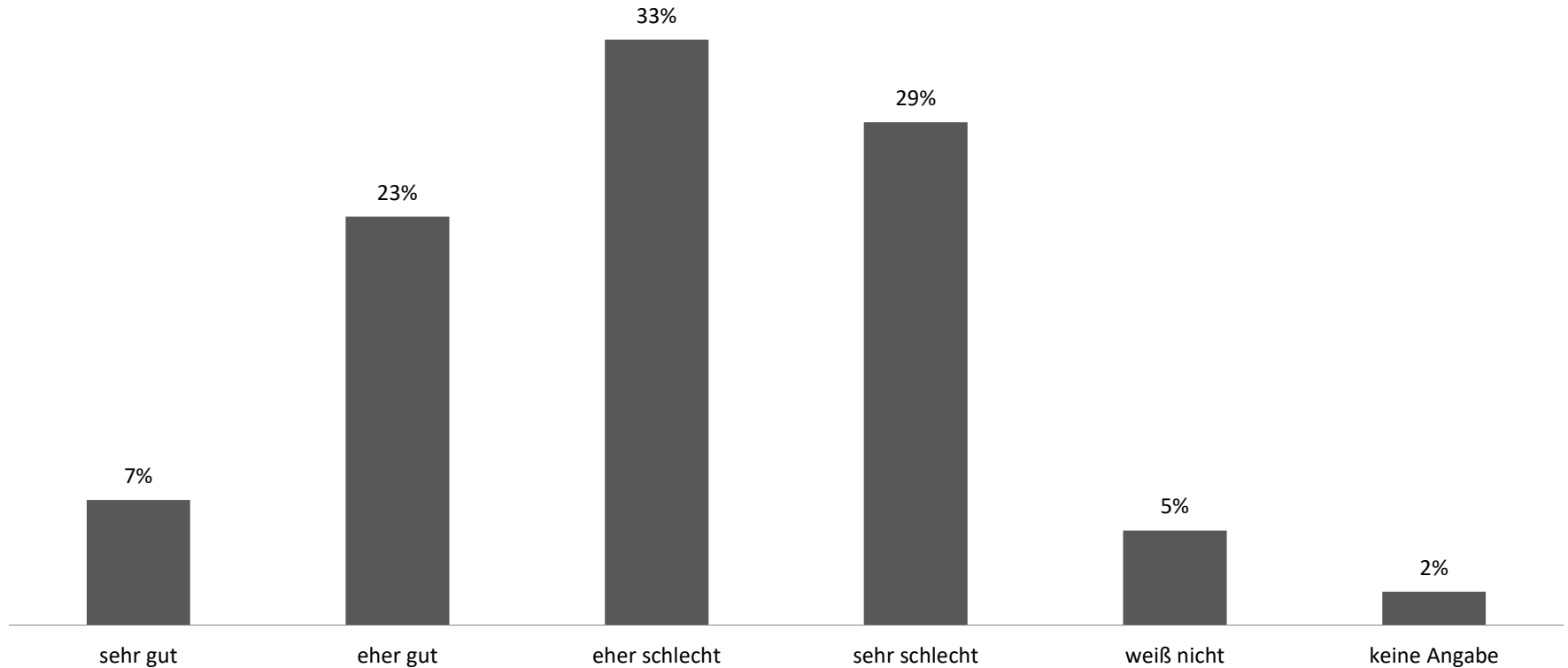
Wie besorgt oder unbesorgt sind Sie, dass Sie sich selbst oder eine Ihnen nahestehende Person (bspw. Familienangehörige, Freunde) mit dem Coronavirus anstecken?

nahestehende Person



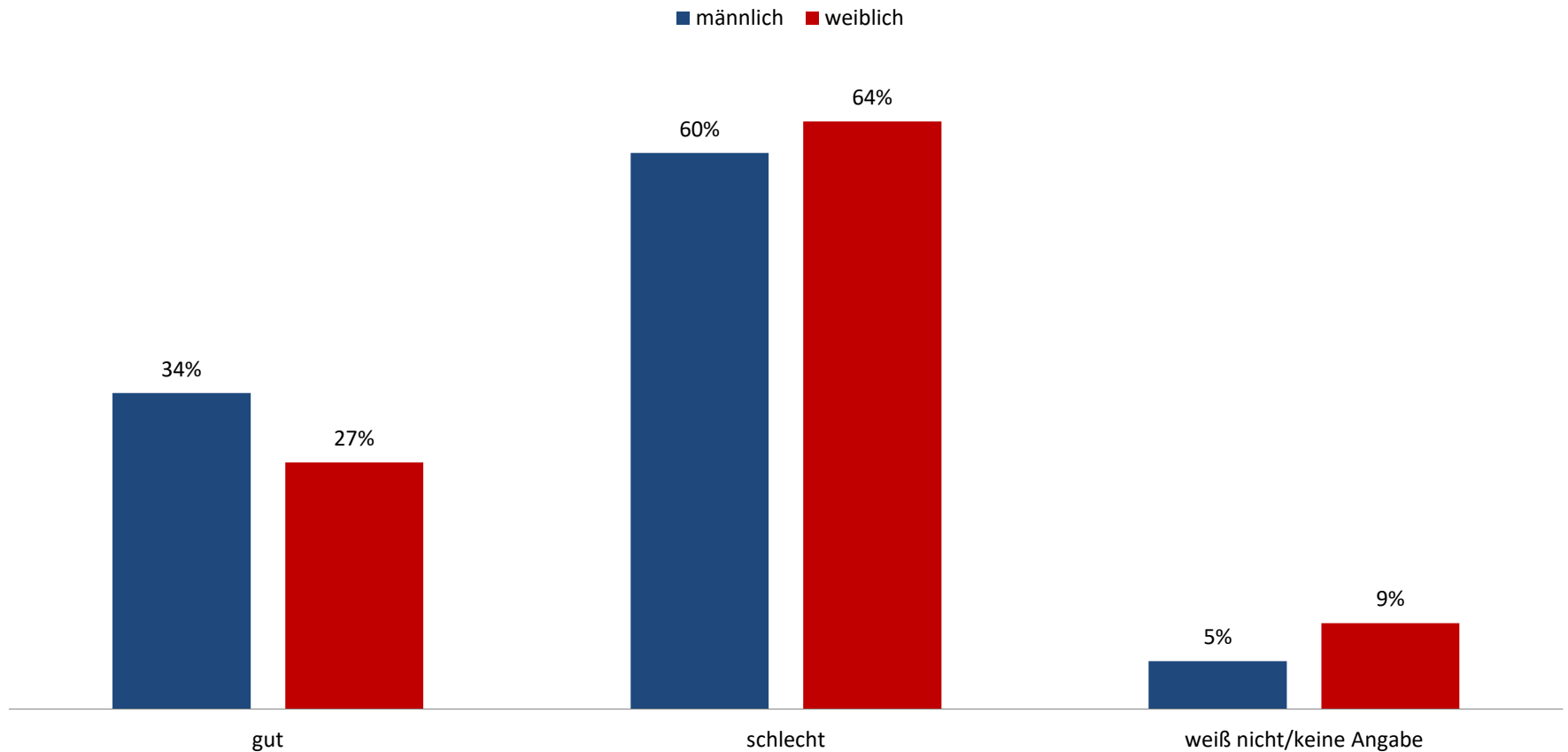
Während sich Befragte mit einem hohen Haushaltsnettoeinkommen bezüglich einer eigenen Ansteckung mit dem Coronavirus keine Sorgen machen, können bei einer Ansteckung einer nahestehenden Person keine Unterschiede zwischen den Einkommensklassen festgestellt werden.

Wie bewerten Sie das Vorgehen der Bundesregierung bei der Beschaffung von Impfdosen gegen das Coronavirus?



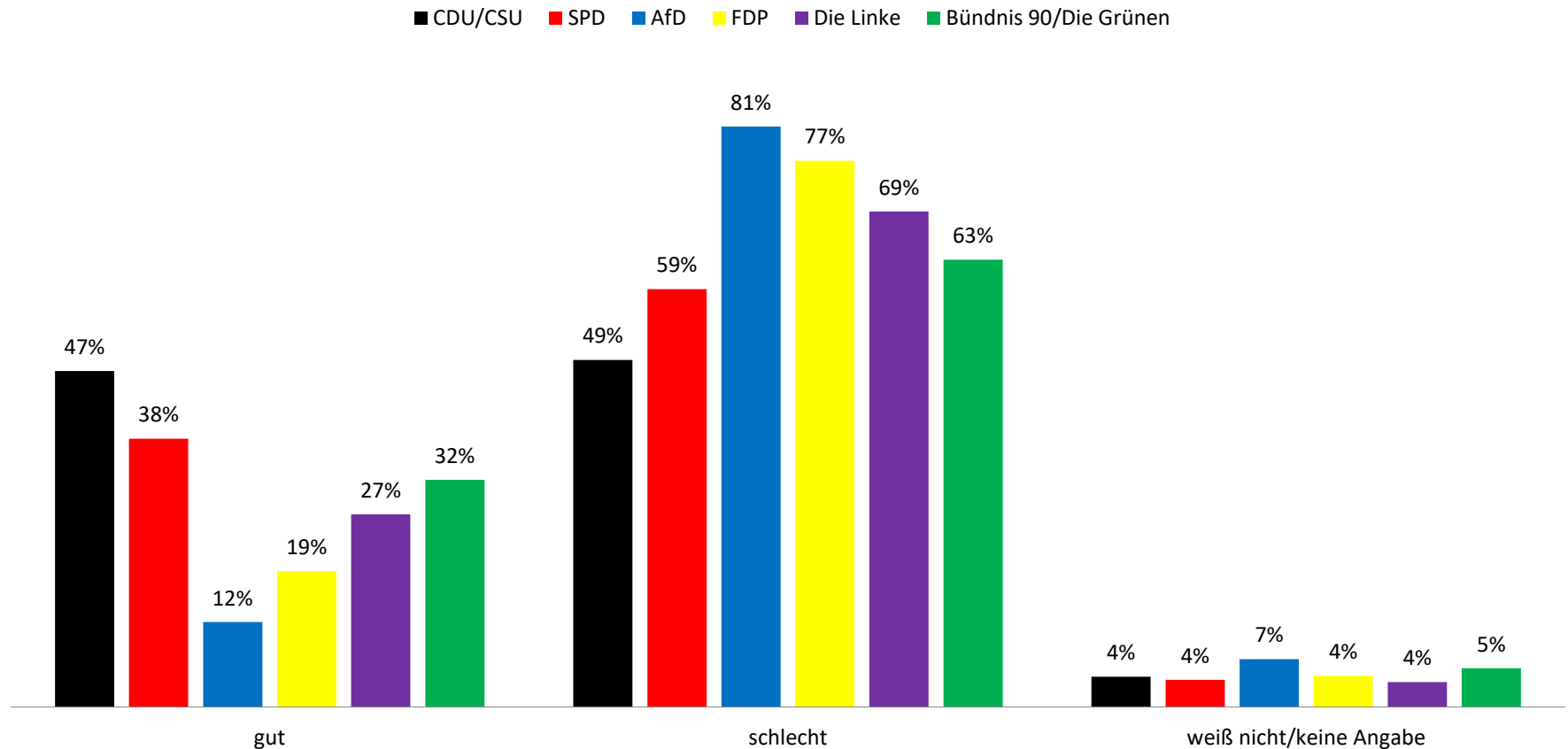
Eine Mehrheit der Befragten beurteilt das Vorgehen der Bundesregierung bei der Beschaffung von Impfdosen gegen das Coronavirus eher oder sehr schlecht (62 % kumuliert). Dagegen bewerten 30 Prozent (kumuliert) das Vorgehen als eher oder sehr gut.

Wie bewerten Sie das Vorgehen der Bundesregierung bei der Beschaffung von Impfdosen gegen das Coronavirus?



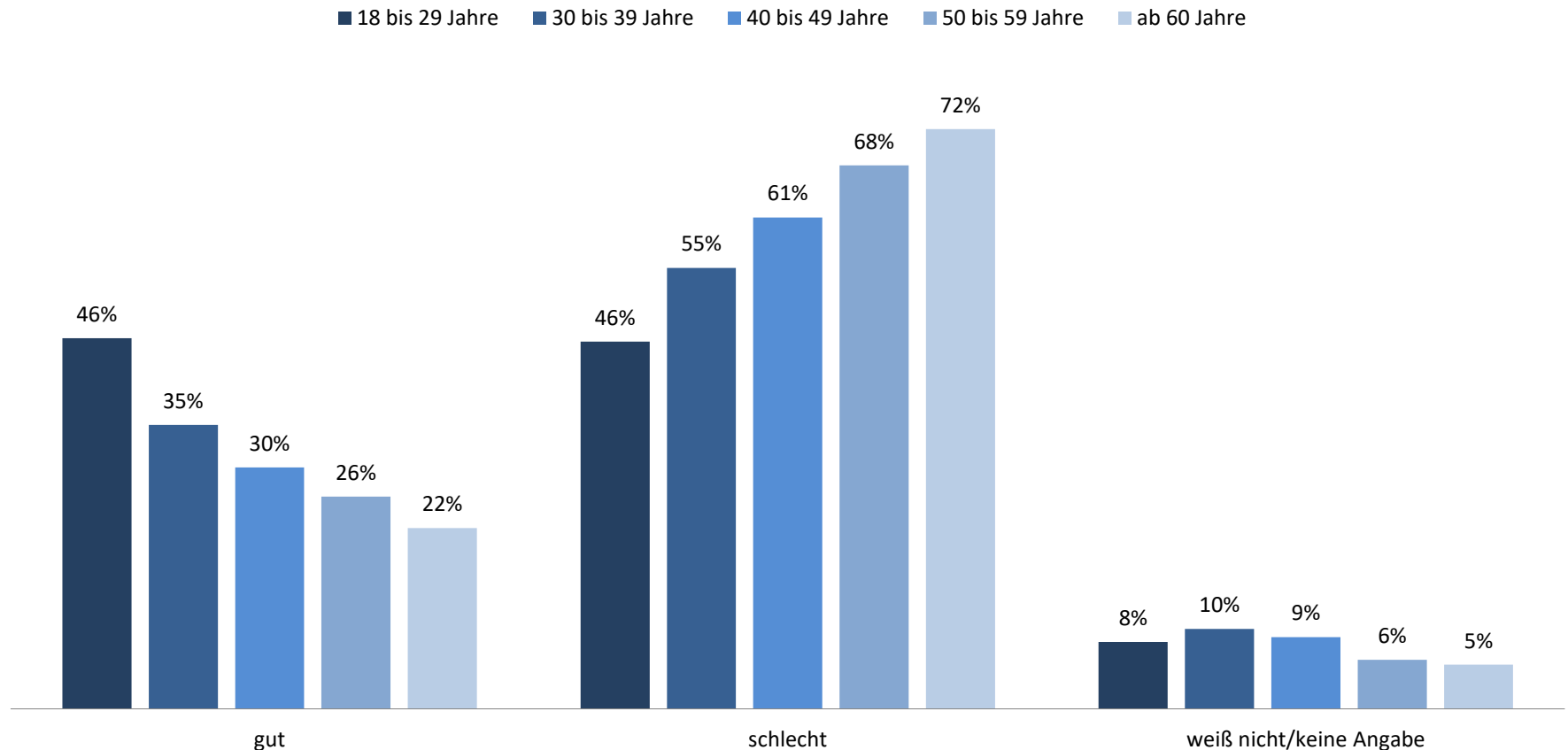
Männliche Befragte bewerten das Vorgehen der Bundesregierung bei der Beschaffung von Impfdosen häufiger gut als dies weibliche Befragte tun (43 zu 27 %).

Wie bewerten Sie das Vorgehen der Bundesregierung bei der Beschaffung von Impfdosen gegen das Coronavirus?



Sämtliche Wählergruppen bewerten das Vorgehen der Bundesregierung bei der Beschaffung von Impfdosen mehrheitlich als schlecht. Wobei dieser Anteil unter Unions-Wählern am geringsten (49 %) und bei Wählern von FDP (77 %) und AfD (81 %) am größten ist (Rest: 59 bis 69 %).

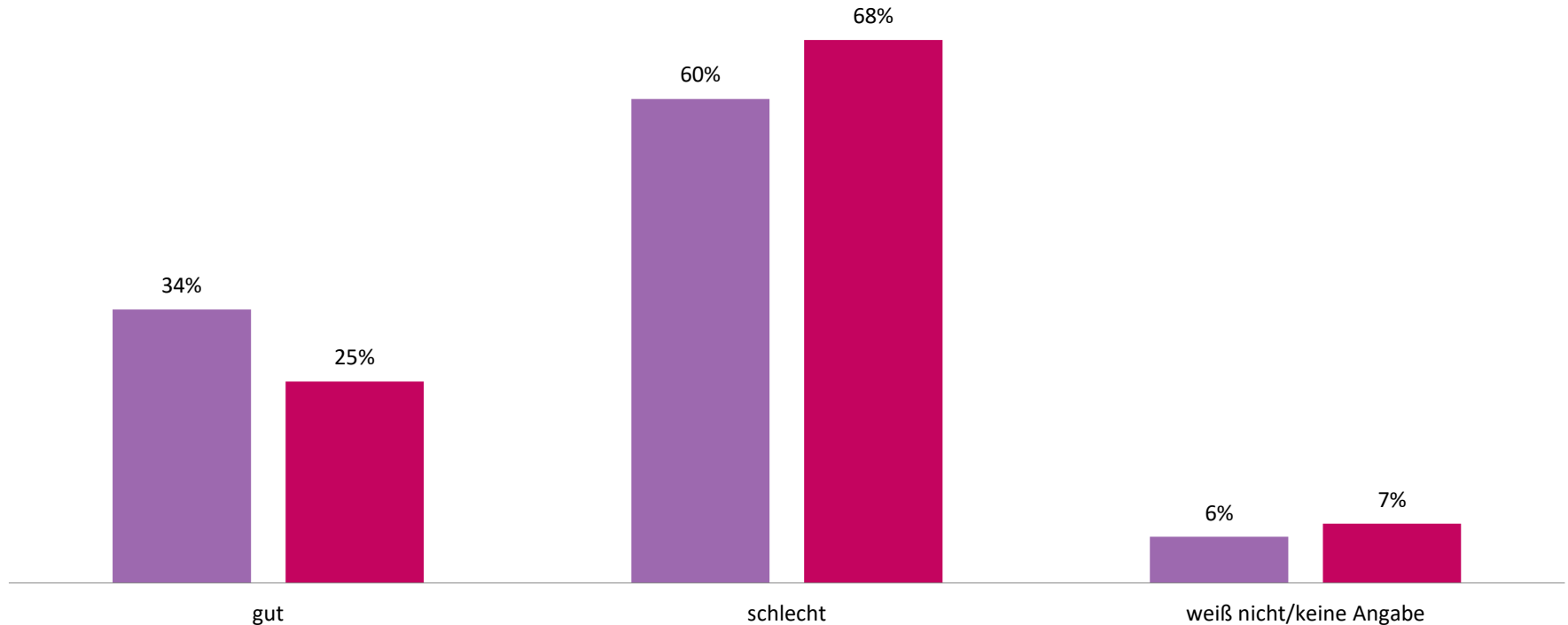
Wie bewerten Sie das Vorgehen der Bundesregierung bei der Beschaffung von Impfdosen gegen das Coronavirus?



Während Befragte zwischen 18 und 29 Jahren gespalten sind in der Bewertung des Vorgehens der Bundesregierung bei der Beschaffung von Impfdosen (jeweils 46 %), bewerten die anderen Altersgruppen dieses Vorgehen jeweils absolut-mehrheitlich mit schlecht, wobei dieser Anteil mit steigendem Alter zunimmt (55 bis 72 %).

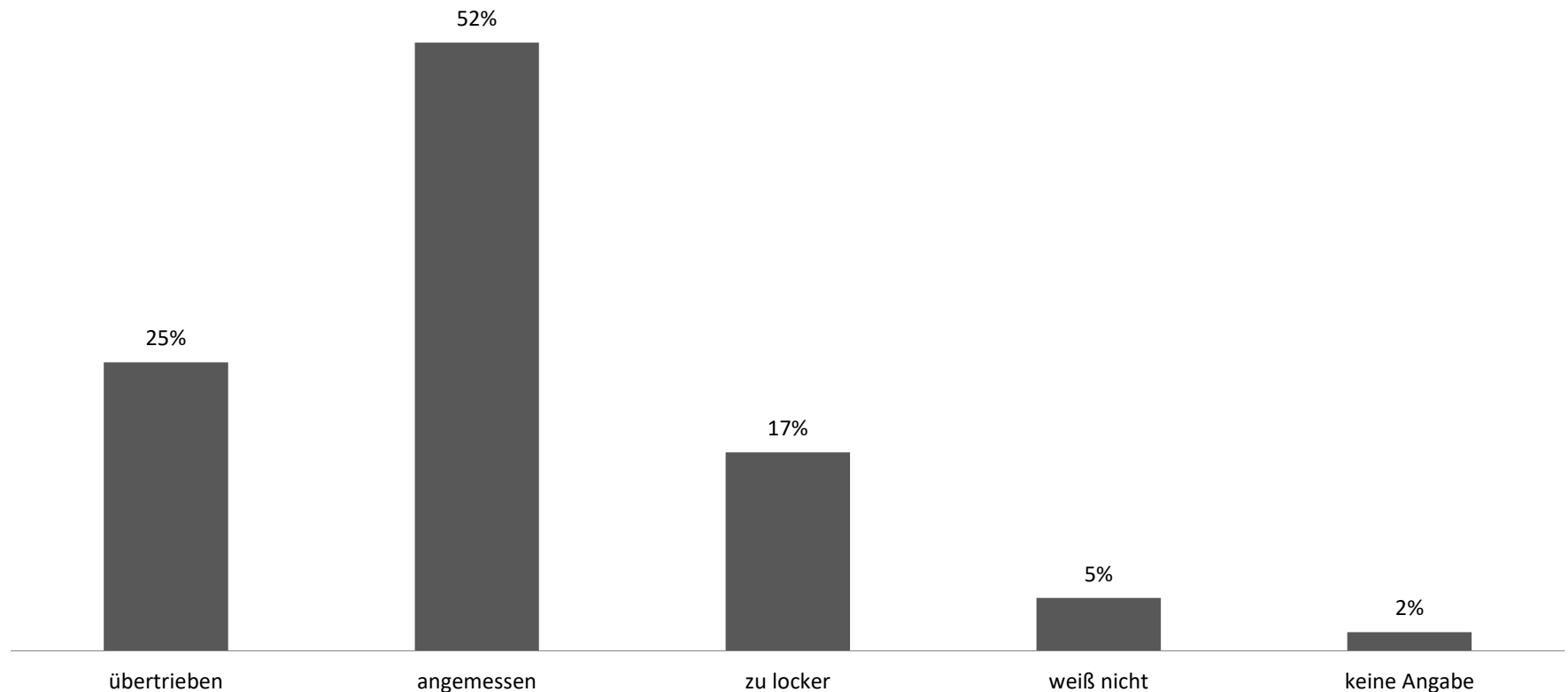
Wie bewerten Sie das Vorgehen der Bundesregierung bei der Beschaffung von Impfdosen gegen das Coronavirus?

■ erwerbstätig ■ nicht erwerbstätig



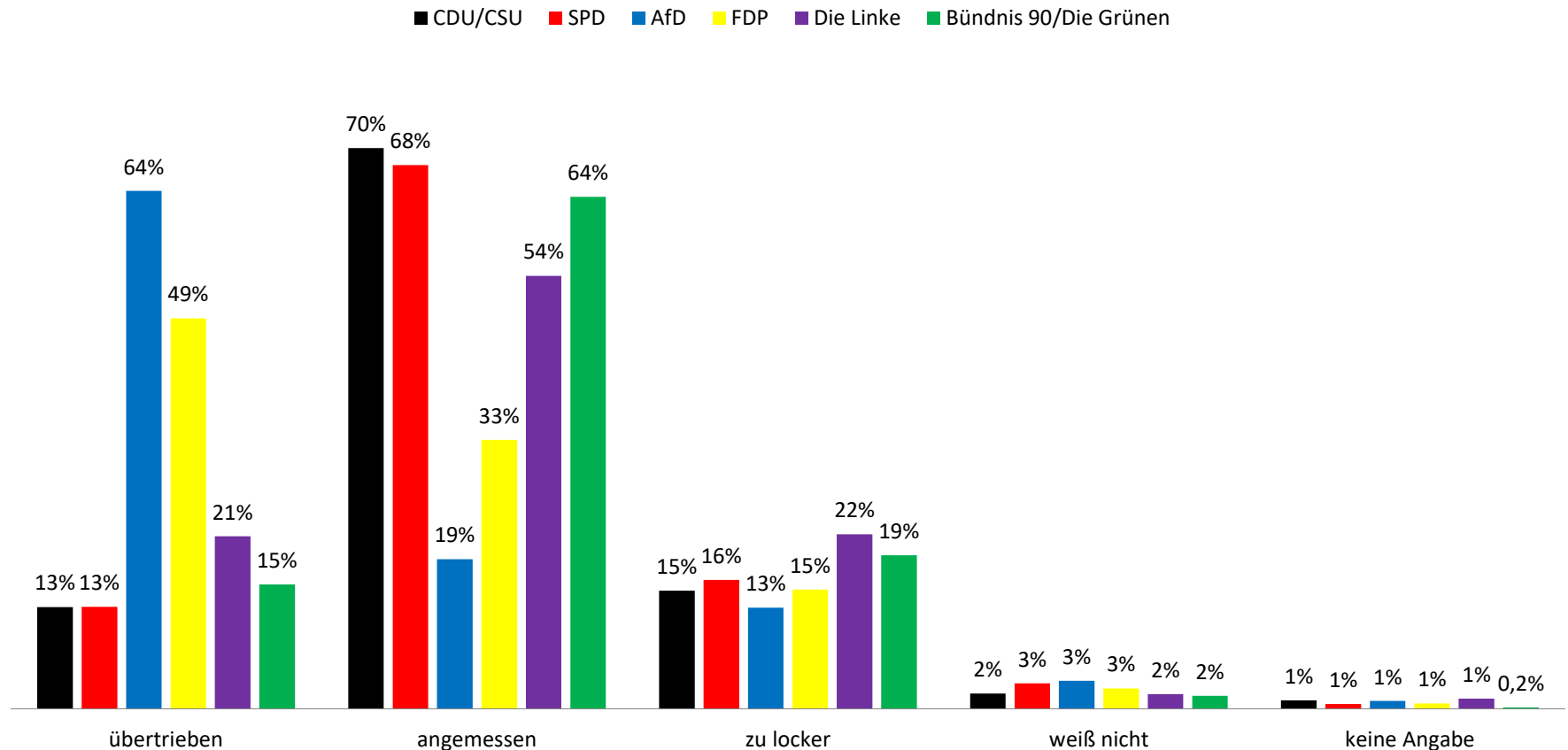
Erwerbstätige Befragte bewerten das Vorgehen der Bundesregierung bei der Beschaffung von Impfdosen häufiger gut als dies nicht erwerbstätige tun (34 zu 25 %).

Wie bewerten Sie insgesamt die aktuellen Corona-Maßnahmen der Bundesregierung?



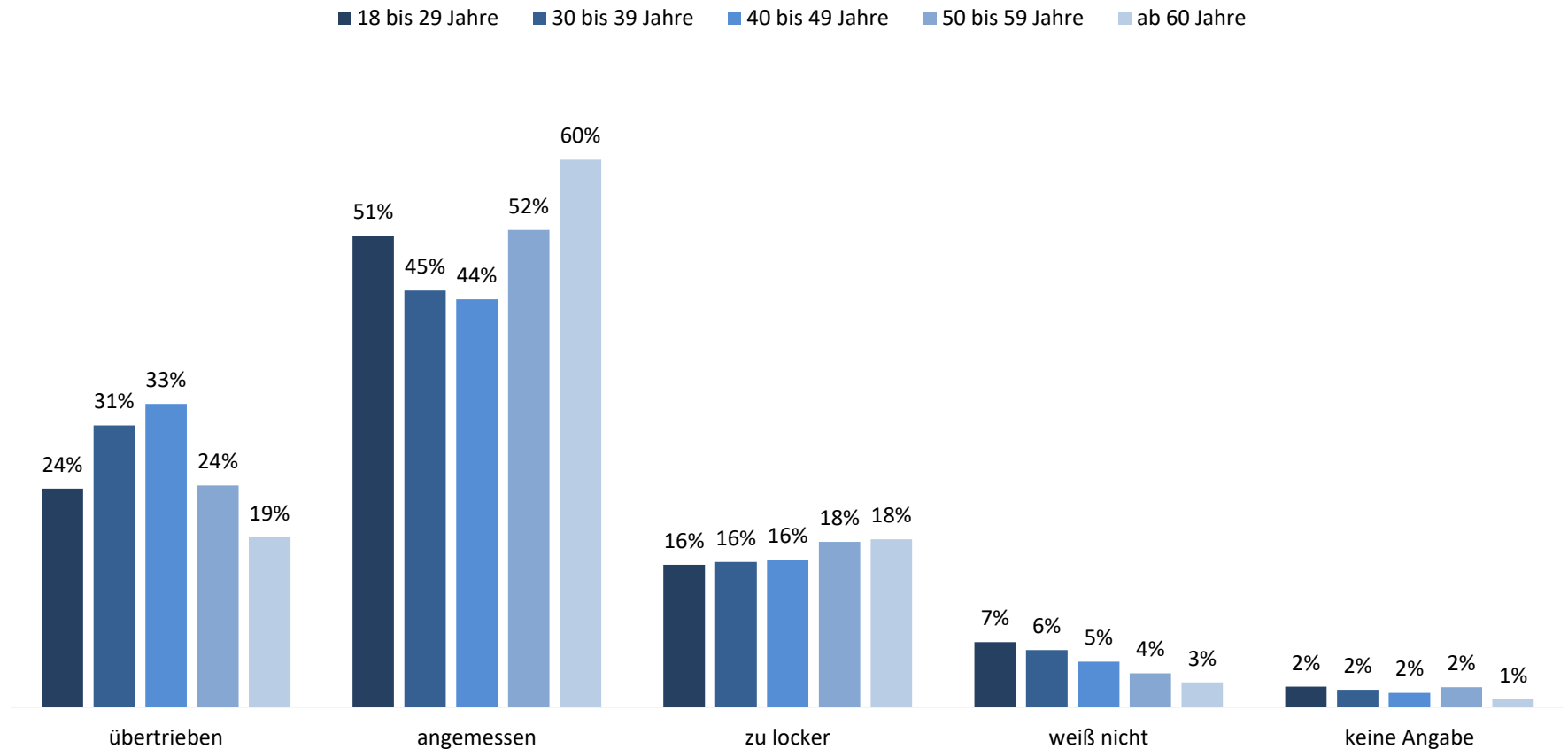
Eine absolute Mehrheit von 52 Prozent der Befragten befinden die aktuellen Corona-Maßnahmen der Bundesregierung als angemessen. Ein Viertel der Befragten findet diese als übertrieben und 17 Prozent als zu locker.

Wie bewerten Sie insgesamt die aktuellen Corona-Maßnahmen der Bundesregierung?



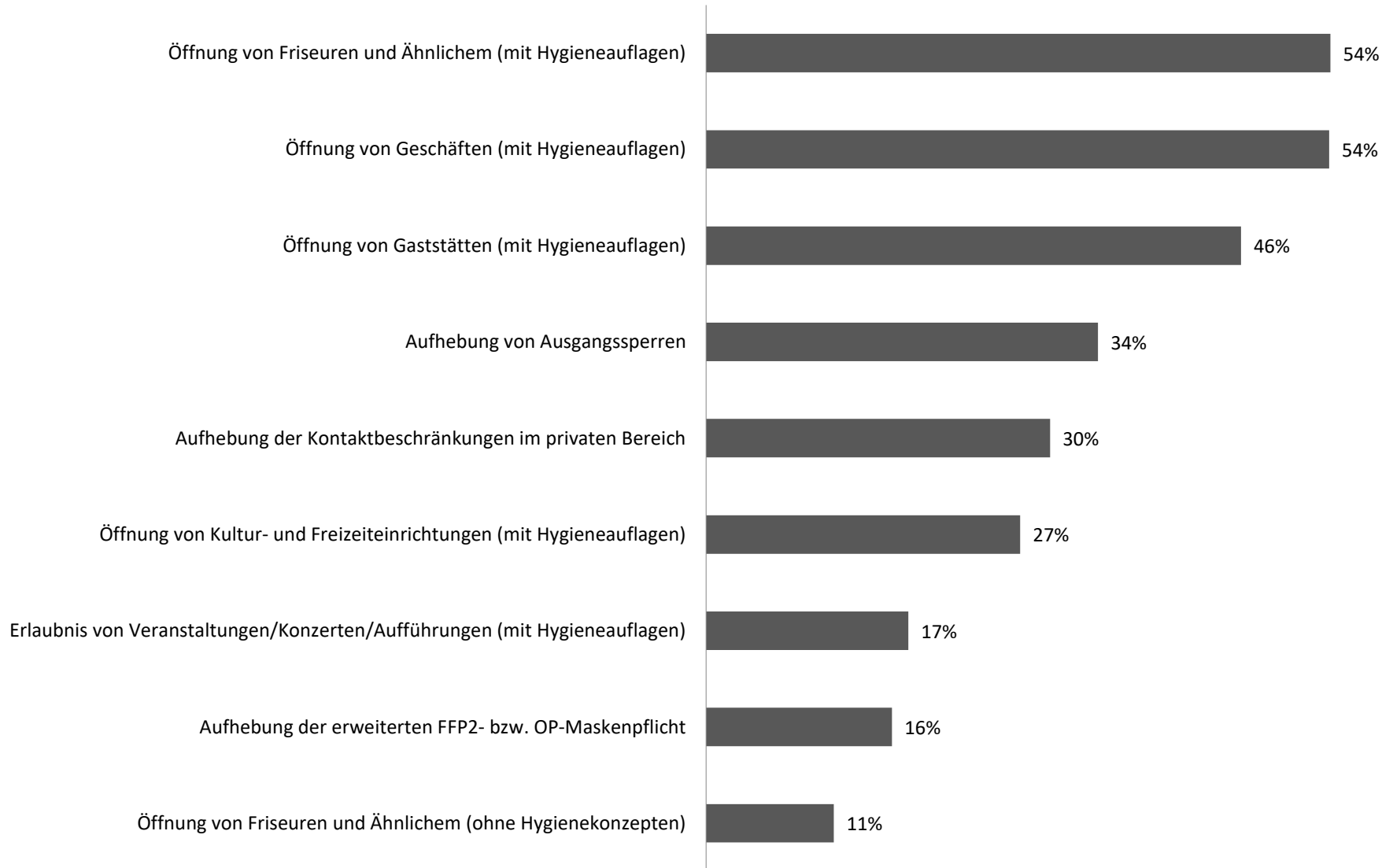
Während aktuelle Wähler der FDP die aktuellen Corona-Maßnahmen der Bundesregierung relativ-mehrheitlich für übertrieben halten (49 zu 15 bzw. 33 %), befinden dies aktuelle Wähler der AfD absolut-mehrheitlich (64 zu 13 bzw. 19 %). Dagegen bewerten alle anderen Wählergruppen die aktuellen Corona-Maßnahmen der Bundesregierung mehrheitlich als angemessen (54 bis 70 %).

Wie bewerten Sie insgesamt die aktuellen Corona-Maßnahmen der Bundesregierung?

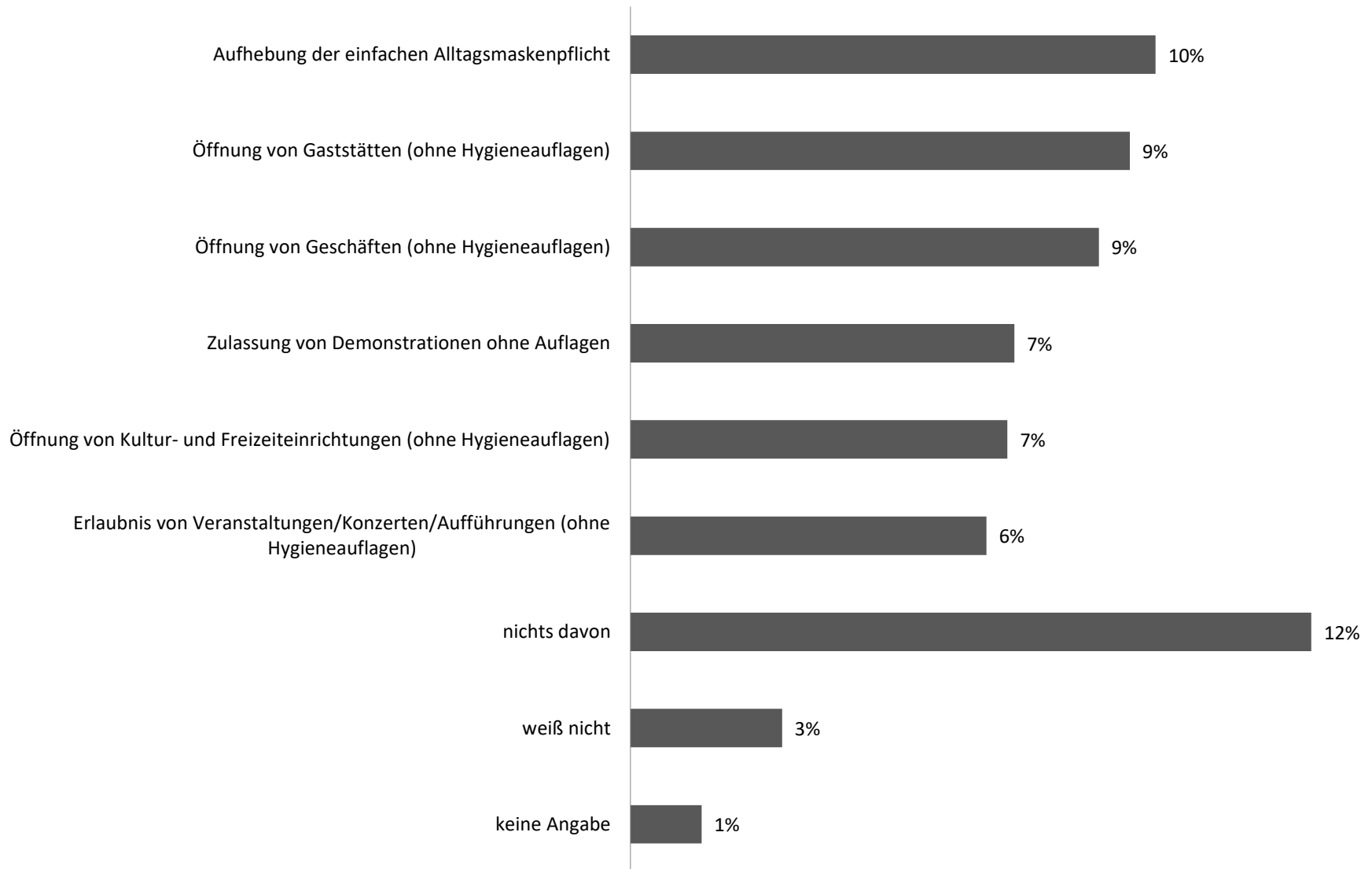


Befragte ab 60 Jahren finden die aktuellen Corona-Maßnahmen der Bundesregierung seltener übertrieben als die jüngeren Befragten (19 zu 24 bis 33 %) und stattdessen häufiger angemessen als die jüngeren Befragten (60 zu 44 bis 52 %).

Welche der folgenden Öffnungs- bzw. Lockerungs-Maßnahmen fänden Sie bereits jetzt angemessen?



Welche der folgenden Öffnungs- bzw. Lockerungs-Maßnahmen fänden Sie bereits jetzt angemessen?



Welche der folgenden Öffnungs- bzw. Lockerungs-Maßnahmen fänden Sie bereits jetzt angemessen?

Am häufigsten finden die Befragten die Öffnung von Friseuren und Ähnlichem und die Öffnung von Geschäften mit jeweils der Auferlegung von Hygieneauflagen (jeweils 54 %) als aktuell angemessen, gefolgt von der Öffnung von Geschäften mit Hygieneauflagen (46 %).

Jeweils etwa ein Drittel (34 %) der Befragten hält die Aufhebung von Ausgangssperren und die Aufhebung von Kontaktbeschränkungen im privaten Bereich (30 %) für aktuell angemessen.

Etwa ein Viertel (27 %) der Befragten meint, dass die Kultur- und Freizeiteinrichtungen mit Hygieneauflagen wieder geöffnet werden können.

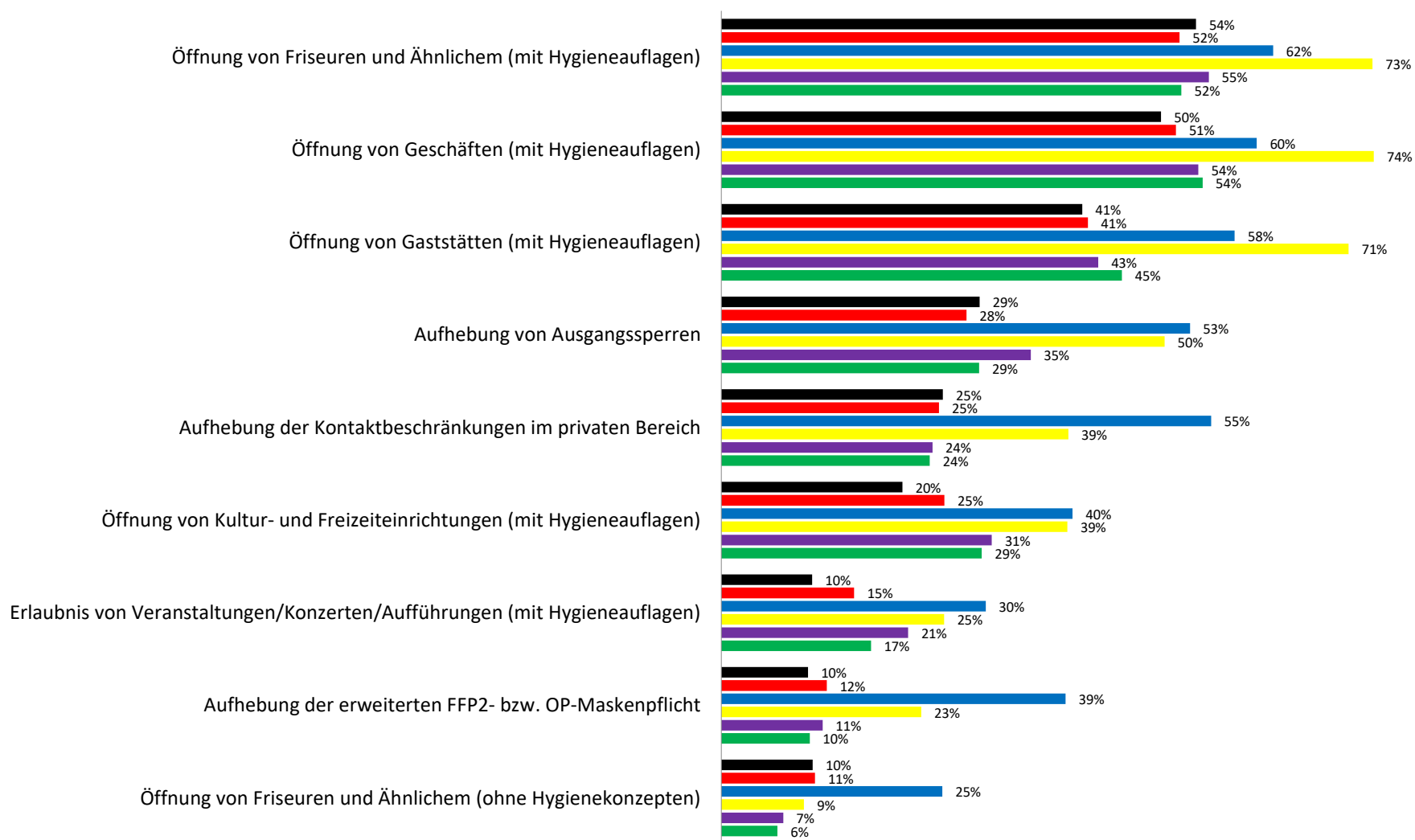
Etwa ein Fünftel (17 %) spricht sich für eine Erlaubnis von Veranstaltungen, Konzerten und Aufführungen mit Hygieneauflagen aus.

16 Prozent halten die Aufhebung der erweiterten FFP-2 bzw. OP-Maskenpflicht für in Ordnung. Auf die anderen möglichen Lockerungen der Corona-Schutzmaßnahmen entfallen zwischen sechs (Erlaubnis von Veranstaltungen/Konzerten/Aufführungen ohne Hygieneauflagen) und elf Prozent (Öffnung von Friseuren und Ähnlichem ohne Hygienekonzepten).

Zwölf Prozent der Befragten fordern aktuell keine der zur Auswahl stehenden Öffnungs- bzw. Lockerungs-Maßnahmen.

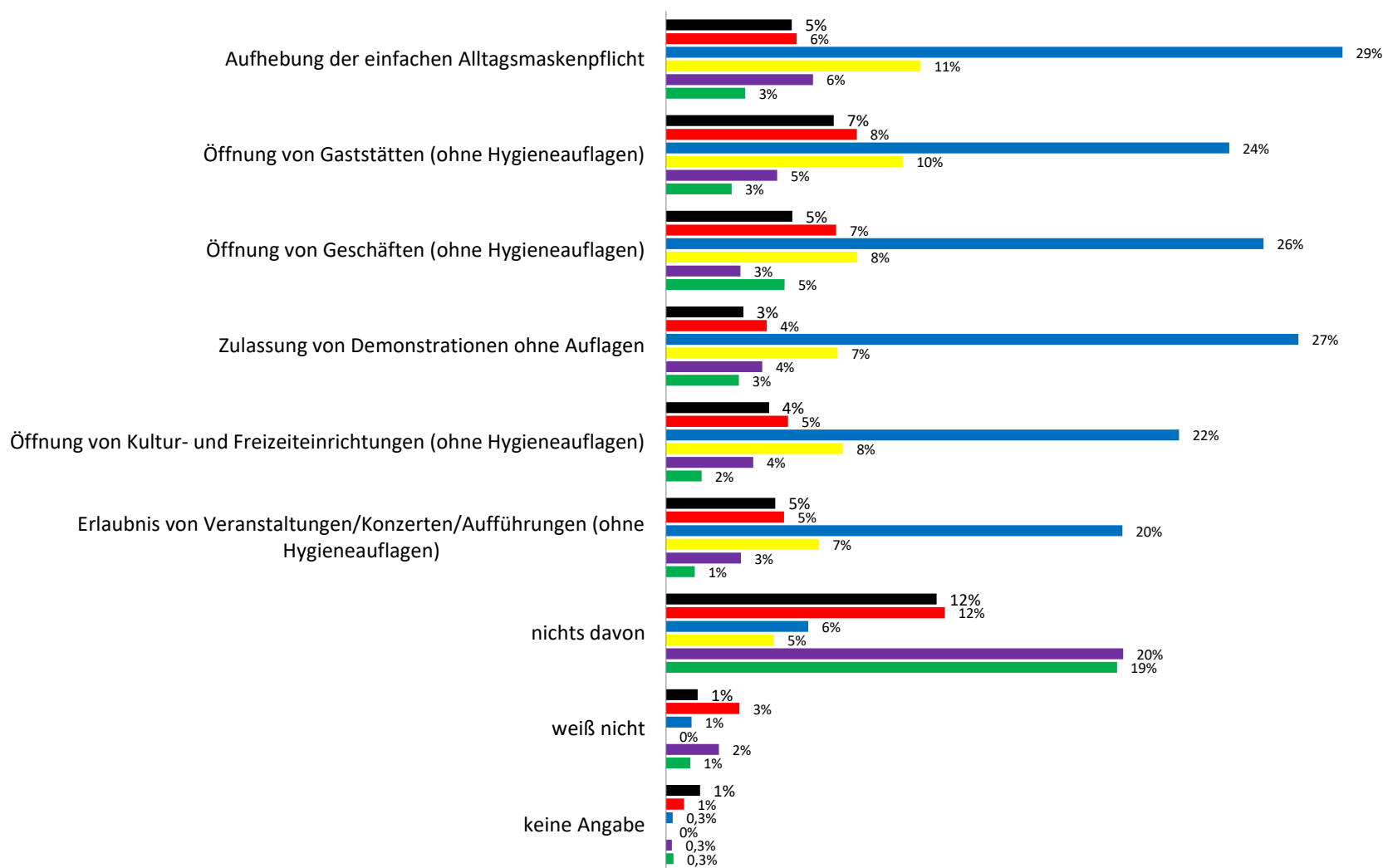
Welche der folgenden Öffnungs- bzw. Lockerungs-Maßnahmen fänden Sie bereits jetzt angemessen?

■ CDU/CSU ■ SPD ■ AfD ■ FDP ■ Die Linke ■ Bündnis 90/Die Grünen



Welche der folgenden Öffnungs- bzw. Lockerungs-Maßnahmen fänden Sie bereits jetzt angemessen?

■ CDU/CSU ■ SPD ■ AfD ■ FDP ■ Die Linke ■ Bündnis 90/Die Grünen



Welche der folgenden Öffnungs- bzw. Lockerungs-Maßnahmen fänden Sie bereits jetzt angemessen?

Aktuelle Wähler der FDP fordern deutlich häufiger, dass Friseure und ähnliche Betriebe mit der Auflage von Hygienemaßnahmen wieder öffnen dürfen als die anderen Wählergruppen dies fordern (73 zu 52 bis 62 %), genau wie die Öffnung von Geschäften (74 zu 50 bis 50 %) und die Öffnung von Gaststätten (71 zu 41 bis 58 %), allerdings jeweils mit der Auferlegung von Hygienemaßnahmen.

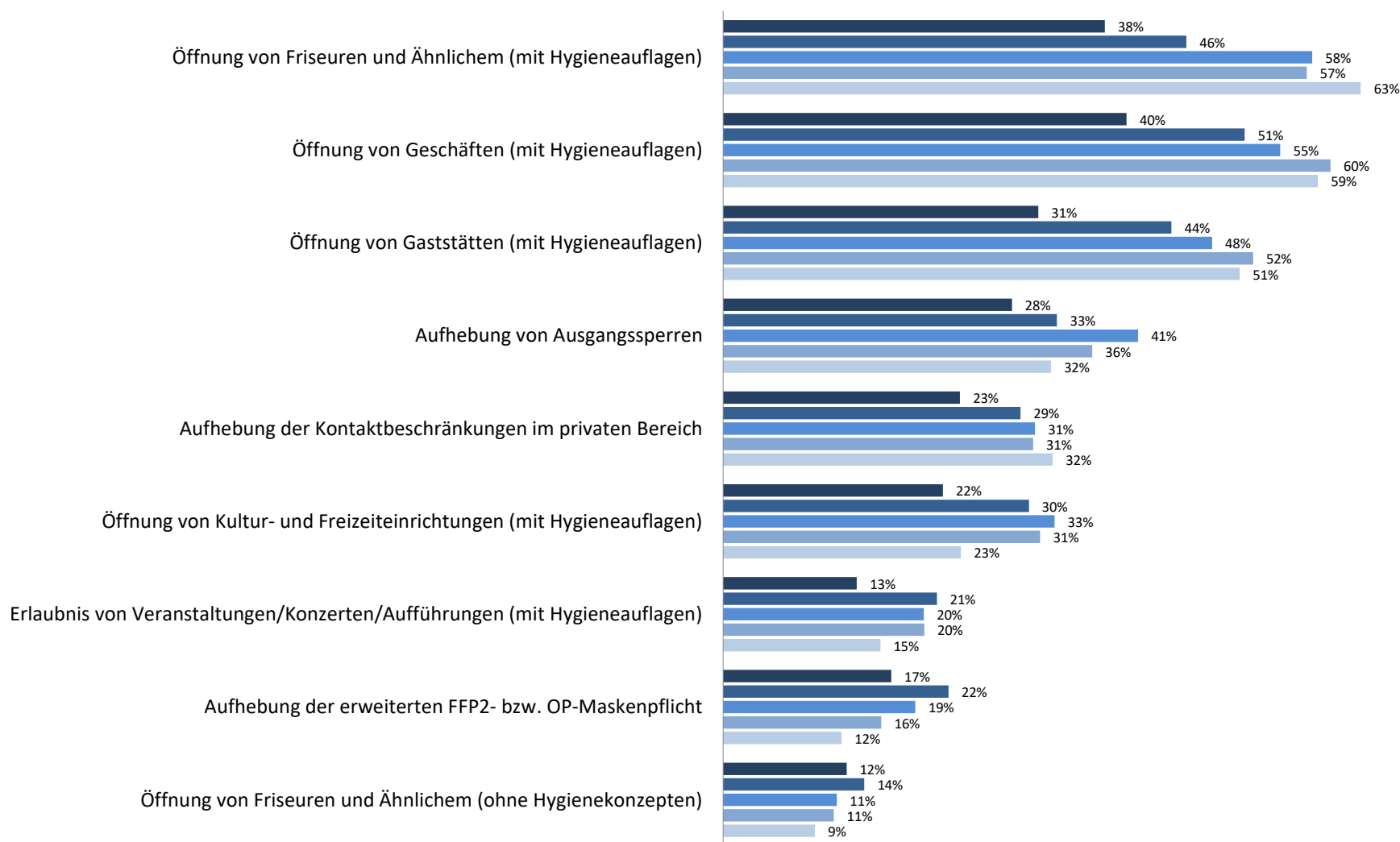
Wähler der FDP und der AfD fordern häufiger die Aufhebung von Ausgangssperren (50 bzw. 53 zu 28 bis 35 %) und die Öffnung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen mit Hygieneauflagen (39 bzw. 40 zu 20 bis 31 %).

Aktuelle Wähler der AfD fordern weiter deutlich häufiger die Aufhebung von Kontaktbeschränkungen im privaten Bereich (55 zu 24 bis 39 %), die Aufhebung der erweiterten FFP2- bzw. OP-Maskenpflicht (39 zu 10 bis 23 %) und die Öffnung von Friseuren und ähnlichen Betrieben ohne Hygienekonzepten (25 zu 6 bis 11 %). Währenddessen spricht sich lediglich ein geringer Anteil der anderen Wählergruppen für eine Aufhebung der einfachen Alltagsmaskenpflicht (29 zu 3 bis 11 %) aus, genauso wie die Öffnung von verschiedenen Einrichtungen und Veranstaltungen ohne die Verpflichtung zur Einhaltung von Hygienemaßnahmen.

Aktuelle Wähler der Grünen und der Linken geben häufiger an, keine Öffnungs- bzw. Lockerungs-Maßnahme aktuell als angemessen zu halten (19 bzw. 20 zu 5 bis 12 %).

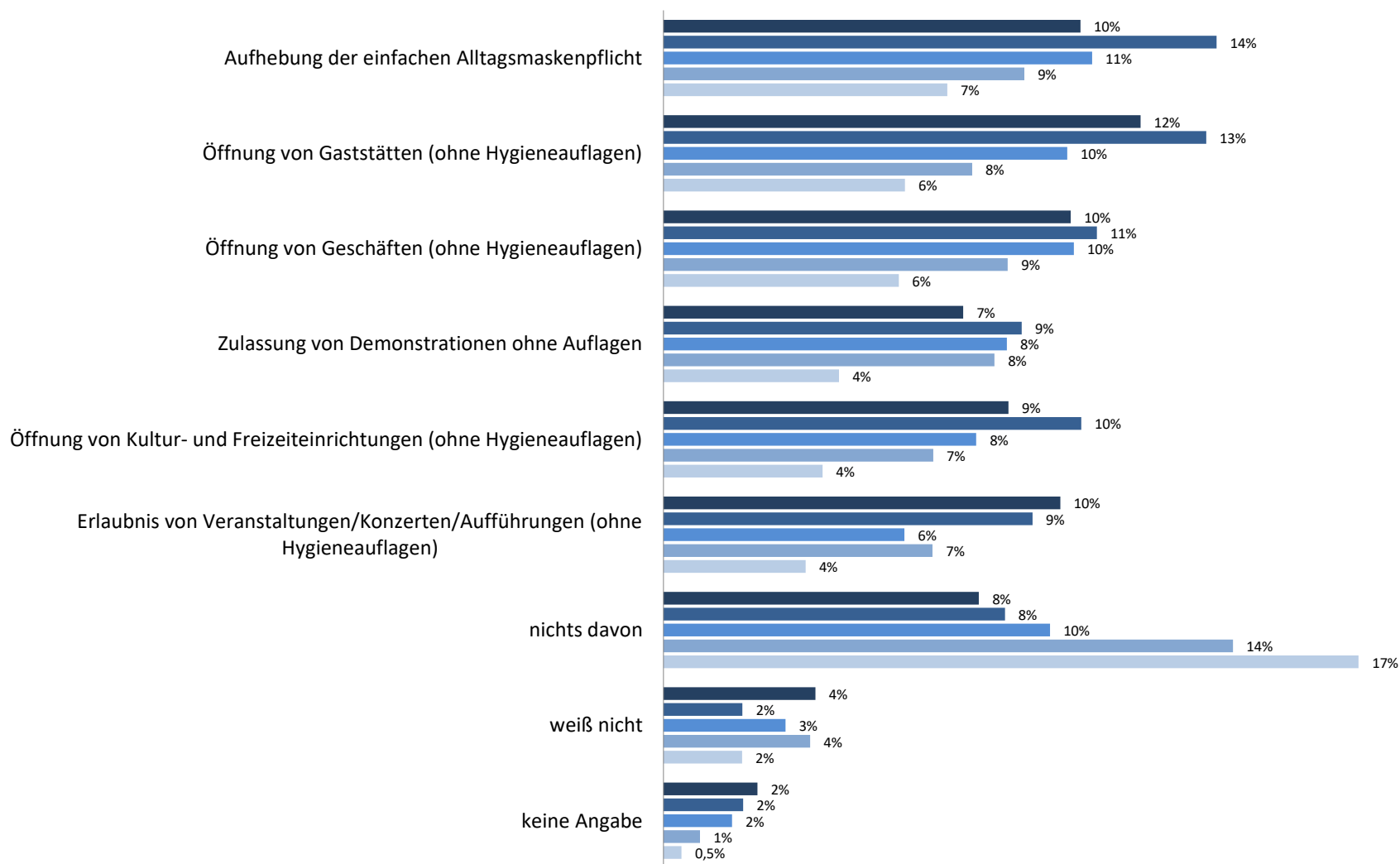
Welche der folgenden Öffnungs- bzw. Lockerungs-Maßnahmen fänden Sie bereits jetzt angemessen?

■ 18 bis 29 Jahre ■ 30 bis 39 Jahre ■ 40 bis 49 Jahre ■ 50 bis 59 Jahre ■ ab 60 Jahre



Welche der folgenden Öffnungs- bzw. Lockerungs-Maßnahmen fänden Sie bereits jetzt angemessen?

■ 18 bis 29 Jahre ■ 30 bis 39 Jahre ■ 40 bis 49 Jahre ■ 50 bis 59 Jahre ■ ab 60 Jahre



Welche der folgenden Öffnungs- bzw. Lockerungs-Maßnahmen fänden Sie bereits jetzt angemessen?

Tendenziell sind jüngere Befragte seltener für die einzelnen Öffnungs- bzw. Lockerungs-Maßnahmen als die älteren Befragten. Während Befragte zwischen 18 und 29 Jahren zu 38 Prozent angeben, die Öffnung von Friseuren und ähnlichen Betrieben (mit Hygieneauflagen) zu befürworten, geben dies 63 Prozent der Befragten ab 60 Jahren an.

Eine ähnliche Verteilung kann bei der Öffnung von Geschäften mit Hygieneauflagen (40 zu 51 bis 60) und die Öffnung von Gaststätten mit Hygieneauflagen (31 zu 44 bis 52 %) gesehen werden. Befragte zwischen 40 und 49 Jahren geben häufiger an, die Aufhebung von Ausgangssperren zu befürworten (41 zu 28 bis 36 %).

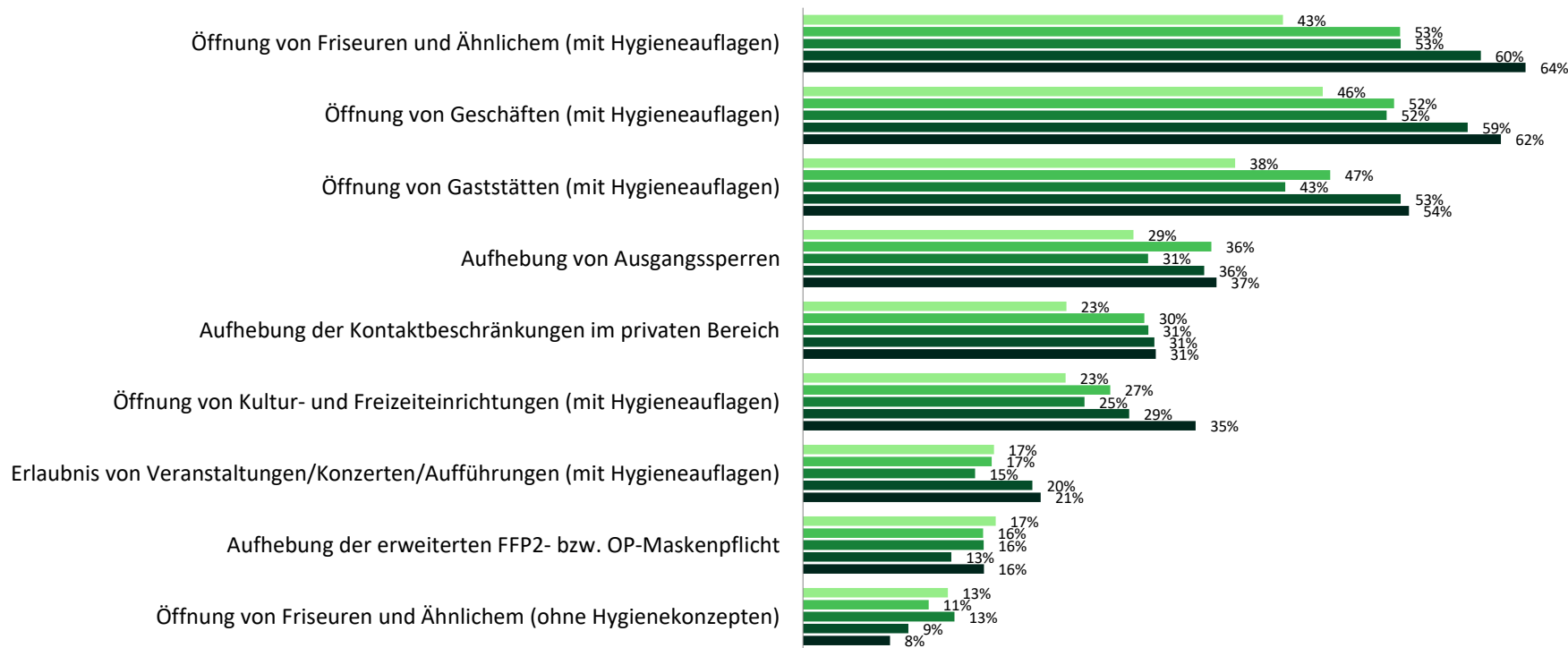
Die jüngsten (18 bis 29 Jahren) und die ältesten (ab 60 Jahren) sind deutlich seltener für die Öffnung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen mit der Auferlegung von Hygienemaßnahmen als die mittleren Altersgruppen (22 bzw. 23 zu 30 bis 33 %), genau wie die Erlaubnis von Veranstaltungen, Konzerten und Aufführungen mit Hygieneauflagen (13 bzw. 15 zu 20 bis 21 %).

Befragte ab 60 Jahren sind am seltensten für eine Öffnung bzw. Erlaubnis von verschiedenen Einrichtungen bzw. Veranstaltungen ohne die Auferlegung von Hygienemaßnahmen als die jüngeren Befragten.

Tendenziell steigt der Anteil der Befragten, welche keine der Öffnungs- bzw. Lockerungs-Maßnahmen aktuell befürwortet, mit steigendem Alter von acht Prozent bei den unter 40-Jährigen auf 17 Prozent bei den ab 60-Jährigen an.

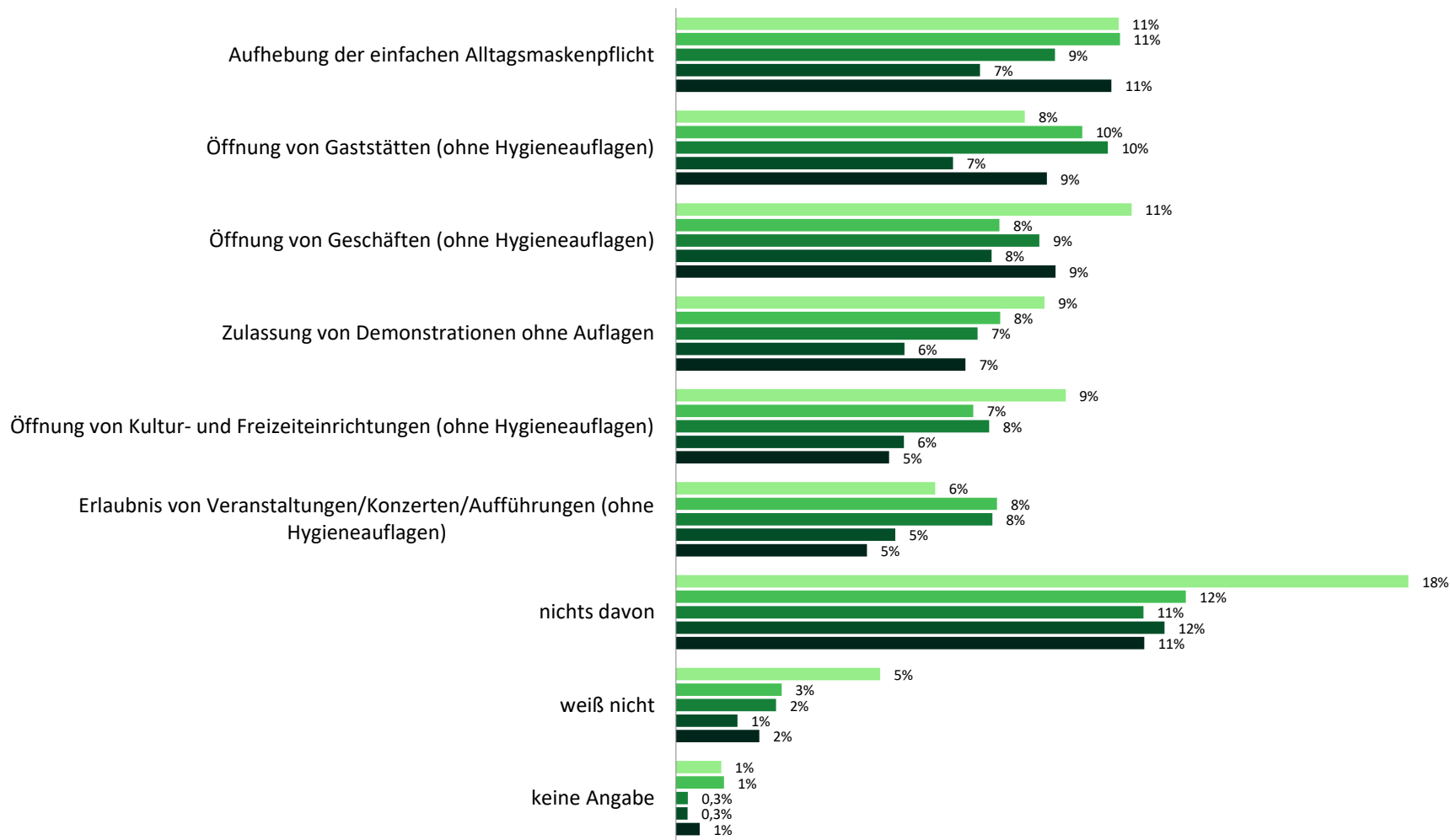
Welche der folgenden Öffnungs- bzw. Lockerungs-Maßnahmen fänden Sie bereits jetzt angemessen?

■ unter 1.000 Euro
 ■ zwischen 1.000 und weniger als 2.000 Euro
 ■ zwischen 2.000 und weniger als 3.000 Euro
 ■ zwischen 3.000 und weniger als 4.000 Euro
 ■ 4.000 Euro oder mehr



Welche der folgenden Öffnungs- bzw. Lockerungs-Maßnahmen fänden Sie bereits jetzt angemessen?

■ unter 1.000 Euro
 ■ zwischen 1.000 und weniger als 2.000 Euro
 ■ zwischen 2.000 und weniger als 3.000 Euro
 ■ zwischen 3.000 und weniger als 4.000 Euro
 ■ 4.000 Euro oder mehr

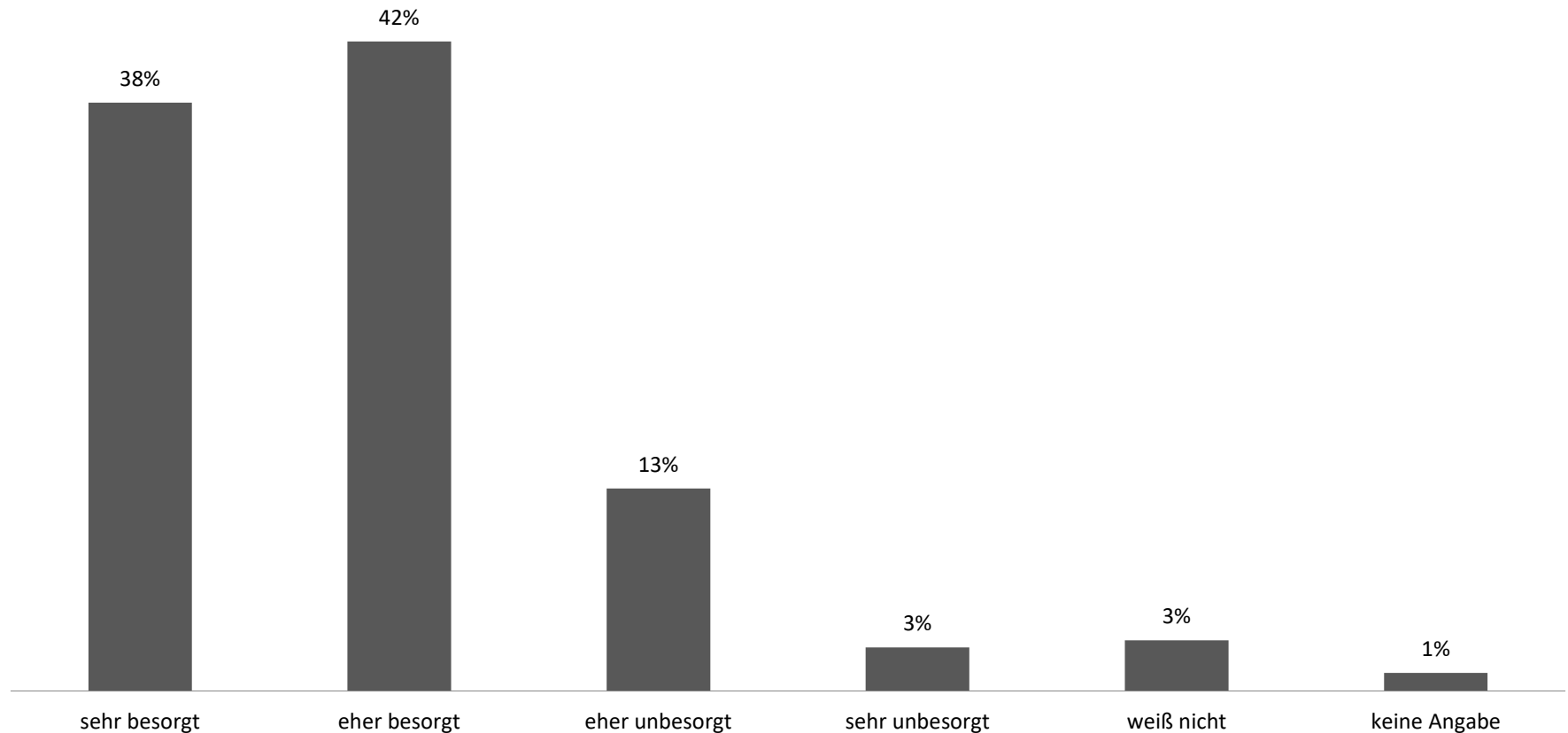


Welche der folgenden Öffnungs- bzw. Lockerungs-Maßnahmen fänden Sie bereits jetzt angemessen?

Befragte, welche 3.000 Euro oder mehr verdienen, geben häufiger an, die Öffnung von Friseuren mit der Auflegung von Hygienemaßnahmen, zu befürworten als Befragte mit einem niedrigeren Haushaltsnettoeinkommen (60 bzw. 64 zu 43 bis 53 %), genau wie die Öffnung von Geschäften mit Hygienemaßnahmen (59 bzw. 62 zu 46 bis 52 %) sowie die Öffnung von Gaststätten mit Hygieneauflagen (53 bzw. 54 zu 38 bis 47 %).

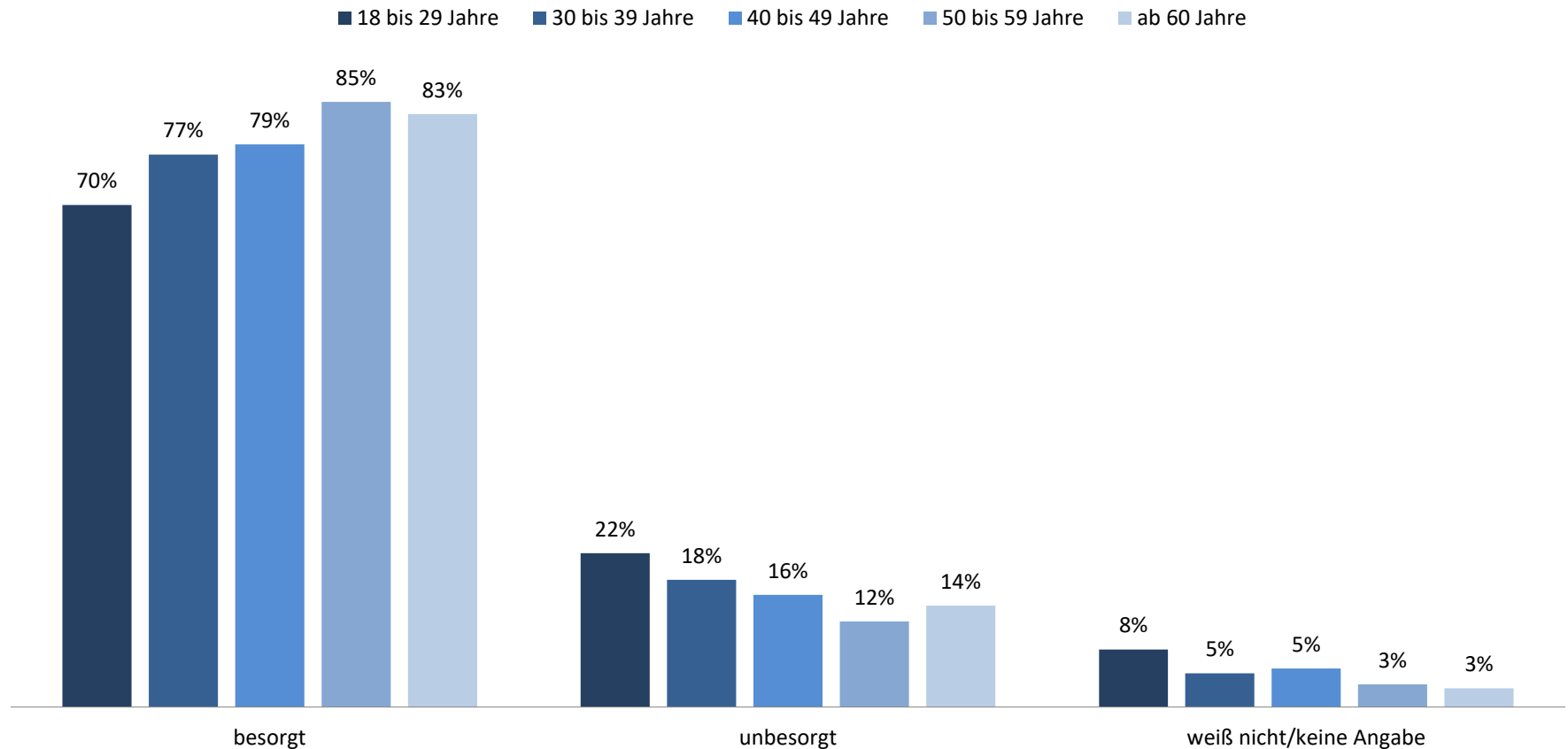
Befragte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.000 Euro geben deutlich häufiger an, derzeit keine der Öffnungs- bzw. Lockerungs-Maßnahmen zu befürworten als die Befragten mit höherem Einkommen (18 zu 11 bzw. 12 %).

Inwieweit sind Sie besorgt oder unbesorgt, dass sich bei einer Verlängerung des Lockdowns über den 7. März hinaus die wirtschaftliche Lage Deutschlands verschlechtern wird?



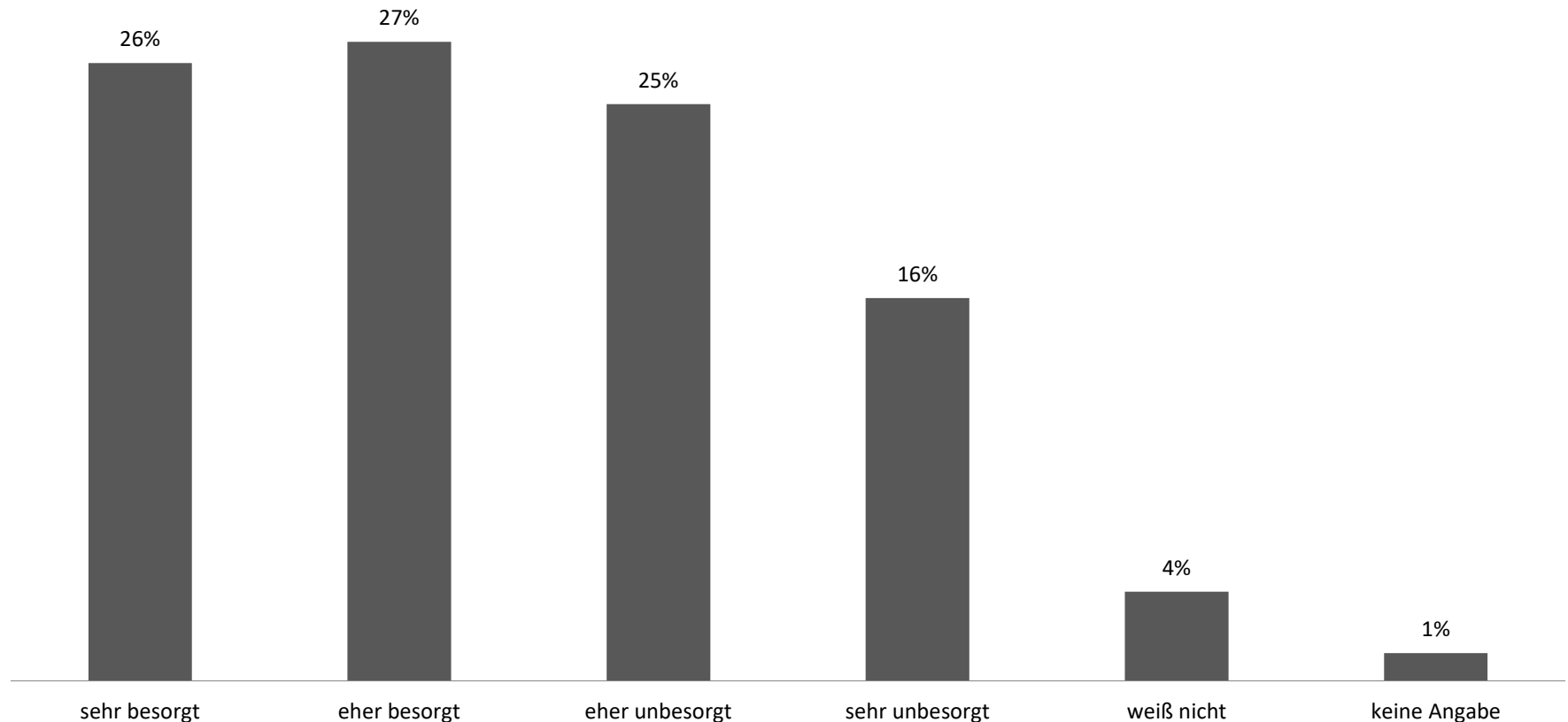
Eine deutliche Mehrheit von 80 Prozent (kumuliert) ist eher oder sehr besorgt, dass sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands verschlechtern sollte, wenn der Lockdown verlängert werden sollte. Lediglich eine Minderheit von 16 Prozent (kumuliert) ist in einem solchem Fall eher oder sehr unbesorgt um die wirtschaftliche Lage Deutschlands.

Inwieweit sind Sie besorgt oder unbesorgt, dass sich bei einer Verlängerung des Lockdowns über den 7. März hinaus die wirtschaftliche Lage Deutschlands verschlechtern wird?



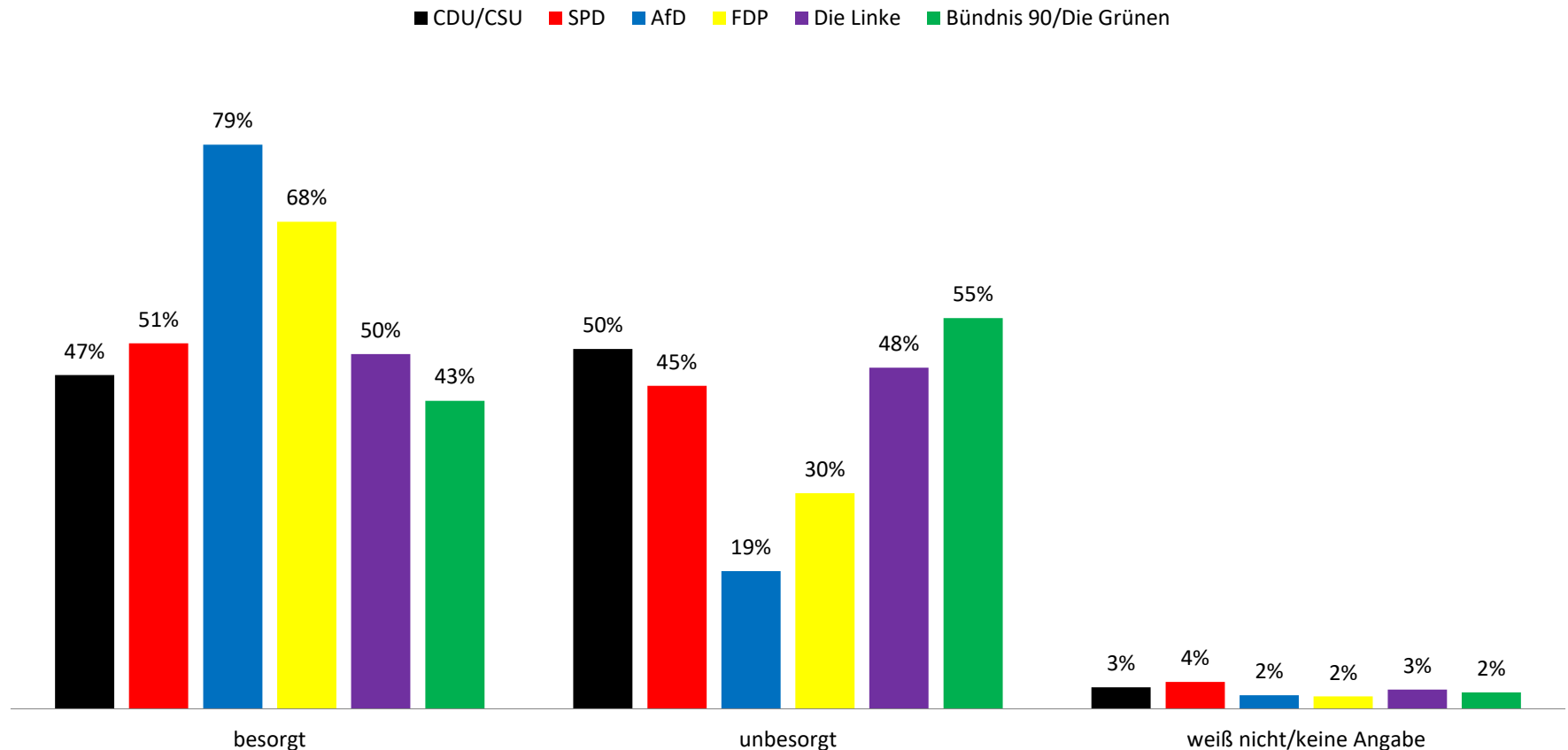
Mit steigendem Alter steigt tendenziell der Anteil der Befragten, welcher besorgt ist über die wirtschaftliche Lage Deutschlands im Falle einer Verlängerung des Lockdowns (70 bis 85 %).

Inwieweit sind Sie besorgt oder unbesorgt, dass die Corona-Maßnahmen längerfristig zu einer Einschränkung der Grundrechte führt?



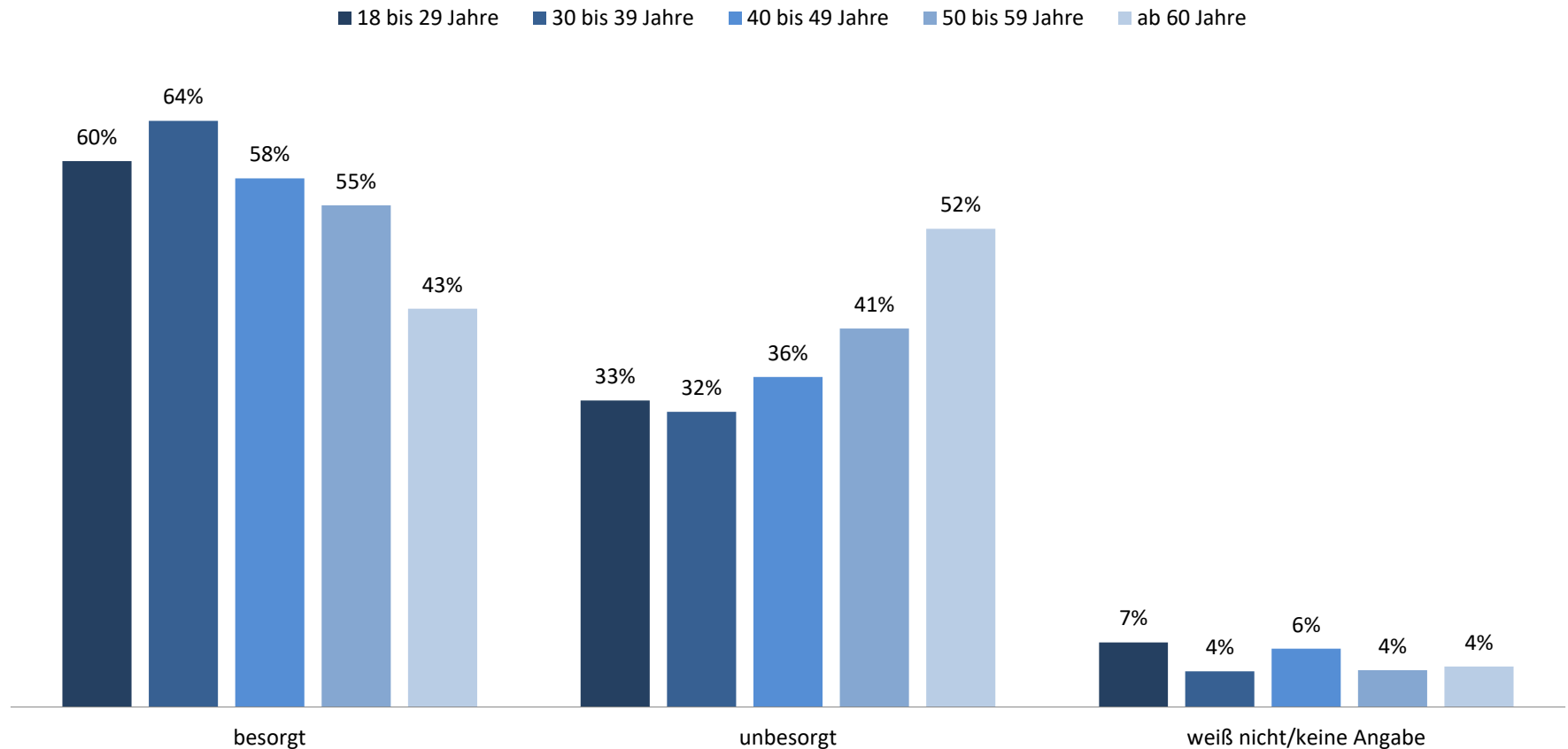
Insgesamt ist die absolute Mehrheit von 53 Prozent (kumuliert) eher oder sehr besorgt darüber, dass die Corona-Maßnahmen längerfristig zu einer Einschränkung der Grundrechte führt. Ein Viertel der Befragten ist diesbezüglich eher unbesorgt und 16 Prozent sind sehr unbesorgt.

Inwieweit sind Sie besorgt oder unbesorgt, dass die Corona-Maßnahmen längerfristig zu einer Einschränkung der Grundrechte führt?



Lediglich Wähler der Grünen (55 zu 43 %) und der Union (50 zu 47 %) sind mehrheitlich unbesorgt bezüglich einer langfristigen Einschränkung der Grundrechte durch die Corona-Maßnahmen. Alle anderen Wählergruppen sind jeweils mehrheitlich besorgt diesbezüglich, wobei die Anteile zwischen den besorgten Befragten von 50 Prozent (Linke-Wähler) bis 79 Prozent (AfD-Wähler) reichen.

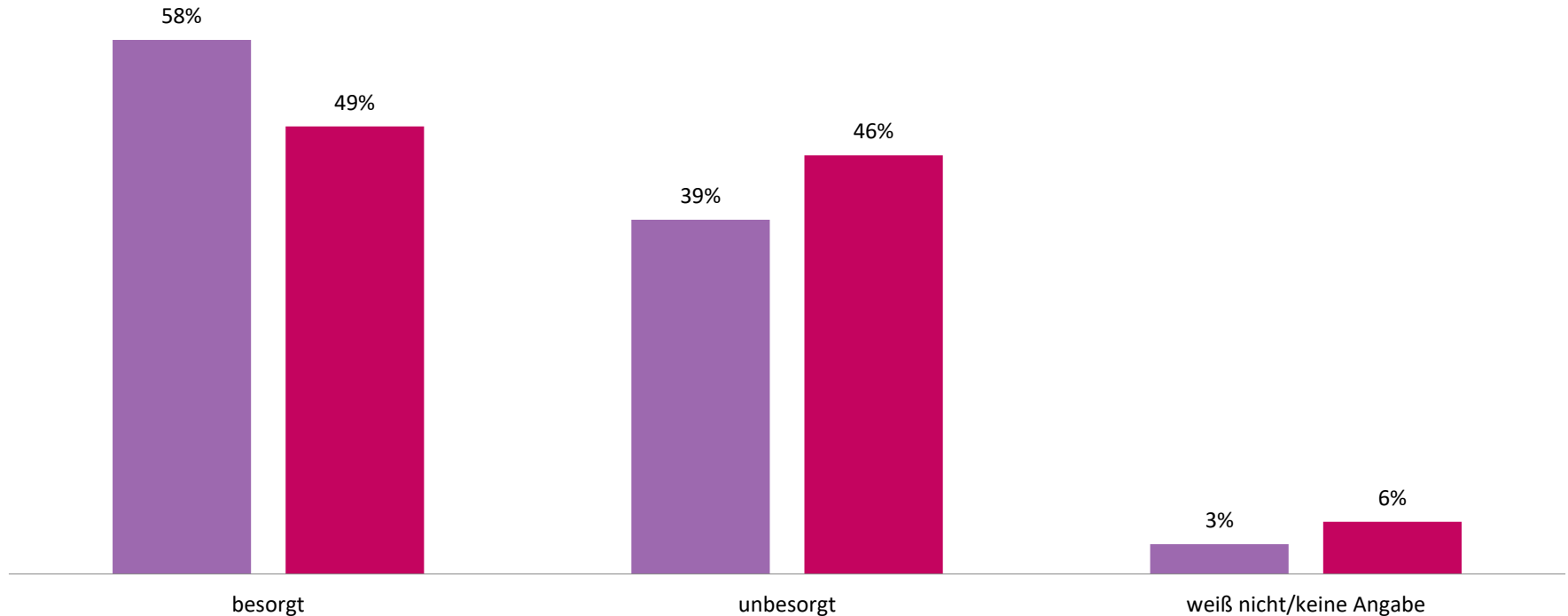
Inwieweit sind Sie besorgt oder unbesorgt, dass die Corona-Maßnahmen längerfristig zu einer Einschränkung der Grundrechte führt?



Tendenziell sind ältere Befragte ab 50 Jahren häufiger unbesorgt bezüglich einer längerfristigen Einschränkung der Grundrechte durch die Corona-Maßnahmen als jüngere Befragte (41 bzw. 52 zu 32 bis 36 %).

Inwieweit sind Sie besorgt oder unbesorgt, dass die Corona-Maßnahmen längerfristig zu einer Einschränkung der Grundrechte führt?

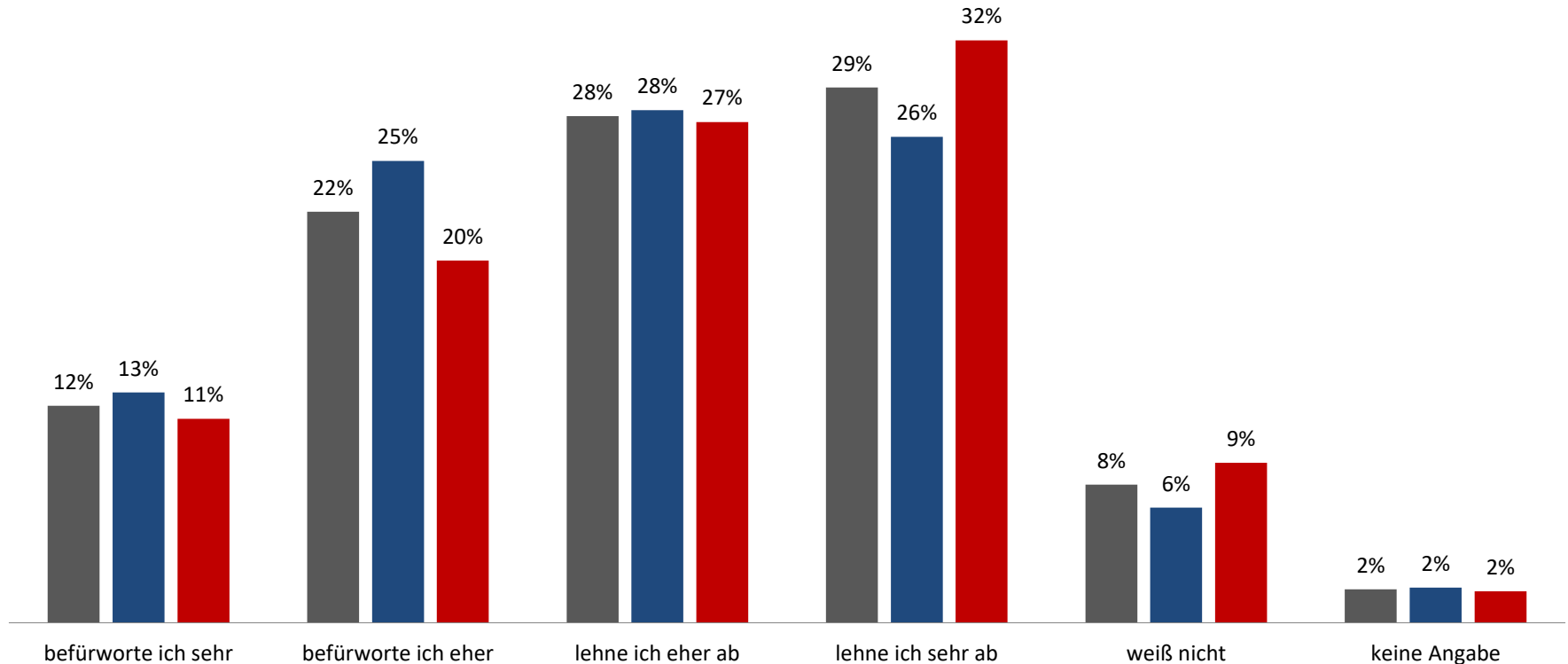
■ erwerbstätig ■ nicht erwerbstätig



Erwerbstätige Befragte sind deutlich häufiger besorgt bezüglich einer längerfristigen Einschränkung von Grundrechten durch die Corona-Maßnahmen als dies nicht erwerbstätige Befragte sind (58 zu 49 %).

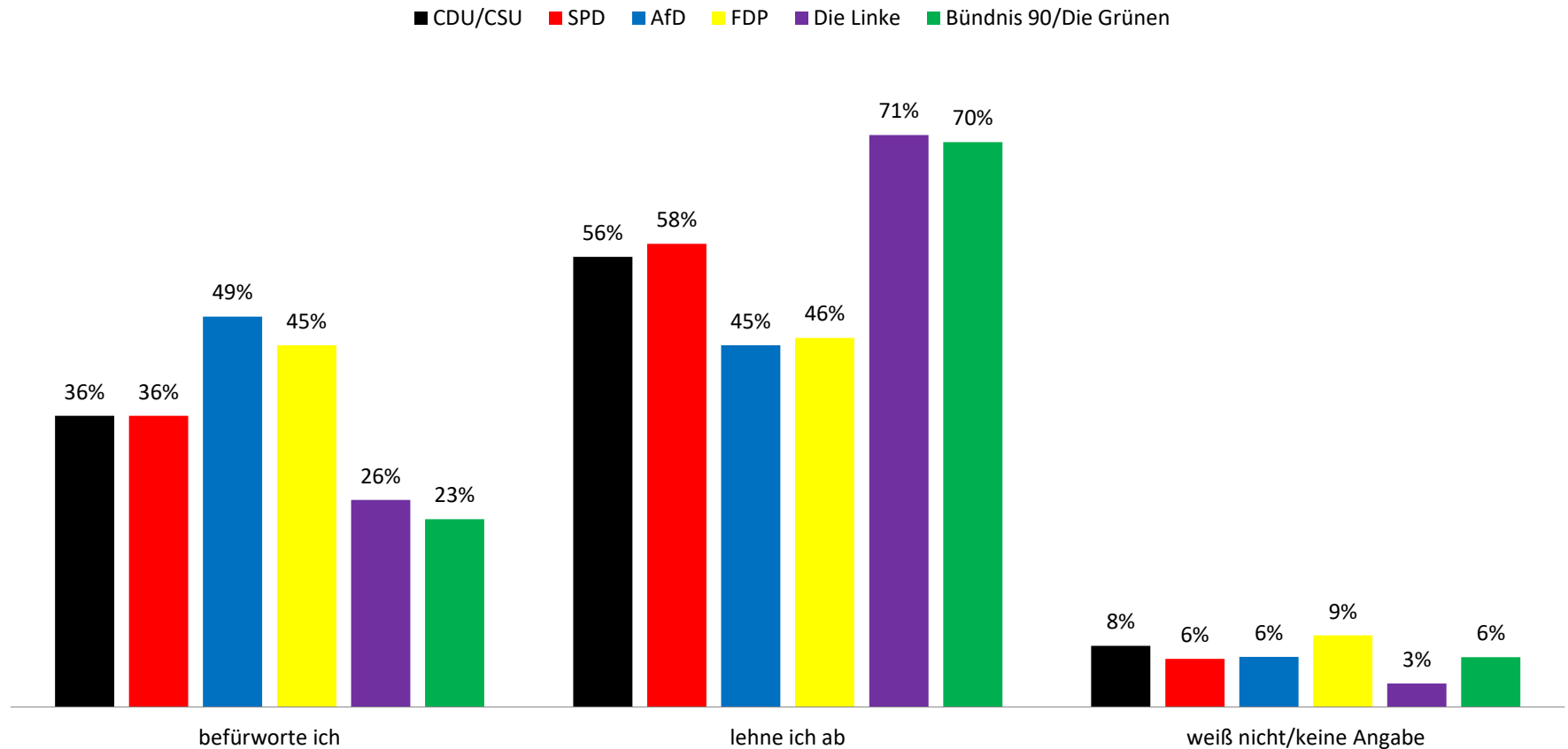
Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, Corona-Maßnahmen (Kontaktbeschränkungen, Ausgangssperren, Besuchsbeschränkungen in Altenheimen etc.) nur für ältere oder vom Coronavirus besonders gefährdete Personen aufrecht zu erhalten und für alle anderen Personen die Corona-Maßnahmen aufzuheben?

■ gesamt ■ männlich ■ weiblich



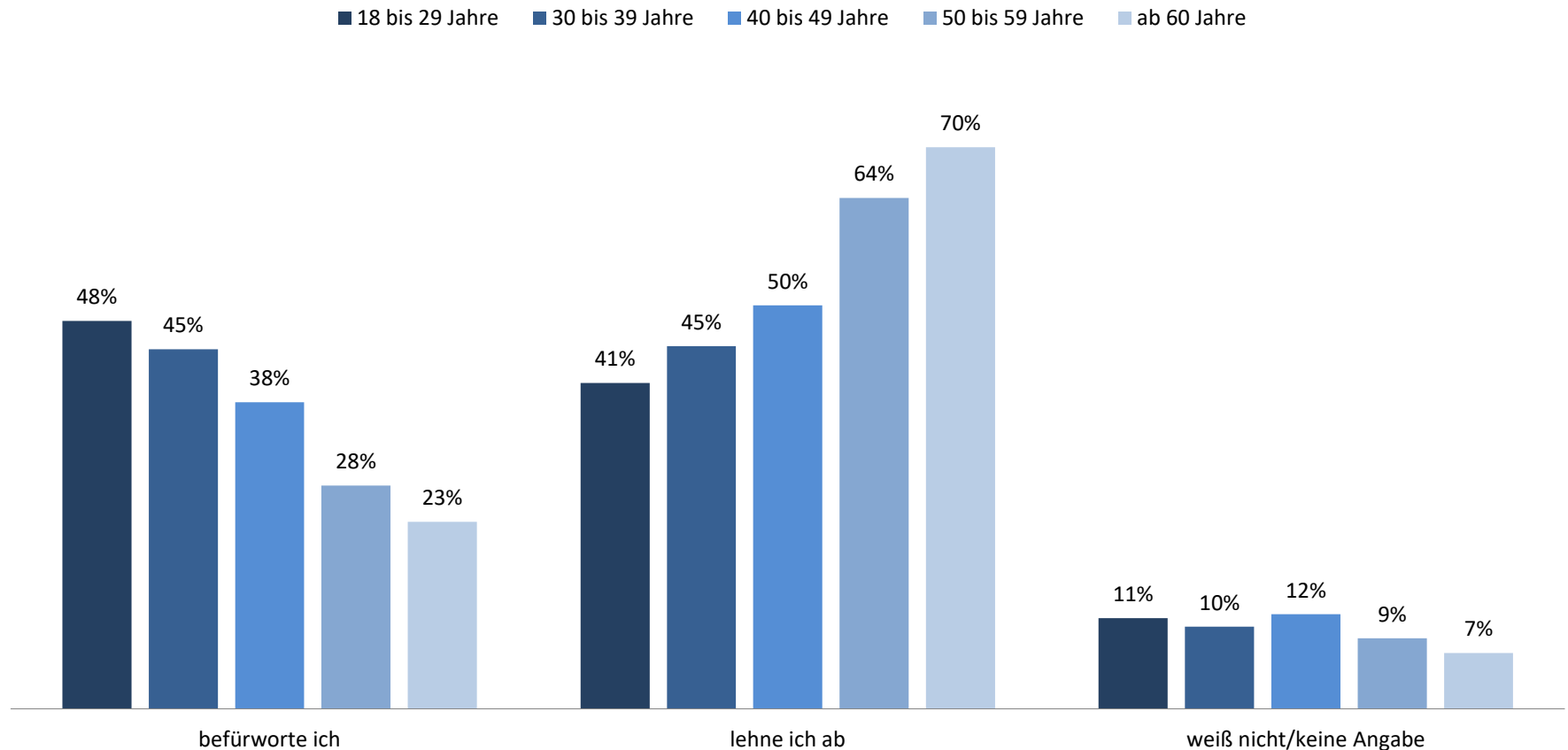
Eine Mehrheit von 59 Prozent (kumuliert) lehnt den Vorschlag, Corona-Maßnahmen nur für ältere oder vom Coronavirus besonders gefährdete Personen aufrecht zu erhalten und für alle anderen Personen aufzuheben, ab. Ein Drittel (33 % kumuliert) würde diesen Vorschlag hingegen sehr oder eher befürworten. Weibliche Befragte stehen diesem Vorschlag häufiger skeptisch gegenüber als männlich: So geben weibliche Befragte häufiger an, diesen Vorschlag entschieden abzulehnen (32 zu 26 %) und männliche Befragte hingegen geben häufiger an, diesen Vorschlag eher zu befürworten (25 zu 20 %).

Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, Corona-Maßnahmen (Kontaktbeschränkungen, Ausgangssperren, Besuchsbeschränkungen in Altenheimen etc.) nur für ältere oder vom Coronavirus besonders gefährdete Personen aufrecht zu erhalten und für alle anderen Personen die Corona-Maßnahmen aufzuheben?



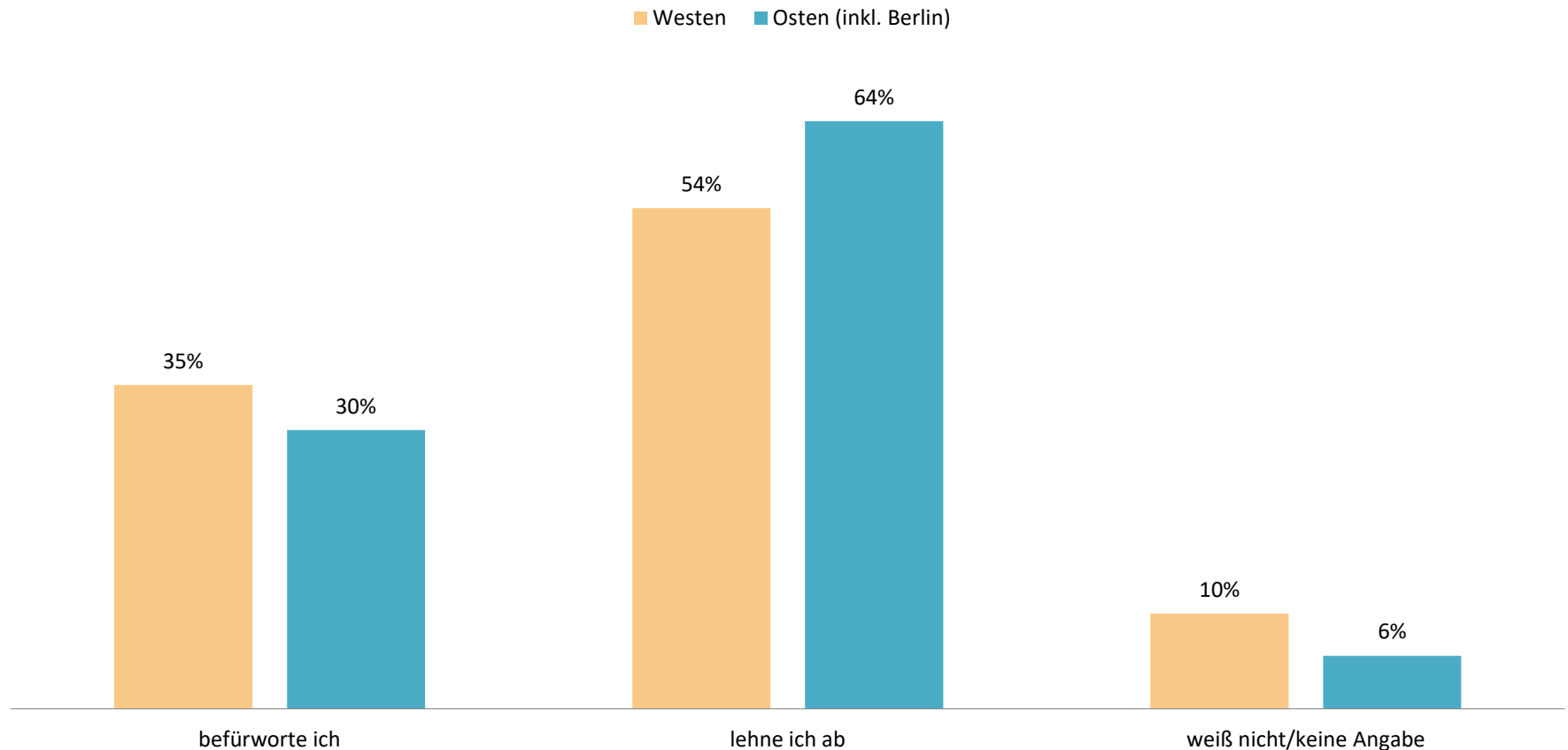
Lediglich AfD-Wähler geben relativ-mehrheitlich an, diesen Vorschlag zu befürworten (49 zu 45 %). Wähler der FDP sind gespalten, wobei 45 Prozent diesen Vorschlag befürworten und 46 Prozent ihn ablehnen. Alle anderen Wählergruppen lehnen den Vorschlag absolut-mehrheitlich ab, wobei sich insbesondere Wähler der Grünen und der Linken deutlich gegen diesen Vorschlag positionieren (70 bzw. 71 %).

Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, Corona-Maßnahmen (Kontaktbeschränkungen, Ausgangssperren, Besuchsbeschränkungen in Altenheimen etc.) nur für ältere oder vom Coronavirus besonders gefährdete Personen aufrecht zu erhalten und für alle anderen Personen die Corona-Maßnahmen aufzuheben?



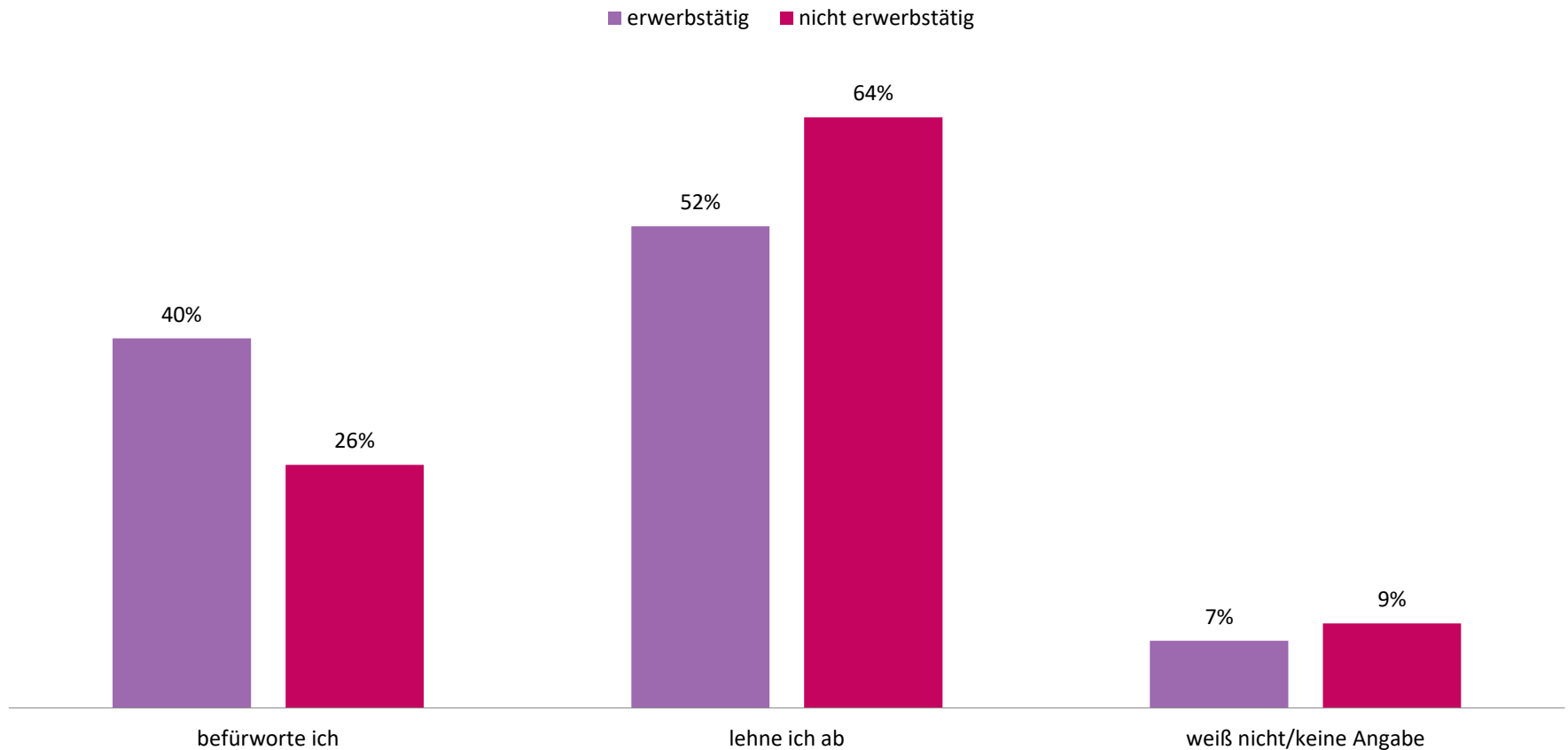
Mit steigendem Alter sinkt der Anteil der Befragten, welche diesen Vorschlag befürworten von 48 Prozent der 18- bis 29-Jährigen auf 23 Prozent bei den ab 60-Jährigen. Während sich die jüngsten Befragten relativ-mehrheitlich für den Vorschlag aussprechen (48 zu 41 %), sind Befragte zwischen 30 und 39 Jahren gespalten (45 zu 45 %) und ältere Befragte (ab 40 Jahren) lehnen den Vorschlag mehrheitlich ab (50 bis 70 %).

Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, Corona-Maßnahmen (Kontaktbeschränkungen, Ausgangssperren, Besuchsbeschränkungen in Altenheimen etc.) nur für ältere oder vom Coronavirus besonders gefährdete Personen aufrecht zu erhalten und für alle anderen Personen die Corona-Maßnahmen aufzuheben?



Befragte aus dem Osten Deutschlands lehnen den Vorschlag deutlich häufiger ab als Befragte aus dem Westen (64 zu 54 %).

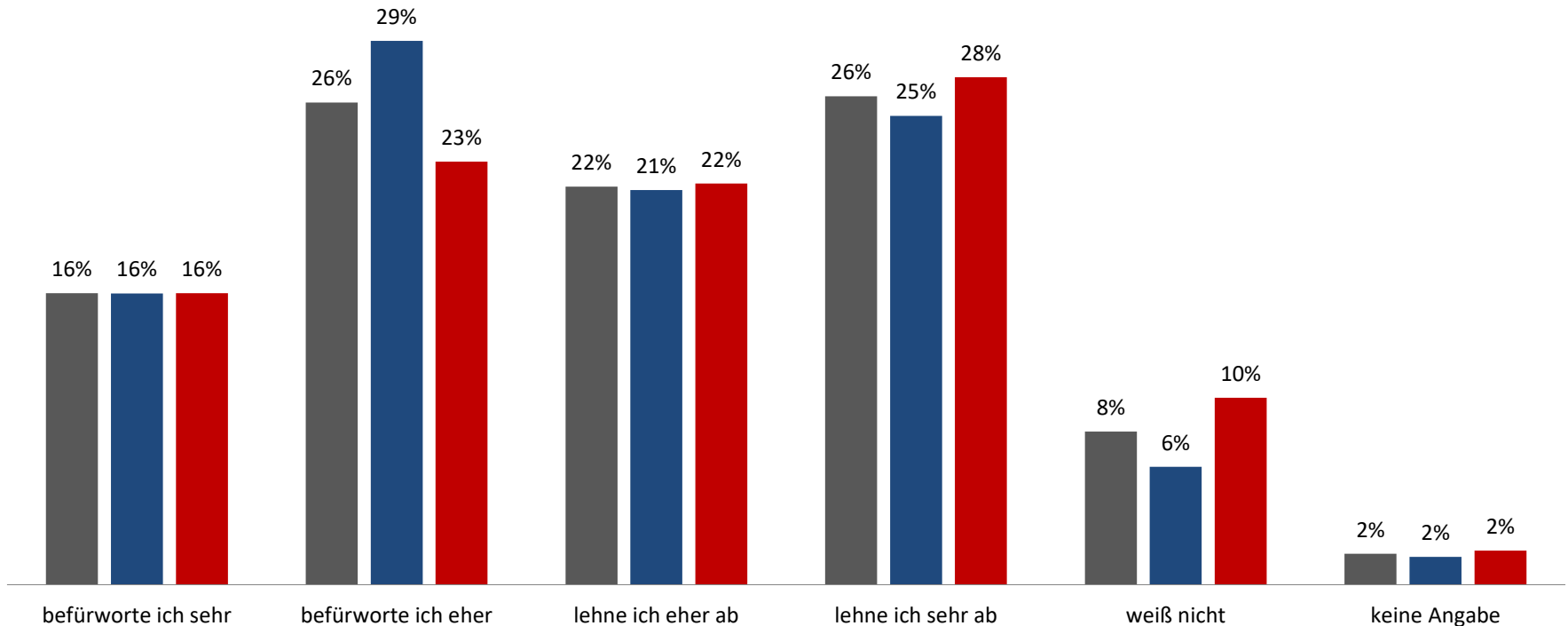
Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, Corona-Maßnahmen (Kontaktbeschränkungen, Ausgangssperren, Besuchsbeschränkungen in Altenheimen etc.) nur für ältere oder vom Coronavirus besonders gefährdete Personen aufrecht zu erhalten und für alle anderen Personen die Corona-Maßnahmen aufzuheben?



Erwerbstätige Befragte befürworten den Vorschlag deutlich häufiger als nicht erwerbstätige Befragte (40 zu 26 %).

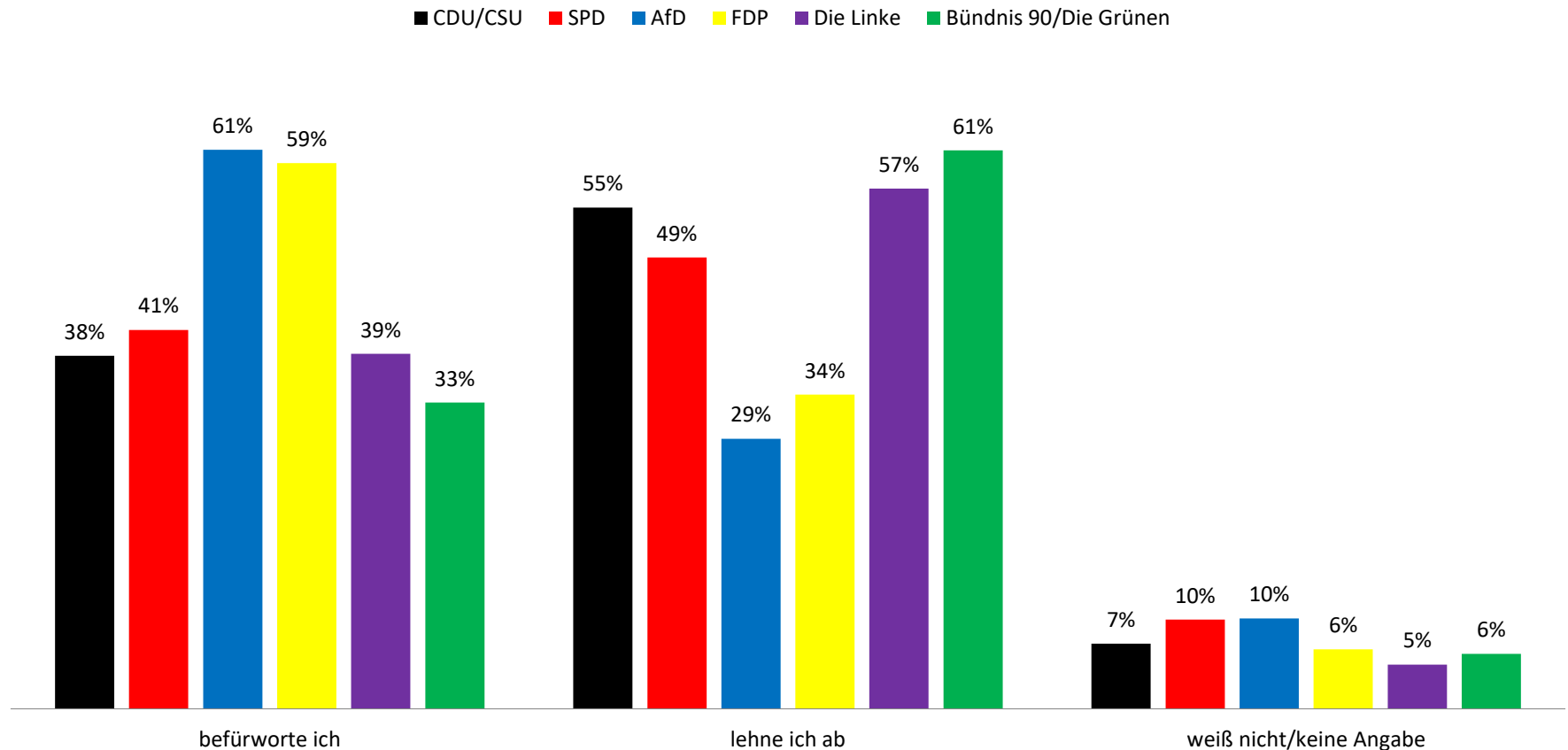
Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, die Corona-Maßnahmen vollständig auf freiwilliger Basis zu halten und bspw. diejenigen in „Risikogruppen“ gesetzlich und materiell beim Selbstschutz zu unterstützen (z.B. Bereitstellung von Masken, Quarantänemöglichkeit)?

■ gesamt ■ männlich ■ weiblich



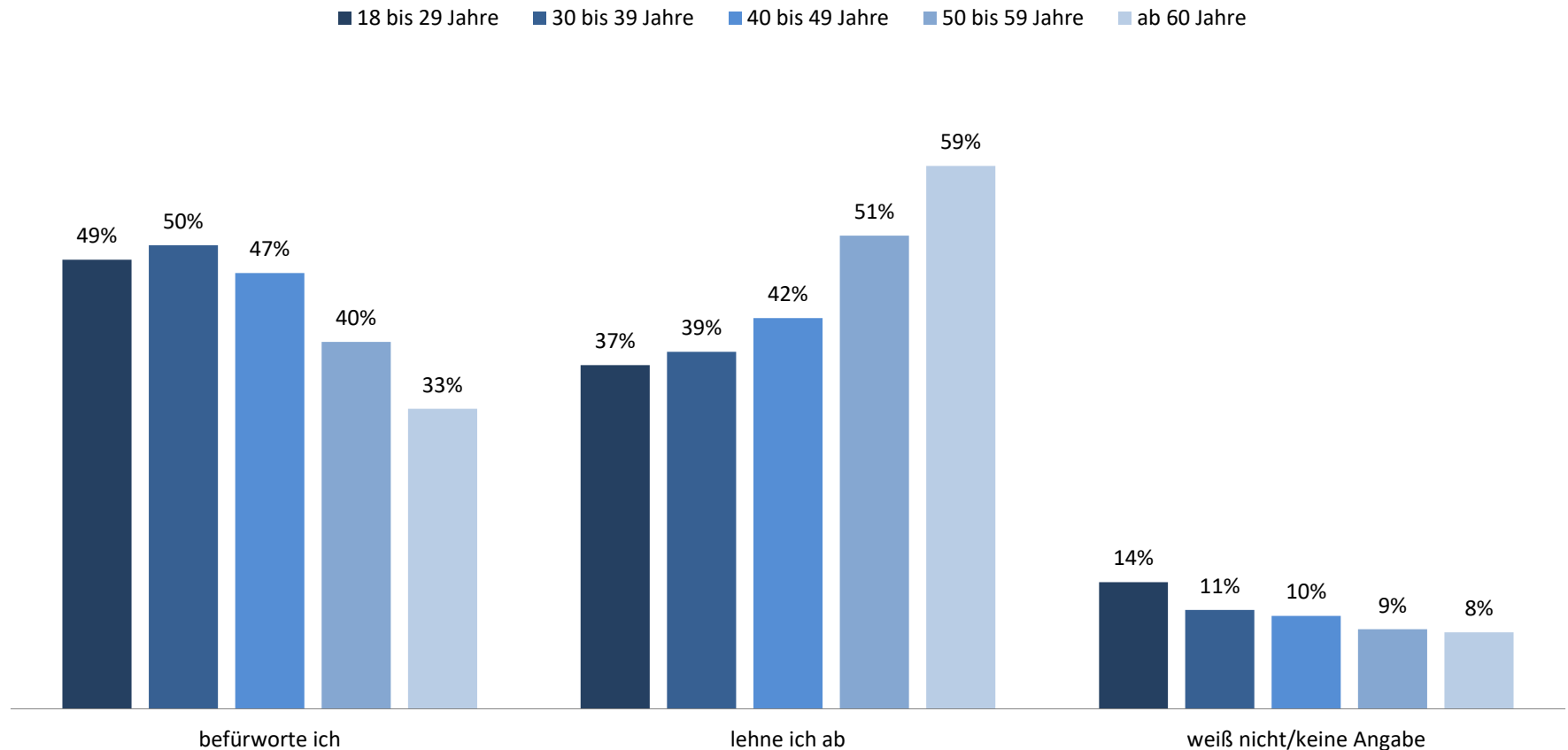
Eine relative Mehrheit von 48 Prozent lehnt den Vorschlag, Corona-Maßnahmen vollständig auf freiwilliger Basis zu halten eher oder sehr ab. Dagegen sprechen sich 42 Prozent der Befragten eher oder sehr für diesen Vorschlag aus. Männliche Befragte befürworteten den Vorschlag häufiger eher als weibliche (29 zu 23 %).

Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, die Corona-Maßnahmen vollständig auf freiwilliger Basis zu halten und bspw. diejenigen in „Risikogruppen“ gesetzlich und materiell beim Selbstschutz zu unterstützen (z.B. Bereitstellung von Masken, Quarantänemöglichkeit)?



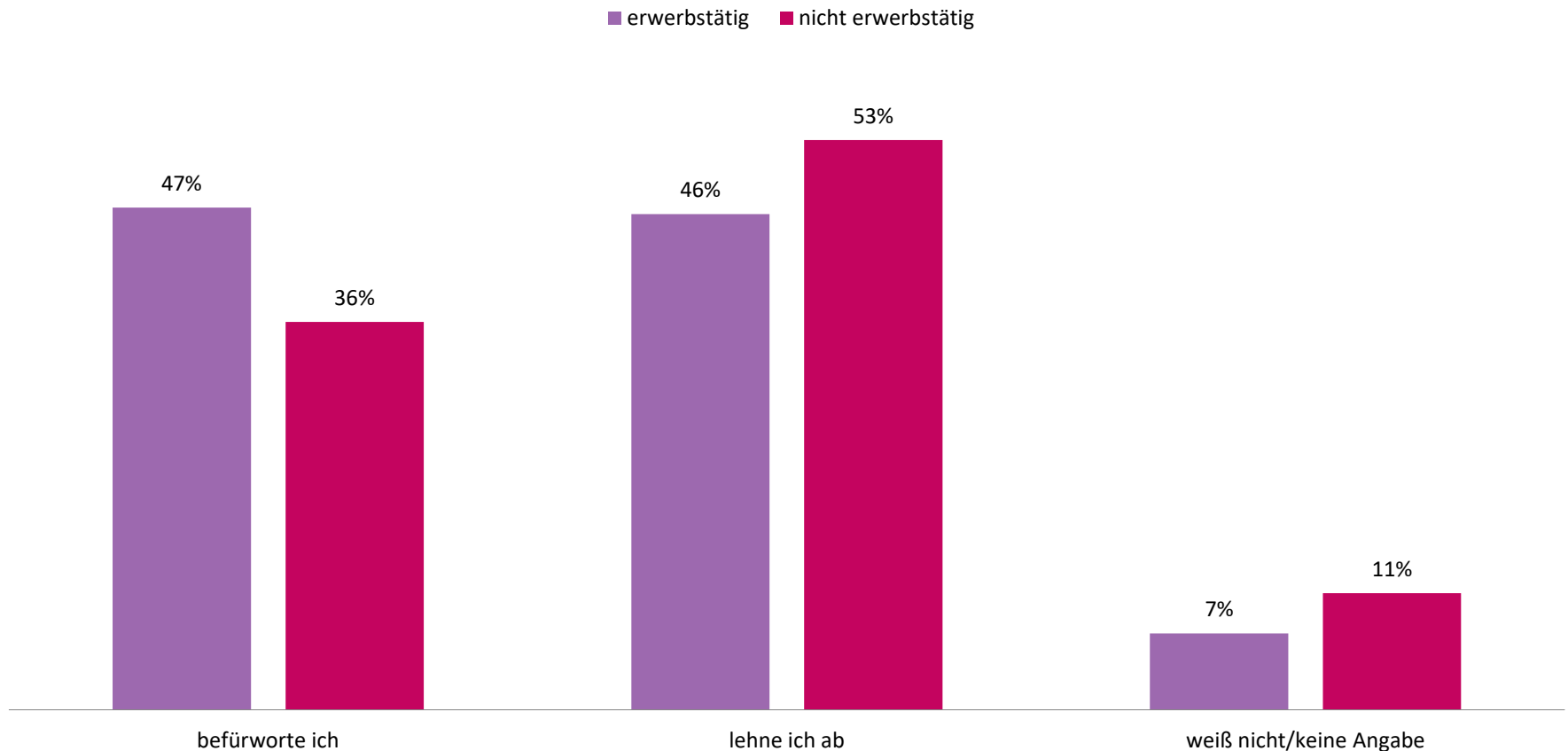
Einzig Wähler der FDP und der AfD sprechen sich absolut-mehrheitlich für den Vorschlag aus (59 zu 34 bzw. 59 zu 34 %). Alle anderen Wählergruppen lehnen den Vorschlag mehrheitlich ab, wobei der Anteil der Ablehnung von 49 Prozent (SPD-Wähler) bis 61 Prozent (Grüne-Wähler) reicht.

Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, die Corona-Maßnahmen vollständig auf freiwilliger Basis zu halten und bspw. diejenigen in „Risikogruppen“ gesetzlich und materiell beim Selbstschutz zu unterstützen (z.B. Bereitstellung von Masken, Quarantänemöglichkeit)?



Mit steigendem Alter nimmt der Anteil der Befragten, welche den Vorschlag ablehnen von 37 bzw. 39 Prozent (18 bis 39 Jahren) auf 59 Prozent (ab 60 Jahren) zu. So sprechen sich Befragte zwischen 18 und 49 Jahren jeweils mehrheitlich für den Vorschlag aus (49 zu 37 bzw. 50 zu 47 bzw. 47 zu 42 %) und Befragte ab 50 Jahren mehrheitlich gegen den Vorschlag (51 zu 40 bzw. 59 zu 33 %).

Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, die Corona-Maßnahmen vollständig auf freiwilliger Basis zu halten und bspw. diejenigen in „Risikogruppen“ gesetzlich und materiell beim Selbstschutz zu unterstützen (z.B. Bereitstellung von Masken, Quarantänemöglichkeit)?



Während erwerbstätige Befragte den Vorschlag gespalten wahrnehmen (47 % dafür, 46 % dagegen), sind nicht erwerbstätige Befragte absolut-mehrheitlich gegen den Vorschlag, die Corona-Maßnahmen vollständig auf freiwilliger Basis zu halten (53 zu 36 %).

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

INSA-CONSULERE GmbH

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.